

A photograph of four business professionals in a modern office. In the foreground, a man in a grey blazer and light blue shirt is walking down a set of stairs, smiling. Next to him, a woman in a grey dress over a white shirt is also walking down the stairs, looking towards him. In the background, another man in a dark suit is standing on a higher level of the stairs, looking at a document. To the right, a woman in a dark blazer and jeans is standing and talking to the woman in the grey dress. The office has large windows and a clean, minimalist design.

Gemeinsam Zukunft sichern.

Der Geschäftsbericht 2013.

Auf der Innenseite finden Sie „VBL auf einen Blick“.

VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2013.

Beteiligte	2009	2010	2011	2012	2013	12/13	09/13
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.671	1.673	1.661	1.660	1.663	+0,2	-0,5
Träger der Sozialversicherung	83	76	74	72	72	0,0	-13,3
sonstige Arbeitgeber	3.581	3.587	3.584	3.587	3.606	+0,5	+0,7
Teilbeteiligte*	44	44	44	44	44	0,0	0,0
	5.394	5.395	5.378	5.378	5.400	+0,4	+0,1

Versicherte	2009	2010	2011	2012	2013	12/13	09/13
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Pflichtversicherte							
Bund	147.474	134.543	142.106	138.109	135.187	-2,1	-8,3
Länder	674.257	674.804	674.010	670.380	664.396	-0,9	-1,5
kommunale Arbeitgeber	191.676	192.649	193.999	197.373	192.333	-2,6	+0,3
Träger der Sozialversicherung	83.371	83.374	83.478	83.666	84.319	+0,8	+1,1
sonstige Arbeitgeber	731.299	743.739	745.949	760.445	776.431	+2,1	+6,2
Gesamt	1.828.077	1.829.109	1.839.542	1.849.973	1.852.666	+0,1	+1,3
Beitragsfrei Versicherte	2.357.534	2.400.973	2.446.998	2.501.148	2.552.481	+2,1	+8,3
Verträge freiwillige Versicherung	215.890	243.037	275.314	305.775	327.072	+7,0	+51,5

Betriebsrenten	2009	2010	2011	2012	2013	12/13	09/13
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Aus aktiver Versicherung	977.579	988.786	994.578	1.016.639	1.022.350	+0,6	+4,6
Aus beitragsfreier Versicherung	146.337	154.753	161.889	168.486	182.291	+8,2	+24,6
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	26.626	26.500	26.352	26.117	25.760	-1,4	-3,3
Aus Pflichtversicherung gesamt	1.150.542	1.170.039	1.182.819	1.211.242	1.230.401	+1,6	+6,9
Aus freiwilliger Versicherung	2.029	3.817	5.740	8.841	11.641	+31,7	+473,7

Erträge und Aufwendungen	2009	2010	2011	2012	2013	12/13	09/13
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Erträge							
Umlageaufkommen ¹	5.065,3	5.311,6	5.454,1	5.677,2	5.758,9	+1,4	+13,7
Kapitalerträge	824,1	945,2	759,8	974,7	929,7	-4,6	+12,8
Summe	5.889,4	6.256,8	6.213,9	6.651,9	6.688,6	+0,6	+13,6
Aufwendungen							
Leistungen ²	4.409,7	4.488,2	4.540,6	4.646,4	4.710,0	+1,4	+6,8
Kapitalaufwendungen	320,7	293,5	300,6	290,4	160,9	-44,6	-49,8
Summe	4.730,4	4.781,7	4.841,2	4.936,8	4.870,9	-1,3	+3,0
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-564,7	-855,7	-918,9	-1.080,2	-927,1	-14,2	+64,2

Vermögen	2009	2010	2011	2012	2013	12/13	09/13
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Anlagevermögen ³	10.961,7	12.227,4	13.769,4	17.465,0	18.872,8	+8,1	+72,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.100,0	4.212,5	4.035,5	1.901,5	2.230,3	+17,3	-45,6
Bilanzsumme	15.061,7	16.439,9	17.804,9	19.366,5	21.103,1	+9,0	+40,1

* Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

¹ einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“

² Zahlungen für Leistungen einschließlich „Überleitungen“

³ einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach umlagefinanzierten Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2013.

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost/Umlage		
	2012	2013	12/13	2012	2013	12/13
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.660	1.663	+0,2	-	-	-
Träger der Sozialversicherung	64	64	0,0	8	8	0,0
sonstige Arbeitgeber	3.304	3.319	+0,5	283	287	+1,4
Teilbeteiligte*	44	44	0,0	-	-	-
Beteiligte gesamt	5.082	5.100	+0,4	296	300	+1,4

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost/Umlage		
	2012	2013	12/13	2012	2013	12/13
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aktiv Versicherte						
Bund	112.033	109.512	-2,3	26.076	25.675	-1,5
Länder	472.099	467.585	-1,0	198.281	196.811	-0,7
kommunale Arbeitgeber	197.369	192.329	-2,6	4	4	0,0
Träger der Sozialversicherung	65.611	66.022	+0,6	18.055	18.297	+1,3
sonstige Arbeitgeber	650.157	664.928	+2,3	110.288	111.503	+1,1
Gesamt	1.497.269	1.500.376	+0,2	352.704	352.290	-0,1
Beitragsfrei Versicherte	2.261.877	2.302.779	+1,8	239.271	249.702	+4,4

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost/Umlage		
	2012	2013	12/13	2012	2013	12/13
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aus aktiver Versicherung	909.216	906.214	-0,3	107.423	116.136	+8,1
Aus beitragsfreier Versicherung	155.142	167.177	+7,8	13.344	15.114	+13,3
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	199	195	-2,0	25.918	25.565	-1,4
Gesamt	1.064.557	1.073.586	+0,8	146.685	156.815	+6,9
Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt	1,41:1	1,40:1		2,4:1	2,3:1	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost/Umlage		
	2012	2013	12/13	2012	2013	12/13
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Erträge						
Umlageaufkommen ¹	4.763,0	4.844,3	+1,7	181,0	185,0	+2,2
Kapitalerträge	555,5	490,9	-11,6	105,9	85,3	-19,5
Summe	5.318,5	5.335,2	+0,3	286,9	270,3	-5,8
Aufwendungen						
Anstaltsleistungen ²	4.361,3	4.370,8	+0,2	177,1	211,2	+19,3
Kapitalaufwendungen	259,5	141,6	-45,4	0,4	0,4	0,0
Summe	4.620,8	4.512,4	-2,3	177,5	211,6	+19,2
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-122,4	-47,5	-61,2	-8,8	-11,8	+34,1

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost/Umlage		
	2012	2013	12/13	2012	2013	12/13
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Rückstellung für Pflichtleistungen	8.552,4	9.327,4	+9,1	2.264,6	2.311,5	+2,1

Der Geschäftsbericht 2013.

Gemeinsam Zukunft sichern.

Sehr geehrte Damen und Herren,



nach 2012 bin ich im Jahr 2014 erneut amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats der VBL geworden. Diese Aufgabe habe ich sehr gerne übernommen. Als Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern liegt mir eine zukunftsfähige Zusatzversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sehr am Herzen.

Umso mehr freue ich mich darüber, wie sich die VBL als größte Zusatzversorgungskasse des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren zu einem zukunftsfähigen und modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt hat. Je moderner ein Unternehmen ist, desto leistungsfähiger kann es auf Veränderungen reagieren. Die VBL hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie den Herausforderungen des technologischen Wandels gewachsen und ein verlässlicher Partner bei der betrieblichen Altersvorsorge ist.

Die VBL ist für die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen rund um die betriebliche Altersvorsorge. Sie sorgt dafür, dass die tarifvertraglichen Vorgaben zur Zusatzversorgung reibungslos umgesetzt werden. Das machen die knapp tausend Beschäftigten der VBL mit Innovationskraft, Leidenschaft und Akribie. Mit den E-Government-Angeboten und dem Online-Kundenportal „Meine VBL“ bietet die VBL ihren Kunden nutzerfreundliche und effiziente elektronische Dienstleistungen an. Als Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik freut mich das ganz besonders.

Dass nicht nur die Versicherten, sondern auch die Arbeitgeber von den Leistungen der VBL profitieren, gerät oft etwas in den Hintergrund. Deshalb finde ich es positiv, dass der Aspekt in diesem Geschäftsbericht besonders herausgestellt wird: Die Arbeitgeber erfahren durch die betriebliche Altersvorsorge und die Zusammenarbeit mit der VBL einen Imagegewinn. Dies ist gerade in Zeiten von Fachkräftemangel ein gutes Argument bei der Suche nach und dem Halten von qualifiziertem Personal.

Ohne den unermüdlichen Einsatz und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL wäre all dies nicht möglich. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken.

A handwritten signature in blue ink that reads "Rogall-Grothe". The signature is fluid and cursive.

Cornelia Rogall-Grothe
Vorsitzende des Verwaltungsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,



als Teil des öffentlichen Dienstes sind wir in unserem Handeln ganz auf die Bedürfnisse und die Vorsorge der Beschäftigten – unserer Versicherten – konzentriert. Was bedeutet das genau? Wir sind keinen Aktionären oder anderen Investoren verpflichtet und haben als eine von Bund und Ländern getragene Anstalt des öffentlichen Rechts auch kein finanzielles Eigeninteresse. Wir bieten daher faire und transparente Konditionen im Sinne eines partnerschaftlichen Miteinanders. Bei unserer Anlagestrategie setzen wir auf Sicherheit und Rendite mit den besten Ergebnissen auf dem Markt. Gleichzeitig halten wir unsere Verwaltungskosten niedrig.

Neben unseren Versicherten sind die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst unsere wichtigsten Partner, mit denen wir ein gemeinsames Ziel verfolgen: Den Beschäftigten eine gute betriebliche Altersvorsorge bieten, um die Zukunft planbar und verlässlich zu machen. Deshalb liegt mir die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern auch persönlich sehr am Herzen. Wir wollen mit dem „Arbeitgeber-Jahr“ deutlich machen, dass wir unsere Partner aktiv und umfassend entlasten: Neben vielen Online-Services bieten wir Beratungen und praxisnahe Schulungen zu den komplexen Zusammenhängen und Regelungen im Steuer- und Tarifrecht. Hinzu kommen die VBL-Herbsttagung und unser VBL-Key-Account-Management – ein schlagkräftiges Beratungsteam für Kunden.

Welchen Stellenwert die Arbeitgeber für uns haben, machen wir auch durch den thematischen Schwerpunkt in diesem Geschäftsbericht deutlich. Wir zeigen, welche wichtigen, vielschichtigen und spannenden Aufgaben im öffentlichen Dienst für das Gemeinwohl vollbracht werden. Dabei geben wir den Unternehmen ein Gesicht und stellen Menschen vor, die sich mit großem Engagement den jeweiligen Herausforderungen stellen.

Großes Engagement zeigen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL. Dank unserer motivierten Beschäftigten konnten wir uns in den letzten Jahren zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Wir werden uns auch weiterhin mit voller Kraft für die Belange unserer Versicherten und Rentenberechtigten einsetzen. Gemeinsam ist es unser Ziel, ihre Zukunft mit einer verlässlichen Altersvorsorge ein bisschen sicherer zu machen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Peters', written in a cursive style.

Richard Peters
Präsident und Vorsitzender des Vorstands

Inhaltsverzeichnis.



Stadtwerke Flensburg

Seite 8

Uniklinik Köln

Seite 12

**Evangelische Landeskirche
in Baden**

Seite 16

Bühnenservice Berlin

Seite 20

**Deutsche Rentenversicherung
Baden-Württemberg**

Seite 24

Berliner Wasserbetriebe

Seite 28

Berliner Verkehrsbetriebe

Seite 32

Geschäftstätigkeit

Seite 36

Lagebericht

Seite 40

Jahresabschluss

Seite 76

Anhang

Seite 82

Beschlüsse

Seite 138

Schiedsgerichtsbarkeit

Seite 142

Damit im hohen Norden alle gut versorgt sind.

Die Stadtwerke Flensburg im Dialog mit der VBL.



Peer Holdensen, Unternehmenssprecher.

Peer Holdensen stellt sich als Unternehmenssprecher der Stadtwerke Flensburg in der Regel immer schützend vor seinen Geschäftsführer Maik Render, doch besondere Anlässe erfordern besondere Maßnahmen: Bei der Ice Bucket Challenge (weltweite Spendenkampagne zur Nervenkrankheit ALS) stellte er ihn, in Anzug und Krawatte und von den neuen Azubis umringt, unter eine Plattform, von der alle zusammen mit Eiswasser übergossen wurden. „Neben dem Spaß, den neben den Teilnehmern auch die Zuschauer hatten, stand bei dieser Aktion natürlich auch unsere Spende für den guten Zweck im Mittelpunkt“, so der Wirtschaftsingenieur. „Es macht aber deutlich, dass bei uns alle Mitarbeiter gleich wichtig sind – vom Chef bis zu den Lehrlingen.“

Seinen Ruhestand stellt sich der Medienfachmann eher als Unruhestand vor. Besonders freut er sich auf: Reisen, Wanderungen, Bücher, Garten und Zeit, um seine Kinder zu besuchen. Außerdem hätte er Lust als freier Autor ab und zu Artikel für unterschiedliche Medien zu verfassen.

Interview.

Wodurch zeichnen sich die Stadtwerke Flensburg besonders aus?

” Wir versorgen die Stadt Flensburg und angrenzende Gemeinden mit atomstromfreiem Strom, umweltschonender Fernwärme und Trinkwasser. Zusätzlich betreiben unsere Tochterunternehmen den öffentlichen Personennahverkehr, den Hafen, den Flugplatz und das Schwimmbad. Unsere Philosophie lautet: „Energie im Wandel – Kraft aus Kontinuität“.

Wie sieht der Arbeitsalltag bei Ihnen im Unternehmen aus?

” Das Spektrum der von uns beschäftigten Berufsgruppen ist vielfältig: Ingenieure, Techniker, Monteure, Schlosser, Elektriker, kaufmännische Angestellte, Vertriebsmitarbeiter, IT-Fachkräfte, Chemielaboranten, Busfahrer und Fachkräfte für Bäderbetriebe sowie Flughafenpersonal. Durch die flexible Arbeitszeitregelung kann jeder Mitarbeiter selbst entscheiden, wann und wie lange er an welchem Tag arbeitet. Die Abstimmung mit den Kollegen erfolgt in den Teams, sodass während den Servicezeiten für externe Kunden und interne Belange immer ausreichend Personal vorhanden ist. Etwa 1/5 der Belegschaft ist im Außendienst mit der Erneuerung und Instandhaltung der Netze beschäftigt, sodass diese nur kurz im Betrieb anwesend sind, um Arbeitsaufträge entgegenzunehmen oder Material zu holen. Im Kraftwerk wird in Schichten gearbeitet, damit die Energieversorgung 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr immer gewährleistet ist.



Wie hat sich aus Ihrer Sicht die Arbeitswelt in den letzten Jahren verändert?

Flexibilität und lebenslanges Lernen haben wesentlich an Bedeutung gewonnen. Wir versuchen aber, unseren Mitarbeitern die Möglichkeit einer Work-Life-Balance zu ermöglichen, etwa durch flexible Arbeitszeitmodelle und Heimarbeit. Und da wir nicht wollen, dass die Eltern während der Kindererziehung durch die Abwesenheit vom Betrieb den Anschluss verlieren, bieten wir die Option, während dieser Zeit einen Paten zur Seite gestellt zu bekommen. Der hält die Kollegin beziehungsweise den Kollegen während der Elternzeit auf dem Laufenden, damit der Wiedereinstieg – oft in Teilzeit – einfacher wird.

Welchen Stellenwert hat Altersvorsorge bei Ihnen im Unternehmen?

Einen sehr hohen. Neben der VBL als Pflichtversicherung werden alle neuen Mitarbeiter auf die Möglichkeit der betrieblichen Altersvorsorge als Entgeltumwandlung angesprochen. Wir beteiligen uns dann noch mit einem Zuschuss, sodass die Beschäftigten auch im

Alter abgesichert sind. Dieses Angebot haben bei uns über 90 Prozent der Kollegen angenommen. Die Notwendigkeit der privaten Vorsorge ist also durchaus im Bewusstsein unserer Beschäftigten angekommen. Der durchschnittliche Eigenanteil eines Arbeitnehmers liegt hier übrigens bei rund 36 Euro im Monat.

Wie nehmen Sie als Arbeitgeber die VBL wahr?

Für uns, aber auch für unsere Mitarbeiter, ist neben dem guten Leistungsangebot der VBL ein entscheidender Aspekt alles aus einer Hand zu bekommen. VBLklassik und VBLextra. Die VBL-Homepage ist übersichtlich, gut strukturiert und ansprechend gestaltet. Formulare lassen sich gut online ausfüllen und die wichtigsten Informationen sind zielgruppengerecht aufbereitet und zusammengestellt. Die Angebote eines Beratungstages bei uns im Haus wurden von unseren Mitarbeitern begrüßt und zur persönlichen, individuellen Beratung rege genutzt. Was uns die Arbeit weiter erleichtern würde, wäre ein fester Ansprechpartner bei der VBL zu Fragen der Pflichtversicherung und zur VBLextra.



Das Unternehmen.

Die Stadtwerke Flensburg sind ein Versorgungsunternehmen, das in den Geschäftsbereichen Elektrizitäts-, Fernwärme-, Industriegas- und Wasserversorgung aktiv ist. Das Unternehmen besteht seit 1854, ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Flensburg, beschäftigt etwa 1.000 Mitarbeiter und versorgt in der Region Flensburg etwa 60.000 Haushalte. Hinzu kommen noch bundesweite Stromkunden, die seit der Liberalisierung des Strommarktes 1999 beliefert werden. Die Energieabgabe in Form von Strom, Fernwärme und Industriegas beträgt 2.110 Millionen kWh im Jahr. Damit werden Umsatzerlöse in Höhe von über 339 Millionen Euro erwirtschaftet.

Zahlen & Fakten.

Stadtwerke sind kommunale Unternehmen, die im öffentlichen Auftrag technische Dienstleistungen und Versorgungsleistungen, insbesondere im Bereich der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge der Bevölkerung erbringen. Aufgrund der Tatsache, dass bis zum Ende des 20. Jahrhunderts fast ausschließlich Städte eigene Wirtschafts- und Infrastrukturbetriebe unterhielten, hat sich die Bezeichnung „Stadtwerke“ als Sammelbegriff eingebürgert. In den 1980er- und 1990er Jahren wurden Stadtwerke vielfach im Rahmen von Privatisierungen – meist als Maßnahme zur Sanierung der kommunalen Haushalte – in Teilen oder als Ganzes an privatwirtschaftliche Unternehmen veräußert. Teilweise wurden auch bestimmte Aufgaben an Privatunternehmen vergeben. Ab dem Jahr 2000 kam es jedoch auch zu einer Reihe von so genannten Re-Kommunalisierungen, wobei ein Teil der erbrachten Leistungen heute in Konkurrenz zum freien Markt erbracht wird – insbesondere im Strom- und Gasvertrieb.

60.000
Haushalte



Damit Patienten bestens versorgt werden.

Die Uniklinik Köln im Dialog mit der VBL.

Hintergrund.

Ein Universitätsklinikum (kurz: Uniklinik) ist im Allgemeinen ein Krankenhaus, das an die medizinische Fakultät einer Universität angegliedert ist. Neben der medizinischen Behandlung dient es daher auch der Forschung und Lehre im Bereich der Medizin.

Gisela Obese, Leiterin der Abteilung Personalabrechnung & Dienstplanadministration.

Gisela Obese hat in ihrem Berufsleben immer wieder auch unterhaltsame Dinge erlebt. Insbesondere die bei einer Einstellung notwendigen Personalfragebögen liefern Stoff zum Schmunzeln: So kann es schon einmal vorkommen, dass bei der Frage nach der Konfession „Größe 38“ eingetragen wird. Oder bei der Bankverbindung die Kontonummer eines bekannten Onlineversenders erscheint. Damit könnten sich Heavy-Shopper zwar den lästigen Umweg über das eigene Bankkonto sparen, eine korrekte Personalabrechnung sieht aber anders aus.

Die Abteilungsleiterin wird in absehbarer Zeit in Ruhestand gehen, doch mit Ruhe wird das voraussichtlich nicht viel zu tun haben.

Da die 63-Jährige ihr Leben lang gerne und viel gearbeitet hat, wird sie auch ihre Rentenzeit aktiv verbringen: „Ich freue mich aber schon, mehr Zeit für meine privaten Interessen – beispielsweise Fremdsprachen – zu haben. Außerdem möchte ich mich für ein soziales Projekt einsetzen. Dabei liegt mir und auch meinem Mann besonders West-Afrika am Herzen, wo wir uns in sozialen Projekten für Kinder engagieren wollen.“

Interview.

Was unterscheidet die Uniklinik Köln von anderen Krankenhäusern?

Die Uniklinik Köln ist ein Krankenhaus der Maximalversorgung mit den Aufgaben der Krankenversorgung, Forschung und Lehre. Ziel der Uniklinik ist es, der hohen Nachfrage nach herausragender medizinischer Versorgung gerecht zu werden und das Versorgungsangebot dementsprechend zu erweitern. Hand in Hand mit den Leistungsausweitungen erfolgen diverse bauliche Maßnahmen – durch die schrittweise Inbetriebnahme des neuen Untersuchungs- und Behandlungszentrums West und das stete Voranschreiten der Sanierung des Bettenhauses werden erhebliche Synergien erwartet.

Mit welchen Herausforderungen werden Sie im Personalbereich konfrontiert?

Die Anforderungen des Klinikums müssen bestmöglich mit den Bedürfnissen der mehr als 8.700 Beschäftigten in Einklang gebracht werden. Dafür bieten wir individuelle und flexible Arbeitszeitmodelle an. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterhalten wir eine eigene Betriebskindertagesstätte. Durch Maßnahmen der Gesundheitsprävention versuchen wir, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Gesundheit der Beschäftigten aller Berufsgruppen zu fördern und zu erhalten.

Welche Rolle spielt bei Ihnen das Thema Altersvorsorge?

Wie überall in der Gesellschaft, eine große Rolle. Darum informieren wir bei Neueinstellungen über die VBL und ihre Produkte. Weitere Informationskanäle sind das Intranet und entsprechende Broschüren. Wir werden auch regelmäßige Infoveranstaltungen durchführen, weil für viele das Thema einfach zu wenig transparent und der persönliche Beratungsbedarf entsprechend groß ist.

Wie sind Sie denn aus Arbeitgebersicht mit der VBL zufrieden?

” Sehr zufrieden. Sowohl die technischen Abläufe als auch die persönliche Betreuung durch den VBL-Key-Accounter ist perfekt. Wir haben jetzt auch das VBLgütesiegel beantragt, das uns bescheinigt, dass alle Prozesse im Hinblick auf die betriebliche Altersversorgung unserer Mitarbeiter optimal laufen. Konkret geht es um einen reibungslosen Ablauf im Melde- und Abrechnungsverfahren. Es muss sichergestellt werden, dass alle Beschäftigten, für die Versicherungspflicht besteht, auch korrekt an die VBL gemeldet werden. Dies schließt Beschäftigte, die sich in Mutterschutz, Elternzeit, Altersteilzeit oder Erwerbsminderungsrente befinden, ein. Und dann müssen auch alle Beiträge zur Entgeltumwandlung oder Riesterförderung richtig erfasst werden. Hinzu kommen bei uns wissenschaftlich Beschäftigte, bei denen einige Sonderregelungen zu berücksichtigen sind.

Seit dem 1. Juli 2014 können Versicherte nach 45 Jahren Beitragszahlung schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Was halten Sie davon?

” Diese Neuregelung betrifft mich ganz persönlich: Ich bin nämlich inzwischen selbst 63 und arbeite seit ich 17 Jahre alt bin im Personalbereich. Insofern hätte ich die Möglichkeit, mich abschlagsfrei zur Ruhe zu setzen. Doch meine Tätigkeit macht mir so viel Spaß, dass ich noch zwei Jahre arbeiten will. Anders kann es natürlich bei sehr anstrengender körperlicher Arbeit sein, die an die Substanz geht. Da ist es nicht immer möglich, bis zum 65sten Lebensjahr die volle Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Für bestimmte Berufsgruppen macht diese Neuregelung also schon Sinn.





Zahlen & Fakten.

Die deutschen Universitätskliniken nehmen pro Jahr 1,7 Millionen Patienten stationär auf, das sind zehn Prozent aller Krankenhausaufenthalte. Sie sind führend in der Therapie komplexer, besonders schwerer oder seltener Erkrankungen. Die 33 Einrichtungen sind gerade dort besonders stark, wo andere Krankenhäuser nicht mehr handeln können: Sie sind Impulsgeber im Gesundheitswesen, setzen auf die neuesten medizinischen Innovationen und bilden die Ärzte von morgen aus.

Das Unternehmen.

Die Uniklinik Köln ist mit knapp 1.400 Betten das größte Krankenhaus in Köln und versorgt im Jahr über 55.000 Patienten im stationären Bereich und etwa 230.000 Patienten in der Ambulanz. Die medizinische Fakultät bildet etwa 3.200 Medizin- und Zahnmedizinstudenten aus. Rund 8.700 Beschäftigte sind in der Krankenversorgung, der Forschung und der Lehre beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt bei etwa 80 Prozent. Die Auslastung des Klinikums lag im Jahr 2013 bei knapp 90 Prozent.

Angesichts einer durchschnittlichen Auslastung aller bundesdeutschen Krankenhäuser von 77 Prozent ist das ein Spitzenwert. Entsprechend konnte die Klinik 2013 im fünften Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis erwirtschaften und erneut die Zahl der Beschäftigten steigern. Damit die Pflegekräfte Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren können, ist es möglich, von 8 bis zu 38,5 Stunden in der Woche zu arbeiten.



55.185 Patienten stationär

235.781 Patienten ambulant

Damit der christliche Glaube eine Heimat hat.

Die Evangelische Landeskirche in Baden im Dialog mit der VBL.

Zahlen & Fakten.

Die Reformation begann in Deutschland im 16. Jahrhundert mit Martin Luther. Heute ist die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, gebildet durch die Gemeinschaft von 20 lutherischen, unierten und reformierten Kirchen. Die selbstständigen Landeskirchen haben ungeachtet ihres unterschiedlichen Bekenntnisstandes uneingeschränkte Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.



Barbara Bauer, geschäftsleitende Oberkirchenrätin.

Barbara Bauer ist von Haus aus Juristin mit Staatsexamen. Wie kommt man da eigentlich zur Kirche? Hat die Frau etwa keine andere Stelle gefunden? Ganz bestimmt nicht! Bevor die geschäftsleitende Oberkirchenrätin zur Kirche kam, war sie als Bundesbeamtin in der Bankenaufsicht tätig.

Den Wechsel hat sie dann ganz bewusst und sehr gerne vollzogen. Denn sie hat sich schon immer für Glaubensfragen interessiert, und das Miteinander bei der Arbeit war ihr wichtiger als der Ellenbogeneinsatz. „Das bedeutet aber nicht, dass der evangelische Oberkirchenrat ein Ruhekissen darstellt“, so die Ostwestfälin. „Die Kolleginnen und Kollegen, die übrigens ganz unterschiedliche berufliche Hintergründe haben, erfüllen ihren Auftrag wie bei jedem anderen Arbeitgeber auch. Andererseits liegt neben meinem PC beispielsweise eine Bibel. Ich brauche sie manchmal. Am Dienstagmorgen kann man bei uns Gesang hören – dann feiern wir unsere Wochenandacht.“

Wenn die Kirchenfrau an ihre Rentenzeit denkt, hat sie kein klischeeartiges Bild im Kopf: „Der Dienst am Menschen wird immer Teil meines Lebens sein, wenn auch nicht in Form eines hauptberuflichen Amtes.“

Interview.

Können Sie anhand eines bestimmten Projektes die Arbeit der Evangelischen Landeskirche verdeutlichen?

„ Da möchte ich exemplarisch ein Projekt nennen, das zeigt, wie nah die evangelische Kirche bei den Menschen ist, und dass es uns wichtig ist, in der Gesellschaft Brücken zu bauen: Die Mannheimer Vesperkirche ist eine feste Adresse im sozialen Leben der Stadt. Vier Wochen im Jahr öffnet sie ihre Pforten. Gutes Essen für wenig Geld, ein gemütlicher Treffpunkt in der CityKirche Konkordien für Bedürftige und Nicht-Bedürftige, für Christen und Nicht-Christen. Dort begegnen sich Menschen, die sonst wenige Berührungspunkte haben. Möglich wird die jährlich stattfindende Vesperkirche durch die Großzügigkeit vieler, die hier täglich ehrenamtlich mitarbeiten und derer, die sie finanziell unterstützen. Zur ersten Vesperkirche 1998 kamen rund 60 Gäste pro Tag. Heute sind es manchmal mehr als 600, die zum Essen und Trinken, zum Reden und Zuhören, zum Beten und zur Beratung kommen. Täglich endet die Vesperkirche für Gäste und Mitarbeitende nach einer Andacht, die jeweils von Mannheimer Gemeinden gestaltet wird.“

Wie sieht denn ein typischer Arbeitstag einer Pfarrerin oder eines Pfarrers aus?

„ Je nachdem kann der Tag um 7:50 Uhr mit dem Religionsunterricht in der Schule beginnen. Anschließend wird der Talar angelegt, weil eine Beerdigung gehalten werden muss. Nachmittags geht es mit Büroarbeit weiter und es steht ein Taufgespräch mit einem Elternpaar an. Danach geht es in den Kirchenladen der Gemeinde, wo sich immer Gespräche mit Gemeindegliedern ergeben – teilweise über Organisatorisches, aber auch über sehr Persönliches. Abends finden oft Sitzungen statt. Am Samstag steht der Konfirmandenunterricht auf dem Plan und am Sonntag wird der Gottesdienst gehalten. Montag ist „Pfarrsonntag“, an dem Pfarrerinnen und Pfarrer in der Regel frei haben.“



Vor welchen Herausforderungen stehen Sie im Personalbereich?

” Wir stehen natürlich auch im Wettbewerb um gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Dabei geht es nicht nur um die Bezahlung, sondern auch um so genannte weiche Faktoren wie familienfreundliche Arbeitsplätze, flexible Gestaltung der Arbeitszeit und eine individuelle Personalentwicklung. Im Zusammenhang mit der Work-Life-Balance geht es neben der Kinderzeit auch immer öfter um pflegebedürftige Angehörige. Deshalb bieten wir unseren Mitarbeitenden Fortbildungen zu Gesundheitsthemen, Pflege und Umgang mit Demenz.

Wie gehen Sie mit dem Thema Altersvorsorge um?

” Grundsätzlich interessieren sich ältere Mitarbeiter mehr für die Rentenzeit als jüngere. Deshalb sind wir bemüht unsere Mitarbeiterschaft frühzeitig für das Thema zu sensibilisieren, damit sie noch genügend

Zeit hat eine ausreichende Altersvorsorge aufzubauen. In Zusammenarbeit mit der VBL veranstalten wir regelmäßig Seminare, um den Beschäftigten eine bestmögliche Beratung zu gewährleisten. Bei der Einstellung werden die neuen Mitarbeiter auch auf die VBLextra hingewiesen.

Und was erwarten Sie von der VBL?

” Grundsätzlich sind wir mit der Zusammenarbeit sehr zufrieden. Auch die Gehaltsabrechnung durch die Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle (ZGAST) funktioniert gut. Und der zentrale Ansprechpartner für Arbeitgeber ist sehr hilfreich. Allerdings sind der Newsletter für Versicherte und auch die Details zur VBLextra unseren Mitarbeitenden noch nicht so bekannt, wie es wünschenswert wäre. Hier besteht noch Informationsbedarf. Und eine Beratung zu den Vorteilen der VBLextra, wie Verzinsung und Gebührenfreiheit, würden manche Mitarbeitende sicher sehr zu schätzen wissen.



Das Unternehmen.

Die Evangelische Landeskirche in Baden mit Sitz in Karlsruhe gehört mit 1,27 Millionen Mitgliedern zu den mittelgroßen von 20 Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zu ihr gehören 550 selbstständige Kirchengemeinden beziehungsweise 725 Pfarrgemeinden, die ebenfalls Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen die Verkündigung der christlichen Botschaft und der Dienst an den Menschen. Die Evangelische Landeskirche in Baden beschäftigt 33.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist Träger zahlreicher diakonischer Einrichtungen, etwa 625 Kindergärten, 18 Krankenhäuser, 115 Einrichtungen der Jugendhilfe und 179 Einrichtungen der Altenhilfe.

Zahlen & Fakten.

Etwa 66 Prozent der Deutschen sind konfessionell gebunden. Circa 30 Prozent sind Katholiken und 30 Prozent Protestanten. Dabei wohnen mehr Katholiken im Südosten und Westen des Landes (Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland), die Mehrzahl der Protestanten wohnt im Nordwesten und in den stärker konfessionell gemischten Regionen im Südwesten und der Mitte (Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen).

Die orthodoxe Kirche ist mit knapp 2 Prozent die drittgrößte christliche Konfession in Deutschland. Die Zahl der Muslime wird auf etwa 3 bis 4 Prozent geschätzt. Alle anderen Religionsgemeinschaften wie Buddhisten, Juden und Hindus stellen zusammen knapp 1 Prozent der Bevölkerung.



30% Katholiken



30% Protestanten



3 – 4% Muslime



2% Orthodoxe

Damit die Bretter weiterhin die Welt bedeuten.

Der Bühnenservice Berlin im Dialog mit der VBL.



Zahlen & Fakten.

Etwa 38.800 Menschen arbeiten in Deutschland fest angestellt für die Theater und Orchester. Dabei sind die meisten nicht Schauspieler, Sänger oder Regisseure, sondern im Bühnenservice tätig. Das sind beispielsweise Beleuchter, Bühnenbildner, Gewandmeister, Maskenbildner, Schlosser und Tontechniker, um nur einige zu nennen.

Petra Köhler, Leiterin der Tapezierabteilung.

Petra Köhler arbeitet seit 25 Jahren für die Bühne. Zuerst für die Komische Oper, wo sie auch ihre Ausbildung zur Polsterin und Dekorateurin gemacht hat. Dann – seit der Zusammenlegung der drei Werkstätten – beim Bühnenservice, wo sie für die Deutsche Oper, die Staatsoper, die Komische Oper und das Deutsche Theater aktiv ist.

So kann sie sich gar nicht mehr vorstellen, in einem normalen Handwerksbetrieb, etwa bei einem Raumausstatter, zu arbeiten: „Es ist hier so abwechslungsreich und man hat mit so vielen unterschiedlichen Charakteren zu tun – das ist einmalig.“ Zu diesem speziellen Berufsumfeld ist die Besitzerin von zwei Hunden durch ihren Großvater gekommen, der Technischer Direktor am Metropol-Theater Berlin war. Und da bei den Generalproben die Handwerker des Bühnenservices immer im Zuschauerraum sitzen, sieht die 44-Jährige immer auch wie das Ergebnis ihrer Arbeit „bespielt“ wird.

Bis zum Renteneintrittsalter dauert es für die Pankowerin noch einige Jahre. Wenn es dann einmal soweit ist, kann sie sich vorstellen viel mit dem Wohnmobil zu verreisen. Ein großer Traum von ihr wäre Kanada.

Interview.

Was kann man sich unter dem Bühnenservice Berlin genau vorstellen?

” Wenn Sie die Oper oder das Theater besuchen, nehmen Sie in der Regel nur die Akteure auf der Bühne wahr. Doch es gibt auch die vielen unsichtbaren Menschen, wie die Kollegen vom Bühnenservice, die dieses Gesamtkunstwerk erst möglich machen. Nur im Einklang zwischen den vielen Beteiligten vor, auf und hinter der Bühne kann sich das künstlerische Werk entfalten. Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Bühnenservice Berlin als Dienstleister der Stiftung Oper war es, die Produktion im Bühnenbereich wirtschaftlich tragfähiger zu gestalten, also bei sinkenden Kosten die Effizienz zu steigern.

Und wie sehen genau die Leistungen des Bühnenservices aus?

” Ein komplexes Bühnen- und Kostümbild entsteht aus der Vielzahl einzelner Arbeitsschritte. Daran sind beispielsweise Kascheure, Putzmacherinnen oder Farbenreiber beteiligt. In unseren Werkstätten gibt es hochqualifizierte Spezialisten aller Fachrichtungen, die über ein umfangreiches Repertoire an Kenntnissen und Erfahrungen verfügen. Dabei arbeiten die etwa 200 Handwerker in ganz unterschiedlichen Gewerken, etwa in der Schlosserei, der Tischlerei, der Tapezierwerkstatt, der Theaterplastik, dem Malsaal, den Kostümwerkstätten, der Hut- und Putzwerkstatt oder der Schuhmacherei.



Wie sieht ein typischer Arbeitstag in Ihrem Unternehmen aus?

” Die Schneiderinnen beginnen um 6:30 Uhr als erste ihren Dienst. Nach Vorgaben der Gewandmeisterin beginnen sie mit dem Zuschnitt von Kleinteilen, Futter und Einlagen. Andere Kolleginnen kümmern sich um die Kostüme, die nach den Proben aus den Opernhäusern zurückgekommen sind und nun geändert werden müssen: hier ein Tutu aus dem Dornröschen, dort ein prachtvolles Kostüm aus der Tosca oder der Zauberflöte. Dabei ist der Zeitdruck immens, denn am Abend beginnen bereits die nächsten Proben. Jedes Bühnenbild und jedes Kostümbild ist ein Unikat, eine einzigartige künstlerische Kreation. Das macht die Arbeit hier auch so spannend und abwechslungsreich.

Haben Sie in Ihrem künstlerischen Umfeld auch mit Arbeitsverdichtung zu kämpfen und wie sieht es mit der Work-Life-Balance aus?

” Da der Druck der Wirtschaftlichkeit längst auch in den kulturellen Einrichtungen Einzug gehalten hat, haben sich auch bei uns die Arbeitsabläufe in den Werkstät-

ten stark verändert. Im Zuge der Gründung des Bühnenservice wurde der Personalbestand um ein Drittel reduziert. Der Produktionsdruck hat zugenommen und die Verschnappungen sind stärker geregelt. Aber man versucht auch durch Gleitzeit- und Arbeitszeitmodelle den Wünschen der Beschäftigten gerecht zu werden.

Bei künstlerischen Berufen treten Themen wie Altersvorsorge oft in den Hintergrund. Wie ist das bei Ihnen?

” Die Gefahr besteht tatsächlich. Deshalb sprechen wir neue Mitarbeiter ganz gezielt darauf an und haben somit inzwischen ein Bewusstsein geschaffen, dass zusätzlich zur gesetzlichen Altersvorsorge weitere Anstrengungen notwendig sind. Die VBL ist in dieser Hinsicht eine gute Adresse und ein im Haus bekannter Ansprechpartner. Zukünftig möchten wir regelmäßige Informationsveranstaltungen der VBL in Anspruch nehmen, um den Kollegen noch besser klar zu machen, welche konkreten Angebote es gibt. An dieses Thema müssen wir ran.



Zahlen & Fakten.

Rund 35 Millionen Zuschauer aller Altersgruppen besuchen Jahr für Jahr fast 105.000 Theateraufführungen und 7.400 Konzerte. Das Bild der Theater- und Orchesterlandschaft in Deutschland wird wesentlich durch die rund 140 öffentlich getragenen Theater bestimmt, also durch Stadttheater, Staatstheater und Landes Bühnen. Hinzu kommen rund 220 Privattheater, etwa 130 Opern-, Sinfonie- und Kammerorchester und circa 70 Festspiele und 150 Spielstätten ohne festes Ensemble und um die 100 Tournee- und Gastspielbühnen ohne festes Haus.

Das Unternehmen.

Der Bühnenservice Berlin ist der größte Theaterdienstleister in Deutschland und integraler Bestandteil der Stiftung Oper in Berlin. In dem neuen Werkstatt- und Verwaltungskomplex am Ostbahnhof arbeiten auf einer Fläche von 25.000 qm rund 260 Mitarbeiter und erbringen Serviceleistungen rund um das Theater – vom Dekorationsbau über die Kostümerstellung bis zum Personalservice und zur Finanzbuchhaltung.

Das Konzept der zentralen Theater-Werkstätten und der Konzentration wesentlicher Zentralfunktionen an einem Standort ist einzigartig in Deutschland. Durch die Zusammenlegung der einzelnen Standorte kann der manufakturaartige Herstellungsprozess effektiv umgesetzt und handwerkliche Traditionen mit modernen Fertigungstechniken vereint werden. So können komplexe Ausstattungen aus einer Hand deutlich wirtschaftlicher geschaffen werden.



Damit die gesetzliche Rente sicher bleibt.

Die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg im Dialog mit der VBL.

Zahlen & Fakten.

Die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg mit Hauptsitz in Karlsruhe ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und beschäftigt etwa 3.600 Mitarbeiter, die 3,6 Millionen Versicherte und 1,5 Millionen Rentner betreuen.



Bernard Clark, Altersvorsorgeberater.

Bernard Clark erfährt als Altersvorsorgeberater immer wieder auch sehr persönliche Dinge, die mitunter auch ziemlich witzig sein können. So hatte er einmal, im Rahmen einer Kooperation mit der Schweiz, einen kuriosen Fall: Ein Deutscher, mit einem Jahresgehalt in Millionenhöhe, der in die Schweiz übergesiedelt war, zahlte jährlich einen sechsstelligen Beitrag ein, erhält aber später nur eine nach oben „gedeckelte“ Rente – in diesem Fall etwa 1.300 Franken im Monat. Das liegt daran, dass es dort im Unterschied zu Deutschland keine Beitragsbemessungsgrenze gibt. „Der Kunde war schockiert und hat zu einem Loblied auf das deutsche Rentensystem angesetzt, bei dem er für die gleiche Leistung nur etwa zehn Prozent der schweizer Beiträge hätte einzahlen müssen“, stellt der Vorsorgespezialist fest. „Aber bei der Höhe seiner „Einkünfte“ wird er diese Erkenntnis inzwischen wohl verschmerzt haben.“

Für seine Rentenzeit hat sich Bernard Clark noch keine konkreten Aktivitäten vorgenommen, wünscht sich aber vor allem Gesundheit: „Ich lebe ganz gerne nach dem Motto: Leben ist das, was passiert, während man Pläne macht – und die beste Zeit ist ja heute und nicht irgendwann.“ Ganz anders verhält es sich mit der finanziellen Altersabsicherung. Da weiß der Altersvorsorgeberater natürlich am allerbesten, dass er auch eigenverantwortlich vorsorgen muss. Deshalb hat er unter anderem in eine Eigentumswohnung investiert.

Interview.

Welche Aufgaben hat die Deutsche Rentenversicherung genau zu erfüllen?

” In erster Linie sind wir seit 125 Jahren Träger der gesetzlichen Rentenversicherung. Darüber hinaus übernehmen wir aber auch noch Rehabilitation und Prävention, wir kümmern uns um medizinische Begutachtungen und Betriebsprüfungen, beraten Rentner und Versicherte zur Rente und Reha und unterstützen Unternehmen bei der Eingliederung und dem Gesundheits- und Generationenmanagement. Dabei finde ich bemerkenswert, dass die gesetzliche Rentenversicherung bei aller öffentlichen Kritik des Systems alle Kriege und Finanzkrisen überstanden und den Menschen immer pünktlich ihre Rente ausgezahlt hat.

Gibt es ein Highlight-Projekt, das Sie besonders bemerkenswert finden?

” Unser Präventionsprogramm „Betsi“ für Arbeitnehmer, bei denen wegen beginnender Funktionsstörungen eine Gefährdung oder Belastung erkennbar ist. Es setzt dort an, wo noch kein unmittelbarer Rehabedarf besteht und beugt gesundheitlichen Beeinträchtigungen vor.

Zahlen & Fakten.

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist ein Zweig des gegliederten Sozialversicherungssystems, der vorwiegend der Alterssicherung von Beschäftigten dient. Neben den Altersrenten werden Renten bei verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten an Hinterbliebene sowie Leistungen zur Rehabilitation erbracht. Die Deutsche Rentenversicherung ist der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland.

Wie sieht Ihre Beratung zum Thema Altersvorsorge aus?

” In jedem Regionalzentrum gibt es ein angegliedertes Servicezentrum für Altersvorsorge. Dort informieren unsere Fachleute kostenlos und anbieterneutral über die verschiedenen Möglichkeiten der Altersvorsorge. Als gesetzlicher Rentenversicherungsträger können und wollen wir keine Produkte verkaufen, sondern helfen, dass jeder einen objektiven Überblick über seine persönliche Situation erhält. Dieses Angebot steht auch unseren Mitarbeitern zur Verfügung. Hier haben wir speziell für unsere Kolleginnen ein Beratungsangebot ins Leben gerufen, da Frauen derzeit um rund 60 Prozent geringere Alterseinkünfte haben als Männer – bezogen auf alle drei Säulen des Alterssicherungssystems.

Ist Ihren Kollegen die Wichtigkeit der privaten Vorsorge bewusst?

” Wir weisen unsere neuen Beschäftigten gezielt auf die betriebliche Altersvorsorge der VBL hin. Insgesamt kann ich einen Bewusstseinswandel feststellen: Die Leute stehen dem Thema inzwischen wesentlich offener gegenüber und der Informationsbedarf hat zugenommen. Sie wollen wissen, wie hoch ihre Ansprüche sind und welche Möglichkeiten es gibt, sich zusätzlich privat abzusichern. Der jährliche Versicherungsnachweis ist in diesem Zusammenhang wichtig und hilft dabei, die Altersvorsorge transparenter zu machen. Aus meiner Sicht können aber letztendlich nur persönliche Vorsorgegespräche helfen, wirklich Klarheit über den persönlichen Altersvorsorgezustand zu gewinnen und den entsprechenden Zusatzbedarf zu klären.



Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der VBL?

” Das läuft alles ausgesprochen kooperativ und funktioniert reibungslos. So bieten wir inzwischen unseren Beschäftigten „Kombi-Beratungen“ zur Altersvorsorge an. In 90-minütigen Individualberatungen werden gemeinsam Ansprüche aus der gesetzlichen Rente und aus der zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge erläutert und ein möglicher zusätzlicher Bedarf ermittelt. Dieser Service kommt sehr gut an.



3.600
Mitarbeiter



3,6 Mio.
Versicherte



1,5 Mio.
Rentner

Zahlen & Fakten.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird im Wesentlichen durch ein Umlageverfahren finanziert. Die jeweiligen Beitragszahler bringen die Renten der aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen auf und erwerben selbst einen Anspruch auf ihre eigene kommende Rente (Generationenvertrag). Grundsätzlich wird die Rentenversicherung durch Beiträge finanziert, die bei versicherungspflichtigen Beschäftigten je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden.

Das Unternehmen.

Die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg ist ein Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung. Sie ist rechtlich selbstständig und aus der früheren Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg hervorgegangen. Mit 3.600 Mitarbeitern, 3,6 Millionen Versicherten und 1,5 Millionen Rentnern ist sie der größte deutsche Regionalträger. Im Leistungsbereich – zuständig für Rente, Beitragsangelegenheiten, berufliche und medizinische Rehabilitation sowie für die Betriebsprüfung – bestehen 15 Regionalzentren.



Damit in Berlin alles richtig läuft.

Die Berliner Wasserbetriebe im Dialog mit der VBL.

Zahlen & Fakten.

Wasser ist lebenswichtig und damit keine Ware wie jede andere. Deshalb hat das Europaparlament beschlossen, dass die kommunalen Wasserversorger nicht privatisiert werden dürfen und weiterhin in öffentlicher Hand bleiben sollen.

Marion Polak, Personal- und Organisationsentwicklung.

Marion Polak ist eine Ur-Berlinerin und stammt aus Neukölln, wo sie noch heute mit ihrem Mann in einer schönen großen Dachgeschosswohnung lebt. Seit einiger Zeit fühlt sie sich dort auch wieder richtig wohl, denn der in negative Schlagzeilen geratene Bezirk entwickelt sich sehr positiv. „Durch den Zuzug von jungen Familien und Studenten haben wir hier wieder eine ausgewogene bunte Mischung aus Menschen, die mir gut gefällt.“

Im Unternehmen sorgt die Personal- und Organisationsentwicklerin dafür, dass sich Beruf und Familie möglichst gut miteinander vereinbaren lassen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dabei das Thema Pflege von Angehörigen inzwischen oft genauso wichtig wie Kinderbetreuung. „Unsere Familienfreundlichkeit zeigte sich kürzlich, als eine Kollegin ihr Baby zu einem Seminar mitbrachte. Da war die gesamte Aufmerksamkeit natürlich zuerst auf den süßen Knirps gerichtet, doch dann wurde erstaunlich konzentriert gearbeitet.“

Gedanken an die Rente macht sich die 50-Jährige nicht sehr oft. „Ich hoffe eben, dass ich gesund bleibe und weiterhin Sport treiben kann. Wenn wir dann noch die eine oder andere Reise unternehmen können und finanziell so aufgestellt sind, dass wir uns keine großen Sorgen machen müssen, wäre ich ganz froh.“

Interview.

Was erwarten die Menschen von ihrer Berliner Wasserversorgung?

„Dass, wenn sie den heimischen Wasserhahn aufdrehen, sauberes Trinkwasser herauskommt. Was für viele Regionen dieser Welt keine Selbstverständlichkeit ist, wird bei uns als Basisversorgung verstanden. Das Leitungswasser kann in Deutschland als Lebensmittel Nummer eins ohne Bedenken getrunken werden. Die Trinkwasserverordnung gibt dies verbindlich vor.“

So dürfen beispielsweise keine Krankheitserreger, Schwermetalle oder andere gesundheitsschädigende Stoffe enthalten sein. Wir halten die strengen gesetzlich festgelegten Grenzwerte nicht nur ein, wir unterbieten sie noch deutlich. Dafür prüfen wir die Wasserqualität entlang aller Stationen des Trinkwasserkreislaufes kontinuierlich. Bereits das Grundwasser haben wir über unsere mehr als 2.500 Beobachtungsrohre dauerhaft im Blick. Zudem nehmen wir Proben direkt aus unseren Brunnen und aus dem Grundwasser, unmittelbar nachdem es ans Tageslicht gefördert wurde.

Um sicherzugehen, dass die Wasserqualität auf dem Weg zum Verbraucher nicht beeinträchtigt wird – etwa durch Bauarbeiten oder Lecks im Rohrnetz –, werden auf dem Weg durch das Netz und bei insgesamt 150 Berliner Verbrauchern in dichten Abständen Proben entnommen und in unseren akkreditierten Laboren analysiert. Damit unsere Wasserqualität auch in Zukunft so gut bleibt, arbeiten wir eng mit dem Umweltbundesamt zusammen, um auch Herausforderungen wie Medikamentenrückstände im Grundwasser begegnen zu können.

Welchen Stellenwert haben Human Resources bei Ihnen im Unternehmen?

” Einen sehr hohen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Aus diesem Grund haben wir in diesem Jahr auch unsere Mitarbeiter-Aktion „Ohne uns läuft nix“ gestartet, um zu verdeutlichen, wie viel Wert wir jeden Tag auf die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen legen. Insgesamt ist die Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen sehr hoch. Diese Aktion trägt dazu bei. Aber auch die bedarfsorientierten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die uns in diesem Jahr durch die Auszeichnung mit dem Qualitätssiegel „Exzellentes Bildungs- und Talentmanagement 2014“ des Deutschen

Zahlen & Fakten.

Insgesamt entfallen in Deutschland täglich pro Kopf 46 Liter auf die Körperhygiene beziehungsweise auf Duschen und Baden, 34 Liter werden für die Toilettenspülung verwendet, 15 Liter für das Wäschewaschen, jeweils 8 Liter für Putzen und Geschirrspülen sowie 5 Liter für Essen und Trinken. Dabei liegt der durchschnittliche Pro-Kopf-Bedarf in Westdeutschland etwas höher als in Ostdeutschland, in Berlin liegt er bei 110 Litern.



5 Liter



8 Liter



15 Liter



34 Liter



46 Liter

Bildungspreises attestiert wurde, steigert die Mitarbeiterzufriedenheit. Darüber hinaus hat unser betriebliches Gesundheitsmanagement deutschlandweit einen der höchsten Standards. Das bestätigen uns regelmäßige Auszeichnungen und Preise, die wir von externen Instituten erhalten.

spielen bei der Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit der Beschäftigten eine große Rolle, und wir bieten flexible Arbeitszeitmodelle und Telearbeit an. Ob die Angebote noch passgenau für die Kolleginnen und Kollegen sind, überprüfen wir aktuell, indem wir uns dem Audit berufundfamilie stellen. Im Ergebnis erhoffen wir uns, weitere Optimierungen vornehmen zu können.

Wie hat sich aus Ihrer Sicht in den letzten Jahren die Arbeitswelt gerade auch im öffentlichen Dienst verändert?

” Die Arbeitsverdichtung und Komplexität der Aufgaben hat immens zugenommen. Deshalb haben wir uns auch ganz besonders dem Thema Stressvermeidung und -prävention angenommen. Ein Gesundheitstag und viele Kurse und Seminare sind für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganzjährig im Angebot und helfen dabei, die jeweiligen Belastungen zu reduzieren. Bei einer Beschäftigtenstruktur mit einem Durchschnittsalter von rund 50 Jahren stellen wir uns immer mehr auf solche Themen ein. Das betriebliche Eingliederungsmanagement ist hier zu benennen, aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Welche Vorteile ergeben sich für Sie durch die Zusammenarbeit mit der VBL?

” Ein- bis zweimal im Jahr finden bei uns im Haus VBL-Seminare statt, die unseren Beschäftigten die Möglichkeit zur Information aus erster Hand bieten. Zusätzlich sind Seminare für unsere Personalbetreuer geplant. Unser VBL-Key-Accounter ist immer zur Stelle, wenn es konkrete Fragen beispielsweise zur Umsetzung von tarifvertraglichen Änderungen gibt. Auch wenn es mal schnell gehen soll oder kritische Fragen geklärt werden müssen. Aktuell haben wir uns über die neue VBL-Zertifizierung für Unternehmen informiert. Ein guter Weg, um Ressourcen einzusparen.



Das Unternehmen.

Die Berliner Wasserbetriebe sind mit 4.500 Beschäftigten das größte Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland. Es werden 3,5 Millionen Berliner und fast 100.000 Einwohner im Umland mit Trinkwasser versorgt. Hinzu kommt die umweltgerechte Ableitung und Reinigung des Abwassers in Berlin und den angrenzenden Gebieten. Der durchschnittliche tägliche Wassergebrauch im Versorgungsgebiet beläuft sich auf etwa 530.000 Kubikmeter. Damit könnte man fast das Olympiastadion mit seinen 640.000 Kubikmetern Rauminhalt auffüllen. Das Berliner Wasser, das größtenteils aus 800 lokalen Brunnen vor Ort gewonnen wird, ist von exzellenter Qualität. Um den Weg zu den Verbrauchern zu finden, muss es durch ein Rohrnetz von 7,9 Kilometern Länge geleitet werden. Die Pflege und laufende Erneuerung dieses Rohrsystems gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Berliner Wasserbetriebe.

Zahlen & Fakten.

Die Pro-Kopf-Wassernutzung in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich zurückgegangen – lag sie 1990 noch bei 147 Litern, betrug der Wert im Jahr 2013 nur noch 122 Liter.



Jahr 1990



Jahr 2013

Damit die Hauptstadt in Bewegung bleibt.

Die Berliner Verkehrsbetriebe im Dialog mit der VBL.

Zahlen & Fakten.

Im Jahr 2012 wurden erstmals mehr als fast 10,9 Milliarden Fahrgäste befördert. Rein rechnerisch bedeutet das rund 30 Millionen Fahrgäste täglich.

Barbara Meuschke, Leiterin Entgeltservice.

Barbara Meuschke ist sehr schwer zu erreichen, sowohl im Job als auch privat ist sie dauernd unterwegs: „Mein Vermieter sagt immer, ich könnte meine Wohnung eigentlich auch untervermieten, so wenig wie ich zu Hause bin. Und da mein Mann viel im Ausland arbeitet und mein Sohn schon auf eigenen Füßen steht, hat er wahrscheinlich gar nicht so Unrecht.“ Bemerkenswert dabei ist die Bandbreite ihres Freizeitprogramms: von Bodycombat über Ballett bis hin zu Yoga. Darüber hinaus gibt sie Seminare für die Entgeltabrechnung zum Jahreswechsel und macht eine Ausbildung zum systemischen Organisationsberater und für lösungsorientiertes Aufstellen. Stress empfindet die Berlinerin bei all dem nicht: „Ich brauche das irgendwie und kann gar nicht anders.“

Bei ihrer eigenen Rente wird die VBL ganz schön draufzahlen müssen, weil sie nämlich gedenkt 101 Jahre alt zu werden, sagt die 55-Jährige mit einem Augenzwinkern, aber auch mit dem Brustton der Überzeugung. Fit genug scheint sie zu sein, und an Energie mangelt es ihr ebenfalls nicht. Insofern könnte der Ruhestand der Spezialistin für Entgeltabrechnung, der wohl eher unruhig werden wird, tatsächlich ein paar Jahrzehnte andauern.

Interview.

Vor welchen Herausforderungen stehen Sie und Ihre Kollegen bei Ihrer täglichen Arbeit?

” Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Und in einer Metropole wie Berlin geht ohne funktionierenden ÖPNV gar nichts. Die Leute erwarten, dass ihre Bahnen und Busse jederzeit pünktlich fahren. Das bedeutet aber für uns, dass wir bei Inspektionen oder Reparaturen nicht einfach den Betrieb einstellen können. Alles muss im laufenden Betrieb passieren. Dahinter steht ein ausgeklügeltes System, mit dem wir auf jede Störung reagieren können. Hinzu kommt, dass das Thema Sicherheit für uns immer wichtiger wird. Und als Dienstleistungsunternehmen sind wir natürlich schon seit jeher um Freundlichkeit und Service bemüht.

Was zeichnet Sie als guten Arbeitgeber im öffentlichen Dienst aus?

” Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer wichtiger. Deshalb garantieren wir unseren Beschäftigten, die in Elternzeit sind, bis zu drei Jahre die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz. Um die Pflege eines Familienmitgliedes zu erleichtern, ermöglichen wir entsprechend angepasste Arbeitszeiten. Wir unterstützen mit Angeboten zur Gesundheitsfür- und Vorsorge und eröffnen die Möglichkeit von Teilzeitarbeit. Qualifizierung wird bei uns ebenfalls großgeschrieben. Ein vielseitiges Programm ermöglicht die interne und externe Weiterbildung und wird daher gerne und aktiv genutzt. Ganz aktuell haben wir eine Arbeitsplatzgarantie bis 2015 ausgesprochen, das gibt Planungssicherheit, die ja insbesondere für junge Familien wichtig ist.



Die betriebliche Zusatzversorgung ist neben der gesetzlichen und privaten Rente die dritte Säule, auf der die Altersvorsorge aufbaut. Was erwarten Ihre Mitarbeiter in diesem Zusammenhang von Ihnen?

” Meine Erfahrung ist, dass sich die meisten Mitarbeiter erst ab einem bestimmten Alter proaktiv mit dem Thema auseinandersetzen – dann aber sehr intensiv. Meistens bedauern sie dann, dass sie nicht schon früher in die Vorsorge eingestiegen sind. Die Jüngeren sind in der Regel erstaunt, dass schon mit regelmäßigen kleinen Beiträgen viel Gutes erreicht werden kann. Über die Altersgrenzen hinweg freuen sich alle über die speziellen Angebote im öffentlichen Dienst und vor allem darüber, dass sie eine kompetente Beratung zu diesen Produkten bekommen können.

Warum haben Sie sich für die VBL als Partner bei der freiwilligen Zusatzversicherung entschieden?

” Ich empfinde es als großen Vorteil, dass ich bei der VBL alles aus einer Hand bekommen kann, also Basisversorgung und freiwillige Zusatzversicherung.

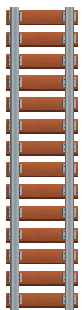
Außerdem ist es für mich sehr hilfreich, dass ich von dort kompakt über die aktuelle Entwicklung bei der betrieblichen Altersvorsorge im öffentlichen Dienst informiert werde. Sehr gut finde ich auch das VBLportal. Dort können viele Fragen unserer Mitarbeiter beantwortet werden. Dadurch reduziert sich der Beratungsaufwand für mich und meine Kollegen.

Was denken Sie ganz persönlich über das Thema Altersversorgung?

” Zuerst einmal denke ich, dass neben der finanziellen Absicherung auch die so genannte Employability wichtig ist. Das heißt, ich muss meine Qualifikationen aktuell halten und gesund bleiben. Bei beiden Punkten unterstützt mich die BVG. Und da auch ich mich nicht permanent mit der finanziellen Vorsorge beschäftigen will, bin ich froh, dass ich mich schon vor Jahren gut aufgestellt habe und nur noch in größeren Abständen überprüfen muss, ob alles noch meinen Anforderungen entspricht.

Zahlen & Fakten.

Die Lebensqualität in unseren Städten und auf dem Land ist unmittelbar mit der Qualität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) verbunden. Der ÖPNV ist daher in Deutschland aus ökologischen Gründen, zur Daseinsvorsorge und zur Gewährleistung der Mobilität unverzichtbar. In der Bevölkerung gibt es ein klares Bedürfnis nach einem hochwertigen, preisgünstigen, sicheren und effizienten ÖPNV – seit 2004 gibt es einen steigenden Trend bei der Nutzung.



2,4 Mrd. Fahrgäste
Eisenbahn & S-Bahn



3,8 Mrd. Fahrgäste
Straßen-, U-, Stadtbahnen

Zahlen & Fakten.

Besonders beliebt sind Eisenbahnen und S-Bahnen, die 2,4 Milliarden Fahrgäste beförderten. Mit Straßen-, U- und Stadtbahnen fuhren 3,8 Milliarden Passagiere. Etwa ein Drittel der Fahrten werden von Schülern, Studenten und Auszubildenden unternommen.



Das Unternehmen.

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind das größte deutsche Nahverkehrsunternehmen. Innerhalb eines Jahres fahren über 920 Millionen Fahrgäste mehr als 125 Millionen Kilometer mit den Bussen und Bahnen der BVG – täglich entspricht das rund 16 Weltumrundungen. Damit auf den 10 U-Bahnlinien, 22 Straßenbahnlinien und 195 Buslinien alles möglichst reibungslos läuft, dafür sorgen knapp 13.000 Mitarbeiter aus ganz unterschiedlichen technischen und kaufmännischen Bereichen. Und als modernes Dienstleistungsunternehmen legt die BVG großen Wert auf eine nachhaltige Personalpolitik. Dazu gehört neben der individuellen Förderung und der Möglichkeit Beruf und Familie in Einklang zu bringen, eine zeitgemäße betriebliche Altersvorsorge. Als Unternehmen des öffentlichen Dienstes arbeitet die BVG in diesem Bereich eng mit der VBL zusammen und untermauert damit ihr Image als attraktiver Arbeitgeber.

VBL-Geschäftsbericht 2013.

Geschäftstätigkeit.



Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

Was wir tun

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist die größte Zusatzversorgungskasse Deutschlands. Durch ihre hochwertige Altersversorgung verhilft sie Millionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer besseren Lebensqualität im Alter und bei Erwerbsminderung. Hinzu kommt eine Absicherung der Hinterbliebenen. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt. Zusätzlich zu der Basisversicherung VBLklassik bietet die VBL zwei weitere, steuerlich förderfähige Produkte der betrieblichen Altersversorgung an: eine Rentenversicherung in Anlehnung an die Basisversicherung, die VBLextra, und eine fondsgebundene Rentenversicherung, die VBLdynamik. Damit können Versicherte durch ihre eigenen Beiträge ihren Lebensstandard im Alter noch besser absichern.

Wer wir sind

Die VBL ist eine von Bund und Ländern getragene Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Seit über achtzig Jahren vertrauen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der VBL die betriebliche Altersversorgung ihrer nicht beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Aktuell führt die VBL für annähernd 5.400 beteiligte Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung durch. Neben dem Bund, den Ländern, den zahlreichen Kommunen und kommunalen Einrichtungen handelt es sich hierbei beispielsweise um Kliniken, Universitäten und Altenheime sowie weitere Organisationen, die im weitesten Sinn Aufgaben für die Allgemeinheit wahrnehmen. Die betriebliche Altersversorgung ist für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig ist sie ein Vorteil, mit dem die Arbeitgeber kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können. Organisation und Finanzierung der VBL sowie Arbeitgeberbeteiligung und Versicherung sind in der VBL-Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt.

Unsere Versicherten und Rentner

Die VBLklassik nehmen rund vier Millionen Versicherte in Anspruch. Über eine Million erhalten Rentenleistungen von der VBL. Das zukünftige allgemeine Rentenniveau der heutigen Erwerbstätigen wird nicht mehr mit dem bisherigen Niveau standhalten können. Deshalb ist neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der VBLklassik eine zusätzliche Vorsorge für die meisten

Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes wichtig. Durch die staatliche Förderung ist die freiwillige Versicherung der VBL auch sehr attraktiv. Doch das Thema Rente ist komplex geworden. Hier sind kompetente Aufklärung und Information gefragt. Die VBL versteht sich als Dienstleister und Partner in Sachen Altersvorsorge und bietet gute und umfassende Beratungsleistungen an.

Die Aufsicht über die VBL als Einrichtung und die VBLklassik führt das Bundesministerium der Finanzen (BMF). Die freiwillige Versicherung mit ihren Produkten VBLextra und VBLdynamik beaufsichtigt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Die laufenden Geschäfte der VBL führen die drei hauptamtlichen Vorstandsmitglieder: der Präsident und Vorstandsvorsitzende Richard Peters, Georg Geenen als Finanz- und IT-Vorstand und Thomas Kersting, zuständig für unser Kerngeschäft Versicherung und Leistung (bis 31. März 2014).

Der gesamte Vorstand besteht aus 17 Mitgliedern. Er führt die Geschäfte, soweit sie über die laufende Geschäftsführung hinausgehen. Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder sowie sechs weitere Arbeitgebervertreter werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder, die Versichertenvertreter, ernannt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften.

Das satzungsgebende Organ der VBL ist der paritätisch besetzte Verwaltungsrat, der aus 38 Mitgliedern besteht. Jeweils die Hälfte der Mitglieder wird von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Bundes und der Länder sowie auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden ernannt die jeweilige Gruppe der Arbeitgebervertreter und der Versichertenvertreter aus ihrer Mitte. Sie führen den Vorsitz des Verwaltungsrats im jährlichen Wechsel.

Unsere Aufsichtsbehörden

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat

VBL-Geschäftsbericht 2013.

Lagebericht.

Einblicke.	42	Finanzlage freiwillige Versicherung (VBLextra und VBLdynamik).	60
Aktuelles zum Versicherungs- und Leistungsrecht.	46	Ertragslage der VBL gesamt.	62
Neues aus der Rechtsprechung.	47	Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.	63
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	48	Rechtliche Risiken.	69
Unsere Kunden: Arbeitgeber, Versicherte und Rentenberechtigte.	50	Chancen.	70
Geschäftsentwicklung.	50	Ausblick.	72
Vermögenslage.	54	Anlage zum Lagebericht.	75
Finanzlage Pflichtversicherung (VBLklassik).	56	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen).	75

Die zuverlässige betriebliche Altersvorsorge der VBL ist ein fester Bestandteil in der umfassenden Lebens- und Zukunftsplanung aller VBL-Versicherten. Denn auf die VBL ist Verlass: Ob Anpassungen an technische Fortschritte oder komplexe gesetzliche Vorgaben – die VBL hält Schritt, ganz im Sinne der Versorgungsberechtigten.

Einblicke.

Kapitalanlage

Die VBL hat während der Finanzkrise bewiesen, dass sie mit ihrem Kapitalanlagemanagement gut aufgestellt ist. Auch im Jahr 2013 war das wirtschaftliche Umfeld für Kapitalanlagen nicht einfach. Das vergangene Jahr war insbesondere von der expansiven Geldpolitik der großen Notenbanken geprägt: Die Europäische Zentralbank senkte ihren Leitzins im Jahresverlauf auf historische Tiefstände und ließ wenig Neigung zu einem Kurswechsel erkennen. Im Gegenteil: Am 7. November 2013 wurde der Leitzins auf das rekordniedrige Niveau von 0,25 Prozent gesenkt. Der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kündigte an, dass die Zinsen im Euroraum noch für einen längeren Zeitraum auf diesem niedrigen Niveau bleiben werden. Je länger die Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten anhält, umso schwieriger wird es, ausreichend hohe Renditen zu erzielen. Um die hohen Zinsgarantien zu erwirtschaften, ist die VBL daher ständig auf der Suche nach dauerhaft hochrentierlichen Anlagemöglichkeiten mit akzeptablen Risikoprofilen.

Vor dem Hintergrund der expansiven Geldpolitik haben wir unser Engagement im Aktienbereich deutlich ausgebaut. Die Entwicklung der Aktienkurse verlief im letzten Jahr erfreulich: Die Aktienmärkte erholen sich langsam von der großen Rezession. Im Jahr 2013 konnten die Aktienindizes in Europa, den USA und insbesondere in Japan wieder deutlich an Wert zulegen. Bei nachgebender Volatilität verbuchten DAX, Dow Jones und Nikkei zweistellige Kurszuwächse. Von diesen positiven Entwicklungen an den Aktienmärkten haben wir profitiert. Kurzzeitige Kursrückgänge an den Aktienmärkten haben wir zur weiteren Aufstockung der Positionen und zur Diversifikation über die verschiedenen Segmente genutzt.

Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase können wir durch unsere solide Anlagepolitik und die Diversifikation unserer Kapitalanlage über die verschiedenen Segmente auf ein zufriedenstellendes Ergebnis unserer Kapitalanlage im Jahr 2013 zurückschauen.

Zukunft E-Government

Die neue Bundesregierung sieht die IT- und Netzpolitik als eine der wichtigen Herausforderungen der nächsten Jahre. Wie wichtig eine übergreifende Digitalisierungsstrategie für Deutschland ist, hat die Studie „Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020“ gezeigt. Sie wurde vom Bundesministerium des Innern sowie den IT-Beauftragten aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen erstellt. Nach dem Ergebnis der Studie muss die Entwicklung einer ganzheitlichen Digitalisierung vorrangiges Ziel sein, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Das Potenzial der digitalen Vernetzung könne erst durch geeignete Anwendungen, wie beispielsweise E-Government-Angebote, voll ausgeschöpft werden.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat bereits Mitte des Jahres 2012 die E-Government-Initiative ins Leben gerufen, an der die VBL seit Beginn als Kooperationspartner teilnimmt. Die bisherigen Ergebnisse der Initiative hat das BMI dieses Jahr auf der CeBIT in Hannover vorgestellt. Die ersten Erfolge der VBL können sich sehen lassen. Als einziger Kooperationspartner aus dem Bereich des Bundes hat die VBL wie geplant zum 30. Juni 2013 sowohl die De-Mail als auch die neue Online-Ausweisfunktion mit dem neuen elektronischen Personalausweis (nPA) eingeführt. Damit haben wir die Voraussetzungen für eine rechtssichere elektronische Kommunikation bei unseren E-Government-Angeboten geschaffen. Auf der CeBIT 2014 war die VBL am Stand der „Bundesbeauftragten für Informationstechnik“ vertreten. Gemeinsam mit dem Internetdiensteanbieter 1&1 Internet AG und den De-Mail-Verbundpartnern WEB.DE und GMX.DE haben wir die Anwendung der De-Mail im Zusammenhang mit unserem Kundenportal „Meine VBL“ präsentiert.

Kundenportal „Meine VBL“

Unser Kundenportal „Meine VBL“ bietet bereits jetzt attraktive Möglichkeiten der digitalen Kundenkommunikation. Über den Zugang zu „Meine VBL“ haben registrierte Versicherte die Möglichkeit, die Höhe ihrer Anwartschaft und ihre Vertragsdaten einzusehen. Kontaktdaten können geändert und persönliche Mitteilungen von der VBL empfangen werden. Ende 2012 wurde auch die erste Stufe des Online-Rentenanspruchs eingeführt. Im Jahr 2014 wollen wir die Antragstellung ohne Medienbruch ermöglichen, das heißt vollständig online. Dann können uns die Antragsteller alle erforderlichen Unterlagen auf elektronischem Wege über das Portal zukommen lassen. Das erleichtert den Versicherten die Antragstellung und uns die Bearbeitung des Rentenanspruchs. Unser Kundenportal wird sehr gut angenommen. Seit dem Start haben sich in relativ kurzer Zeit über 35.000 Versicherte angemeldet.

Auch bei der Kommunikation zwischen Arbeitgebern und der VBL kommt dem Portal „Meine VBL“ eine immer größere Rolle zu. Viele Services von der Online-Meldung über Adressänderungen bis zur Buchung von VBL-Veranstaltungen können bereits jetzt über das Portal abgewickelt werden. Das fördert nicht nur den digitalen Wandel, sondern bietet auch den Arbeitgebern und der VBL große Vorteile. Der Verwaltungsaufwand wird erheblich reduziert. Der Grundstein für ein erfolgreiches Online-Portal ist gelegt: Schon 40 Prozent der bei uns beteiligten Arbeitgeber verfügen über einen Zugang zu „Meine VBL“.

Kommunikation mit unseren Arbeitgebern – Projekt OMS

Elektronischer Datenaustausch ist seit vielen Jahren mit den meisten unserer beteiligten Arbeitgeber Alltag. Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung gehört der Informationsaustausch zwischen der VBL und ihren Arbeitgebern zu den größten Meldeverfahren in Deutschland. Bereits jetzt werden die meisten der jährlich rund 3,2 Millionen eingehenden Arbeitgeber-Meldungen papierlos verarbeitet. Die Kommunikation mit den Arbeitgebern soll aber in Zukunft völlig ohne Papier ablaufen. Ganz im Sinne der Studie „Digitales Deutschland 2020“: Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass klassische Papier-Dokumente in Zukunft nicht mehr benötigt werden. Informationen sollen nur noch elektronisch erhoben und gespeichert werden und online abrufbar sein. Die VBL hat die Weichen für die papierlose Kommunikation bereits gestellt.

Wir sind Dienstleister für unsere beteiligten Arbeitgeber. Arbeitgeber müssen eine Vielzahl von Informationen an verschiedene Meldestellen der sozialen Sicherung wie Krankenkassen oder Rentenversicherung übermitteln. Gerade im Bereich Kommunikation und Datenaustausch ist es deshalb wichtig, „über den Tellerrand“ zu schauen und Veränderungen ganzheitlich zu betrachten. Deshalb haben wir uns im Projekt „Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung (OMS)“ beteiligt. Das Projekt war vom Bundeskabinett in Auftrag gegeben worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sollte prüfen, inwieweit die bestehenden Meldewege vereinfacht und optimiert werden können. Im Rahmen des Projekts OMS sind unter Mitwirkung der Sozialversicherungsträger und ihrer Spitzenverbände, der Sozialpartner und vieler anderer Stellen die bestehenden Meldeverfahren auf Optimierungsmöglichkeiten untersucht worden. Auch die VBL hat sich intensiv beteiligt.

Nach zweijähriger Arbeit wurde im Februar 2014 der Abschlussbericht des Projekts OMS mit vielen Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. Die Mitarbeit im Projekt OMS hat allen Beteiligten neue Impulse gegeben – für die VBL konkret, wie das Meldeverfahren zwischen der VBL und den Arbeitgebern optimiert werden kann. Die Verbesserungsvorschläge mit dem größten Potenzial werden wir gemeinsam mit unseren Arbeitgebern angehen. Das liegt ganz auf der Linie unserer E-Government-Strategie: Ausbau der elektronischen Kommunikation in allen Bereichen. Das Projekt OMS wird bis Ende 2014 fortgesetzt. Die VBL wird weiter aktiv mitarbeiten.

Zusammenarbeit mit externen Partnern ist auch ein zentrales Stichwort für das FindyourPension-Portal, das inzwischen von vielen Versorgungsträgern der ersten und zweiten Säule aus 14 Ländern in ganz Europa unterstützt wird. Die im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts erstellte Website bietet Informationen über Rentensysteme und -Einrichtungen in europäischen Staaten. Auslöser und Hintergrund für die von der VBL initiierte Website für deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist der Bedarf an Spitzenkräften und die zunehmende Internationalisierung der Forschungslandschaft in Europa. Für Forscherinnen und Forscher an Hochschulen und Forschungseinrichtungen des öffentlichen Sektors ist deshalb berufliche Mobilität auch international besonders wichtig. Die Folge sind gemischte und wechselhafte Rentenbiografien, was so manchen Wissenschaftler ins Grübeln bringt und zu vielen Anfragen führt.

[FindyourPension-Portal](#)

Auf der „Map“ der FindyourPension-Website finden die Arbeitnehmer die jeweils für sie zuständigen staatlichen Versorgungsträger und Betriebsrenteneinrichtungen sowie Factsheets zu den wesentlichen praktischen Fragen. Das bringt schon mehr Klarheit, insbesondere die Einordnung, Namen und Kontaktadressen der Versorgungsträger. Zusätzlich können sich die Nutzer einen Überblick über die verschiedenen Rentenlandschaften (Pension Landscapes) in Europa verschaffen. Hierdurch wollen wir den Nutzern ein Basiswissen über das Thema Rente vermitteln, das ihnen hilft, ihre jeweilige Altersversorgung zu verstehen und nötige Entscheidungen zu treffen. Beispielsweise können sich befristet beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der VBL entscheiden, ob sie in der VBLklassik oder in der VBLextra versichert sein wollen.

Für die Arbeitgeber bietet das Internetangebot FindyourPension zum einen eine Wissensbasis, um selbst Informationen zu finden. Sie können aber die Beschäftigten auch auf die Website von FindyourPension hinweisen und ihnen damit ein Hilfsmittel an die Hand geben.

Durch eine Verlinkung mit den Webseiten der Hochschulen und Forschungsarbeitgeber sowie der EURAXESS Website der Europäischen Kommission werden die Nutzer auf das FindyourPension-Angebot aufmerksam gemacht. Auch international unterstützen unsere Partner bei den Hochschulen diesen

Prozess. Im Mai 2014 kommen dann alle beteiligten Gruppen bereits das zweite Mal zur FindyourPension-Konferenz zusammen, um gemeinsam an der Weiterentwicklung des Portals zu arbeiten.

Aktuelles zum Versicherungs- und Leistungsrecht.

Bearbeitungssituation

Der Umgestaltungsprozess unserer IT-Landschaft in den vergangenen Jahren hatte unvermeidbare Auswirkungen auf die Bearbeitungssituation im Bereich Vertrags- und Leistungsmanagement. Dort kam es zu einem Bearbeitungsrückstand, vor allem bei der Rentenantragsbearbeitung. Die Bearbeitung offener Rentenanträge hat weiterhin höchste Priorität. Auch in diesem Jahr haben wir verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung der Rentenantragsbearbeitung umgesetzt. Die Maßnahmen haben Wirkung gezeigt: Es ist uns gelungen, die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Rentenanträgen von noch 10 Wochen im August 2012 auf mittlerweile 6,7 Wochen Ende 2013 zu reduzieren. Bei knapp 50 Prozent aller Rentenerstanträge auf Versichertenrenten erhalten die Rentenberechtigten innerhalb eines Monats ihre Rentenmitteilung.

Ein zentrales Thema im Jahr 2013 war die Bearbeitung der Anträge auf Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten. Bis zum Ende des Jahres sind für rund 320.000 Mutterschutzzeiten Anträge bei der VBL eingegangen. Die Bearbeitung der Anträge machte große Fortschritte: Im Laufe des letzten Jahres konnten nahezu 200.000 Mutterschutzzeiten geprüft werden. Die Prüfung aller Anträge wird voraussichtlich Mitte 2014 vollständig abgeschlossen sein. Im Jahr 2013 konnten wir auch damit beginnen, die Mutterschutzzeiten in den Versicherungskonten zu verbuchen. Die Folgeprozesse, wie die Neuberechnung von Startgutschriften und (Alt-)Renten, werden durch neue IT-Anwendungen bereits in weiten Teilen unterstützt. Die ersten Mitteilungen, wie sich die Mutterschutzzeiten konkret auf die Anwartschaften und Renten auswirken, haben wir bereits versandt. Angesichts der großen Zahl unterschiedlichster Fallgestaltungen wird die Abarbeitung der Anträge und die Neuberechnung der Renten, die neben dem Tagesgeschäft erledigt werden muss, aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Wechsel des Dienstleisters für das externe Call-Center

Eine bedeutsame Veränderung stellte der Wechsel des Partners zur Unterstützung des telefonischen Kundenservices nach europaweiter Ausschreibung eines externen Call-Centers dar. Der Wechsel zu unserem neuen Anbieter fand zum 1. Juli 2013 statt. Mit dem neuen Dienstleister wurde die Erreichbarkeit unserer Kundenhotline bereits deutlich verbessert. Sie konnte auf über 80 Prozent in der zweiten Jahreshälfte 2013 gesteigert werden. Von dem neuen externen Call-Center werden – je nach erwartetem Telefonaufkommen – bis zu 65 Mitarbeiter eingesetzt. Zusammen mit unseren 60 VBL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern ist damit unsere telefonische Erreichbarkeit – auch nach größeren Informations- und Versandaktionen – sichergestellt.

Neues aus der Rechtsprechung.

Die Erhebung von Sanierungsgeldern ist seit einiger Zeit Gegenstand von verschiedenen Klageverfahren. Seit dem Übergang auf das Versorgungspunktemodell im Jahr 2002 erhebt die VBL von den beteiligten Arbeitgebern mit Versicherten im Abrechnungsverband West Sanierungsgelder. Damit wird der zusätzliche Finanzierungsbedarf für Ansprüche und Anwartschaften gedeckt, die bis zur Systemumstellung in der Zusatzversorgung entstanden sind. Mit der 7. und 9. Satzungsänderung wurde die Berechnung zum 1. Januar 2006 nochmals geändert: Es wurden neue Regelungen zur Umverteilung der Sanierungsgelder in die Satzung aufgenommen. In größerem Umfang als bisher wird die Risikostruktur der Beteiligten und der Arbeitgebergruppen bei der Lastenverteilung berücksichtigt.

Im Jahr 2011 hatte der Bundesgerichtshof bereits entschieden, dass die Grundregelung zur Berechnung der Sanierungsgelder nach § 65 VBLS rechtmäßig ist. Nun bestätigten die Karlsruher Richter, dass auch die Regelungen zur Umverteilung der Sanierungsgelder nach der 7. und 9. Satzungsänderung rechtmäßig sind (Urteil vom 15. Mai 2013, AZ: IV ZR 33/11). Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs handelt es sich bei diesen Regelungen um so genannte Preisklauseln, die nur auf die Einhaltung des Transparenzgebots hin gerichtlich überprüft werden dürfen. Das Transparenzgebot sei gewahrt: Der Arbeitgeber ist mit den Regelungen in der Lage, die gegen ihn erhobene Sanierungsgeldforderung nachzuvollziehen. Auch gegen die stichtagsbezogene Zuordnung von Rentenlasten bei Ausgliederungen bestehen nach Auffassung des Bundesgerichtshofs keine Bedenken.

Im November 2013 sind zwei weitere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Gegenwertforderung der VBL ergangen (Urteile vom 6. November 2013, AZ: KZR 58/11 und KZR 61/11). Inhaltlich schloss sich der in den Verfahren zuständige Kartellsenat der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Unwirksamkeit des § 23 Abs. 2 VBLS in der vor der 18. Satzungsänderung geltenden Fassung an. Eine unangemessene Benachteiligung der ausgeschiedenen Beteiligten liege in der Berücksichtigung von Versicherten ohne erfüllte Wartezeit und in der Ausgestaltung der Gegenwertforderung als Einmalzahlung. Ob die Gegenwertregelung auch deshalb unwirksam ist, weil zur Deckung von Fehlbeträgen ein Zuschlag von 10 Prozent auf den Gegenwert erhoben wurde (§ 23 Abs. 3 Satz 3 VBLS), ließen die Richter offen. Der Kartellsenat bestätigte ebenfalls, dass die VBL die unwirksame Gegenwertregelung durch eine neue ersetzen kann, die den beiderseitigen Interessen in angemessener Weise Rechnung trägt. Die Neufassung der Gegenwertregelung durch die 18. Satzungsänderung vom 21. November 2012 konnte in dem Verfahren vor dem Kartellsenat nicht berücksichtigt werden.

[BGH-Entscheidung zu den Sanierungsgeldern nach der 7. und 9. Satzungsänderung](#)

[Weiteres Urteil des BGH zum Gegenwert – VBL ist Unternehmen im Sinne des Kartellrechts](#)

In einem Punkt kam der Kartellsenat des Bundesgerichtshofs aber zu einer anderen Einschätzung als die bisherige Rechtsprechung: Er sieht die VBL als Unternehmen im Sinne des Kartellrechts an, wenn sie gegenüber ausgeschiedenen Beteiligten Gegenwertforderungen geltend macht. Die bei der VBL geschlossenen Beteiligungsvereinbarungen seien privatrechtlicher und nicht hoheitlicher Natur. Die öffentlich-rechtliche Organisationsform der VBL alleine reiche nicht aus, um die Unternehmenseigenschaft zu verneinen. Dass die VBL unter der Aufsicht des Bundesministeriums für Finanzen steht und vom Bundesrechnungshof geprüft wird, führe zu keiner anderen Beurteilung. Die VBL biete ihre Leistungen auf einem für den Wettbewerb geöffneten Markt gegen Entgelt an. Ob dieses Entgelt nach dem Umlageverfahren oder dem Kapitaldeckungsverfahren angeboten werde, sei für die Unternehmenseigenschaft unerheblich.

Die Einstufung der VBL als Unternehmen kann Auswirkungen auf die Zinsforderungen der Kläger haben, die aus der Beteiligung ausgeschieden sind. Allerdings nur dann, wenn die VBL als Unternehmen durch die Verwendung der unzulässigen Gegenwertregelung vor der 18. Satzungsänderung eine marktbeherrschende Stellung ausgenutzt hätte (§ 19 Abs. 1 GWB). Zur Klärung dieser Frage hat der Bundesgerichtshof das Verfahren an das Oberlandesgericht Karlsruhe zurückverwiesen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Personalzahlen

Die VBL beschäftigte Ende Dezember 987 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Davon befanden sich 166 Beschäftigte in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Wir haben im Jahr 2013 zeitlich befristete Aushilfskräfte eingestellt, um auf die Bewältigung des Bearbeitungsrückstandes in der Abteilung Vertrags- und Leistungsmanagement schnell und flexibel zu reagieren. Derzeit sind 192 Beschäftigte in Teilzeit tätig, weitere 58 in einem Arbeitsverhältnis in Altersteilzeit. Bei der Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitstellen ergibt sich für das laufende Jahr eine Anzahl von 873 Vollzeitstellen. Der Anteil der schwerbehinderten Beschäftigten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr abermals und liegt jetzt bei 8,31 Prozent. Er liegt damit über der vorgeschriebenen Quote von 6 Prozent.

In einer sich stetig verändernden Arbeitswelt betrachtet es die VBL als unerlässliche Aufgabe, Nachwuchskräfte auszubilden und weiterzuentwickeln. Im Rahmen dieser Bestrebung fanden wir es besonders erfreulich, dass aus den sieben Auszubildenden des Ausbildungsganges Kauffrau/Kaufmann für Dialogmarketing zum wiederholten Mal in Folge beim Abschluss eine Landesbestenplatzierung hervorging. Auch konnten im Jahr 2013 erneut Absolventen des Dualen Studiums im Studiengang Wirtschaftsinformatik übernommen werden. Zur Wissenssicherung und mittelfristigen Erhaltung von Fachkompetenz wurde mit einer neuen internen Fachausbildung im Bereich Versicherungs- und Leistungsmanagement begonnen.

Personalplanung

**Unsere Kunden:
Arbeitgeber, Versicherte und Rentenberechtigte.**

Geschäftsentwicklung.

VBLklassik.

Beteiligte Arbeitgeber

Zum Ende des Geschäftsjahres haben 5.400 Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung für ihre Beschäftigten über die VBL durchgeführt. Sie setzen sich aus dem Bund, den Ländern (mit Ausnahme Hamburgs und des Saarlandes) sowie 1.663 kommunalen Arbeitgebern, 72 Trägern der Sozialversicherung und 3.606 sonstigen Arbeitgebern zusammen.

Beteiligte	2013	2012	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West*	5.100	5.082	+0,4 %
Abrechnungsverband Ost	300	296	+1,4 %
Gesamt	5.400	5.378	+0,4 %

* Einschließlich 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

Den 57 neu abgeschlossenen Beteiligungsvereinbarungen stehen 35 beendete Beteiligungen gegenüber. Die Beendigungen waren überwiegend durch Fusionen und Auflösungen bedingt. Bei den neuen Beteiligten handelt es sich um neu gegründete juristische Personen, die aus bereits beteiligten Arbeitgebern entstanden sind.

Versicherte

Im Jahr 2013 betreute die VBL rund 4,4 Millionen aktiv und beitragsfrei Versicherte. Dies entspricht einer Erhöhung des Versichertenbestandes um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Zahl der aktiv Pflichtversicherten stieg um 0,1 Prozent. Die tatsächliche Zahl der Pflichtversicherten ist etwas höher. Aus technischen Gründen hat ein für mehrere Arbeitgeber meldendes Rechenzentrum circa 8.300 Pflichtversicherte vorübergehend abgemeldet. Sie werden im Laufe der nächsten Monate wieder rückwirkend angemeldet. Unter Berücksichtigung dieser Pflichtversicherten hätte sich die Zahl der aktiv Pflichtversicherten um 0,6 Prozent erhöht.

Die Zahl der beitragsfrei Versicherten erhöhte sich um 2,1 Prozent. Eine beitragsfreie Versicherung entsteht, wenn die Pflichtversicherung eines Beschäftigten endet, ohne dass in diesem Zeitpunkt ein Rentenanspruch besteht.

Versicherte	2013	2012	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West			
Aktiv Versicherte	1.500.376	1.497.269	+0,2 %
Beitragsfrei Versicherte	2.302.779	2.261.877	+1,8 %
	3.803.155	3.759.146	+1,2 %
Abrechnungsverband Ost			
Aktiv Versicherte	352.290	352.704	-0,1 %
Beitragsfrei Versicherte	249.702	239.271	+4,4 %
	601.992	591.975	+1,7 %
VBL – gesamt			
Aktiv Versicherte	1.852.666	1.849.973	+0,1 %
Beitragsfrei Versicherte	2.552.481	2.501.148	+2,1 %
Gesamt	4.405.147	4.351.121	+1,5 %

Das Durchschnittsalter der Versicherten betrug 46,1 Jahre (Vorjahr: 45,9 Jahre).

Rund 1,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner erhielten im Jahr 2013 eine Rente aus der VBLklassik. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Rentenberechtigten um 1,6 Prozent. Die Rentenzugänge sind im Abrechnungsverband Ost prozentual gesehen wesentlich höher als im Abrechnungsverband West. Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost konnten erst ab dem Jahr 1997 versichert werden. Der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost befindet sich daher noch im Aufbau.

Rentenberechtignte

Rentner	2013	2012	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West	1.073.586	1.064.557	+0,8 %
Abrechnungsverband Ost	156.815	146.685	+6,9 %
Gesamt	1.230.401	1.211.242	+1,6 %

Das durchschnittliche Rentenzugangsalter lag im Jahr 2013 bei 62,04 Jahren und ist damit im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Das Zugangsalter der Altersrentenberechtigten lag im Schnitt bei 63,87 Jahren, das der Erwerbsminderungsrentenberechtigten bei 51,56 Jahren.

Zugangsalter	2013			2012		
	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt
Altersrenten	63,67	64,12	63,87	63,18	64,00	63,52
Renten wegen Erwerbsminderung	51,27	52,30	51,56	50,99	51,90	51,26
Gesamt	61,39	62,95	62,04	61,41	62,94	62,03

Leistungen

Die VBL zahlte im Jahr 2013 rund 4,7 Milliarden Euro an laufenden Renten aus. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Ausgaben für die Rentenberechtigten um 1,3 Prozent. Die Erhöhung ist auf die steigende Zahl von Rentenberechtigten und die jährliche Rentenanpassung zurückzuführen. Die in der Satzung jeweils zum 1. Juli eines Jahres vorgesehene Anpassung der Betriebsrenten um 1 Prozent hat im Geschäftsjahr 2013 zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,8 Millionen Euro geführt.

Rentenleistungen	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Versorgungskonto I			
Abrechnungsverband West	4.357,4	4.347,7	+0,2 %
Abrechnungsverband Ost	211,2	177,1	+19,3 %
Versorgungskonto II			
Abrechnungsverband Beitrag	22,8	16,6	+37,3 %
Abrechnungsverband Gegenwerte	98,9	87,0	+13,7 %
Gesamt	4.690,3	4.628,4	+1,3 %

Unsere Leistungsberechtigten erhielten eine durchschnittliche Rente in Höhe von 318 Euro (Vorjahr: 318 Euro).

VBLextra und VBLdynamik.

Der Bestand aktiver Versicherungsverträge in der freiwilligen Versicherung stieg im Jahr 2013 um 5,7 Prozent. Die Zunahme der beitragsfrei gestellten Versicherungen um 10,3 Prozent betraf insbesondere die Versicherungen von wissenschaftlich Beschäftigten mit einer befristeten Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie Versicherungen von Höherverdienern (§ 82 Absatz 1 VBLS).

Versicherte

Verträge	2013	2012	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Aktive Verträge	235.423	222.648	+5,7 %
Beitragsfrei gestellte Verträge	91.649	83.127	+10,3 %
Gesamt	327.072	305.775	+7,0 %

Das Durchschnittsalter der Versicherten lag im Jahr 2013 in der VBLextra bei 41,0 (Vorjahr: 40,9) und in der VBLdynamik bei 46,1 (Vorjahr: 45,1) Jahren.

Am Ende des Geschäftsjahres 2013 haben in der freiwilligen Versicherung 11.561 Rentnerinnen und Rentner Leistungen aus der VBLextra erhalten. In der VBLdynamik haben wir an 80 Berechtigte Leistungen gezahlt. Die zusätzliche Absicherung über die freiwillige Versicherung wurde mit dem Produkt VBLextra erst ab dem Jahr 2002 eingeführt. Mit der VBLdynamik ist dies seit dem Jahr 2003 möglich. Wegen der bislang kurzen Vertragslaufzeiten beträgt die durchschnittliche monatliche Rente 43,53 Euro in der VBLextra und 45,61 Euro in der VBLdynamik.

Leistungen

Vermögenslage

Vermögenslage.

Die VBL verwaltet Kapitalanlagen einschließlich Geldmarktkonten in Höhe von circa 20 Milliarden Euro.

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Kapitalanlagen			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	511,6	518,1	-1,3 %
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	65,9	65,9	0,0 %
Aktien, Investmentanteile	16.004,5	13.579,9	+17,9 %
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190,9	208,5	-8,4 %
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	18,6	28,1	-33,8 %
Sonstige Ausleihungen	2.046,4	3.037,5	-32,6 %
	18.837,9	17.438,0	+8,0 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	964,3	533,1	+80,9 %
Gesamt	19.802,2	17.971,1	+10,2 %

Anlagepolitik

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Kapitalanlagen			
Aktien, Investmentanteile	1.027,1	890,6	+15,3 %
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2,5	6,6	-62,1 %
Sonstige Ausleihungen	163,1	182,2	-10,5 %
	1.192,7	1.079,4	+10,5 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	470,5	281,6	+67,1 %
Gesamt	1.663,2	1.361,0	+22,2 %

Auch im Jahr 2013 war das wirtschaftliche Umfeld für unser Kapitalanlage-management herausfordernd. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld macht es zunehmend schwer, ausreichend hohe Renditen zu erwirtschaften. Die Situation an den Kapitalmärkten war im letzten Jahr insbesondere geprägt durch die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken. Die Europäische Zentralbank hatte den Leitzins für den Euroraum von dem bereits sehr niedrigen Niveau von 0,75 Prozent bis zum Jahresende auf rekordniedrige 0,25 Prozent gesenkt. Eine Trendwende in der Niedrigzinsphase ist nicht absehbar. Im Gegenteil: Die Europäische Zentralbank stellte in Aussicht, den Leitzins auch in Zukunft auf diesem niedrigen Niveau zu belassen.

Weil wir planbare und sichere Renditen brauchen, stellen festverzinsliche Wertpapiere sowohl im Direktbestand als auch im indirekten Bestand den größten Teil unseres Gesamtportfolios dar. Im Rentenbereich sind jedoch nur noch geringe Renditen zu erzielen. Bundesanleihen mit kurzer Laufzeit bringen kaum noch Zinsen ein: Bei Laufzeiten von einem Jahr sind es weniger als 1 Prozent. Die 10-jährigen Bundesanleihen wiesen Ende des Jahres 2013 ein Renditeniveau von circa 1,9 Prozent auf. Auch die Attraktivität von Unternehmensanleihen ist gesunken: Die Risikoaufschläge sind zuletzt stark zurückgegangen.

Vor dem Hintergrund der expansiven Geldpolitik haben wir unser Engagement im Aktienbereich deutlich ausgebaut und haben von den positiven Entwicklungen an den Aktienmärkten profitiert. Im Jahr 2013 konnten die Aktienindizes in Europa, den USA und insbesondere in Japan wieder deutlich an Wert zulegen. Bei nachgebender Volatilität verbuchten DAX, Dow Jones und Nikkei zweistellige Kurszuwächse. Bei unserem Engagement im Aktienbereich setzen wir besonders auf Investmentfonds. Dabei haben sich insbesondere Absolute-Return-Fonds auch während der Finanz- und Schuldenkrise bewährt. Temporäre Kursrückgänge an den Aktienmärkten nutzen wir zur weiteren Aufstockung der Positionen und zur Diversifikation über die verschiedenen Segmente. Dank der breiten Streuung unseres Portfolios waren wir auch in diesem Berichtsjahr mit unserer Kapitalanlage sehr gut aufgestellt.

Die VBL hat auch im Jahr 2013 am strengen Niederstwertprinzip festgehalten. Die VBL nutzt derivative Finanzinstrumente zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinssatzswaps eingesetzt.

In dem herausfordernden Kapitalmarktumfeld wird die VBL auch weiterhin eine chancen- und risikoorientierte Kapitalanlagepolitik verfolgen. Die höchste Priorität hat dabei die zuverlässige Altersversorgung unserer Kunden.

Sachwerte wie Immobilien und Aktien sorgen für einen langfristigen Kapitalerhalt und bieten Schutz vor Inflation. Auch die Immobilienquote haben wir in unserem Anlageportfolio weiter ausgebaut. Die Kapitalanlage in Immobilien erfolgt über Immobilien-Direktanlagen und Immobilien-Spezialfonds. Wir konnten im Berichtsjahr zusätzliche Fondsinvestments selektieren. In den Immobilien-

Immobilien

spezialfonds wurden in größerem Umfang Immobilien eingekauft. Dies wird unsere Immobilienquote in absehbarer Zeit weiter erhöhen. Das Renditepotenzial im Bereich der Immobilien wird jedoch dadurch gedrückt, dass zunehmend private und institutionelle Investoren nach Immobilien mit langfristig stabilen Mieteinnahmen und guter Bauqualität suchen. Insbesondere bei Wohnimmobilien in guter Lage sind die Preise in letzter Zeit stark angestiegen. Rentierliche Investitionsmöglichkeiten bieten uns derzeit dezentral und wohnortnah gelegene, qualitativ hochwertige Einzelhandelsobjekte.

Die Immobilien-Direktanlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Wohn- und Sozialimmobilien in Deutschland. Ende 2013 befanden sich rund 260 Immobilien mit circa 13.200 Wohnungen und 400 gewerblichen Mieteinheiten im Bestand. Für den Direktanlagebestand wurden im Jahr 2013 keine neuen Immobilien erworben. 15 Immobilien wurden verkauft.

Finanzlage Pflichtversicherung (VBLklassik).

Einnahmen

Abrechnungsverband West. Versorgungskonto I.

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Ein Deckungsabschnitt dauert fünf Jahre an. Der laufende Deckungsabschnitt endet zum 31. Dezember 2017.

Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen. Seit 1. Januar 2002 beträgt der Umlagesatz 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Hinzu kommen Sanierungsgelder, die der Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für Ansprüche und Anwartschaften dienen, die vor dem Wechsel vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell entstanden sind (Altbestand). Die Gesamthöhe der Sanierungsgelder beträgt 2 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001. Die Summe der Entgelte wird – wie auch die Betriebsrenten – jährlich um 1 Prozent dynamisiert. Der Umlagesatz und die Gesamthöhe der Sanierungsgelder werden im Deckungsabschnitt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens festgesetzt.

Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder betrug im Geschäftsjahr 2013 rund 4.817,5 Millionen Euro (Vorjahr: rund 4.748,9 Millionen Euro). Umlage- und Sanierungsgeldsatz waren ausreichend bemessen. Der Verwaltungsrat hat mit Blick auf die laufenden Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag

Altersversorgung – ATV beschlossen, dass im Abrechnungsverband West für den am 1. Januar 2013 beginnenden neuen Deckungsabschnitt zunächst keine Anpassung der Höhe der Aufwendungen für die Zusatzversorgung vorgenommen wird. Eine Neufestsetzung im Laufe des Jahres 2014 bleibt vorbehalten (Satzungsergänzende Beschlüsse des Verwaltungsrats zu § 61 VBLS vom 21. November 2012 und vom 14. November 2013).

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt jährlich die im Abrechnungsverband West erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung der Leistungen kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher wird für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die durchschnittliche laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt (§ 68 Absatz 2 VBLS). Sie ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die maßgebliche durchschnittliche Verzinsung der zehn größten Pensionskassen lag bei 4,23 Prozent. Hieraus ermittelte der Aktuar für das Jahr 2012 einen rechnerischen Überschuss von rund 583,1 Millionen Euro.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 14. November 2013 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars, aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase für das Geschäftsjahr 2012 im Abrechnungsverband West keine Bonuspunkte zuzuteilen.

Abrechnungsverband Ost/Umlage. Versorgungskonto I.

Im Abrechnungsverband Ost/Umlage beträgt der Umlagesatz seit dem 1. Januar 2004 ein Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (§ 64 Absatz 2 VBLS). Das Umlageaufkommen lag bei rund 185,5 Millionen Euro gegenüber rund 181,9 Millionen Euro im Vorjahr.

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt auch hier jährlich die erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Für die Berechnung gelten die gleichen Grundsätze wie im Abrechnungsverband West. Im Abrechnungsverband Ost/Umlage lag der rechnerische Überschuss für das Jahr 2012 bei rund 61,4 Millionen Euro.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 14. November 2013 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars, aus den gleichen Erwägungen wie schon im Abrechnungsverband West, für das Geschäftsjahr 2012 im Abrechnungsverband Ost/Umlage keine Bonuspunkte zuzuteilen.

Verwendung von
Überschüssen aus
dem Jahr 2012

Einnahmen

Verwendung von
Überschüssen aus
dem Jahr 2012

Abrechnungsverband Ost/Beitrag. Versorgungskonto II.

Einnahmen

Im Tarifgebiet Ost werden seit dem 1. Januar 2004 neben der Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen. Bis zum Jahr 2009 haben unsere beteiligten Arbeitgeber je nach Tarifrecht teilweise unterschiedliche Beitragssätze angewendet. Seit dem Jahr 2010 beträgt der Beitragssatz einheitlich vier Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Das Beitragsaufkommen im Abrechnungsverband Ost/Beitrag betrug im Jahr 2013 rund 531,9 Millionen Euro (Vorjahr: rund 541,4 Millionen Euro). Darin enthalten sind auch Altersvorsorgezulagen für Arbeitnehmerbeiträge zur Kapitaldeckung. Im Jahr 2013 hat die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Altersvorsorgezulagen in Höhe von rund 6 Millionen Euro überwiesen. Im Vorjahr waren es noch rund 28,1 Millionen Euro. Die Altersvorsorgezulagen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen, da Versicherte nach einer Entscheidung des Bundesministeriums der Finanzen für ihren Arbeitnehmerbeitrag die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG anstelle der Riester-Förderung in Anspruch nehmen können.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2012

Der Verantwortliche Aktuar hat für das Jahr 2012 in der Handelsbilanz im Abrechnungsverband Ost/Beitrag einen Bilanzgewinn (§ 67 Absatz 3 VBL) von rund 1,9 Millionen Euro ermittelt. Er schlug vor, den Überschuss der Verlustrücklage zuzuführen, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken.

Im Abrechnungsverband Ost/Beitrag besteht zusätzlich die Besonderheit, dass Versicherte für ihre Arbeitnehmerbeiträge Altersvorsorgezulagen nach Abschnitt XI EStG beziehen können. Für Rentenleistungen aus diesen Altersvorsorgezulagen kann ein Gewinnzuschlag in Höhe von bis zu 20 Prozent geleistet werden (§ 82a Absatz 4 VBL). Der Verantwortliche Aktuar prüft daher jährlich, ob die Finanzierbarkeit dieses Gewinnzuschlages in voller Höhe gesichert ist. Aufgrund der langanhaltenden Niedrigzinsphase und den daraus resultierenden Finanzierungsrisiken in diesem Abrechnungsverband schlug der Verantwortliche Aktuar vor, die Leistung des Gewinnzuschlages von 20 Prozent über den 31. Dezember 2014 nicht zu verlängern. Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 14. November 2013 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars. Bonuspunkte für das Geschäftsjahr 2012 wurden nicht verteilt.

Abrechnungsverband Gegenwerte. Versorgungskonto II.

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen beendet. Zur Finanzierung der im Abrechnungsverband West oder im Abrechnungsverband Ost/Umlage hinterlassenen umlagefinanzierten Anwartschaften und Ansprüche hat die VBL gegen den ausgeschiedenen Arbeitgeber einen Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts. Der Gegenwert wird dem kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte im Versorgungskonto II zugeführt. Die Gegenwertzahlung ist erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Einnahmen finanziert werden. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen betragen im Jahr 2013 rund 2,8 Millionen Euro (Vorjahr: rund 39,3 Millionen Euro).

Einnahmen

Im Abrechnungsverband Gegenwerte ist im Jahr 2012 in der Handelsbilanz ein Bilanzverlust von rund 84,0 Millionen Euro entstanden. Auslöser für den Bilanzverlust ist vor allem die Umsetzung der BGH-Rechtsprechung zu den Gegenwertforderungen (AZ: IV ZR 10/11 und IV ZR 12/11). Als Konsequenz aus dieser Rechtsprechung haben wir verfallbare Anwartschaften aus den Gegenwertforderungen herausgerechnet, was im Ergebnis zu Wertberichtigungen geführt hat. Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 14. November 2013 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars, wegen beträchtlicher Finanzierungsrisiken für das Geschäftsjahr 2012 im Abrechnungsverband Gegenwerte keine Bonuspunkte zuzuteilen.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2012

Finanzlage freiwillige Versicherung (VBLextra und VBLdynamik).

Einnahmen

Die Beitragseinnahmen im Bereich der freiwilligen Versicherung haben sich um 3,1 Prozent auf 197,7 Millionen Euro erhöht.

Einnahmen	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
VBLextra	188,6	182,8	+3,2 %
VBLdynamik	9,1	9,0	+1,1 %
Gesamt	197,7	191,8	+3,1 %

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2012

Der Verantwortliche Aktuar stellt jährlich zum Bilanzstichtag auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz die Überschüsse fest und schlägt eine Verwendung der Überschüsse vor. Am 14. November 2013 entschied der Verwaltungsrat auf diesen Vorschlag hin über die Verwendung der Überschüsse des Jahres 2012.

VBLextra

Eine Risikountersuchung des Verantwortlichen Aktuars ergab, dass die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck auch die Risikoverhältnisse des Versichertenbestandes der freiwilligen Versicherung nicht mehr ausreichend sicher abbilden. Die Bewertung der Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2012 auf die neuen Sterbetafeln umgestellt. Für neu eingehende Beiträge und daraus resultierende Anwartschaften wird auch zukünftig in beiden Tarifen ein Nachreservierungsbedarf bestehen. Eine zusätzliche Stärkung der Deckungsrückstellung des Tarifs VBLextra 01 erfolgte im Hinblick auf den hohen Rechnungszins und die langanhaltende Niedrigzinsphase.

Im Geschäftsjahr 2012 verblieb in der VBLextra ein Überschuss von rund 19,4 Millionen Euro als Bilanzgewinn. Von diesem Überschuss entfällt ein Anteil in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro auf den Tarif VBLextra 01 mit Rechnungszins in Höhe von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase zuzüglich einer garantierten Rentendynamisierung von einem Prozent. Auf den Tarif VBLextra 02 mit einheitlichem Rechnungszins in Höhe von 2,75 Prozent entfällt ein Überschussanteil in Höhe von rund 15,8 Millionen Euro. Für Verträge des Tarifs VBLextra 03, die ab dem 1. Januar 2012 abgeschlossen wurden, gilt ein einheitlicher Rechnungszins in Höhe von 1,75 Prozent. Hierauf entfällt ein Überschuss in Höhe von rund 0,4 Millionen Euro.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 14. November 2013 den Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars. Für die Tarife VBLextra 01, VBLextra 02 und VBLextra 03 teilte er für das Geschäftsjahr 2012 keine Bonuspunkte zu. Der auf den Tarif VBLextra 01 und VBLextra 03 entfallende Überschuss in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro wird der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt. Der auf den Tarif VBLextra 02 entfallende Überschussanteil wird vollständig der Verlustrücklage zugeführt.

Für die Tarife VBLextra 02 und VBLextra 03 ist vorgesehen, für Betriebsrentenleistungen einen Gewinnzuschlag in Höhe von 20 Prozent zu leisten, wenn der versicherungsmathematische Nachweis der Finanzierbarkeit dieses Zuschlags erbracht wird. Diesem Verfahren folgend hat der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars beschlossen, den Gewinnzuschlag in voller Höhe bis zum 31. Dezember 2015 zu leisten.

In der VBLdynamik wurde im Geschäftsjahr 2012 ein Überschuss von rund 2,1 Millionen Euro im Bilanzgewinn ausgewiesen. Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, den Überschuss vollständig der Rückstellung für Überschussverteilung zuzuführen.

VBLdynamik

Dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 14. November 2013 für die VBLdynamik den Beschluss, für das Geschäftsjahr 2012 Überschüsse auszukehren. Die am 31. Dezember 2013 aktiv und beitragsfrei Versicherten des Tarifs VBLdynamik 01 erhalten Anteile an den Spezialfonds in Höhe von 0,7 Prozent und des Tarifs VBLdynamik 02 in Höhe von 1,6 Prozent ihrer jeweiligen Garantie-Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2012.

Zum 31. Dezember 2013 erhalten Leistungsempfänger des Tarifs VBLdynamik 01 einen Einmalbetrag in Höhe von 0,7 Prozent und Leistungsempfänger des Tarifs VBLdynamik 02 in Höhe von 1,6 Prozent der jeweiligen Garantie-Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2012 für eine beitragsfreie Zusatzrente.

Zusätzlich ist in der freiwilligen Versicherung die Zuteilung der Bewertungsreserven zu berücksichtigen. Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der gehaltenen Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Sie sorgen für zusätzliche Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen.

Zuteilung von Bewertungsreserven

Seit 2010 werden in der freiwilligen Versicherung 50 Prozent der zum 31. Dezember des jeweils vorangegangenen Kalenderjahres ermittelten Bewertungsreserven zugeteilt (§ 153 Absatz 3 Versicherungsvertragsgesetz). Auf der Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens vom 1. August 2013 wurden daher die zum 31. Dezember 2012 ermittelten Bewertungsreserven nach den gesetzlichen Vorgaben fiktiv einzelnen Verträgen der VBLextra und der VBLdynamik zugeordnet. Eine Auszahlung der den einzelnen Verträgen zugeordneten Bewertungsreserven erhalten Rentnerinnen und Rentner sowie Versicherte, die ihren Vertrag wegen Einmalkapitalauszahlung, Abfindung oder Portabilität beenden. Insgesamt haben wir für das Jahr 2013 rund 3,8 Millionen Euro an Bewertungsreserven in der VBLextra und der VBLdynamik zugeteilt.

Ertragslage der VBL gesamt.

Aufwendungen und Erträge	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Erträge			
Umlagen, Beiträge ¹	5.758,9	5.677,2	+1,4 %
Kapitalerträge	929,7	974,7	-4,6 %
	6.688,6	6.651,9	+0,6 %
Aufwendungen			
Leistungen ²	4.710,0	4.646,4	+1,4 %
Kapitalaufwendungen	160,9	290,4	-44,6 %
	4.870,9	4.936,8	-1,3 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-927,1	-1.080,2	-14,2 %
Jahresüberschuss	890,6	634,9	+40,3 %

¹ Einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen

² Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen

Die Veränderung der Ertragslage ist im Wesentlichen auf niedrigere Abschreibungen auf Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2013 zurückzuführen.

Der Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge wurde im Vorjahr durch die beiden Urteile des BGH mit 113 Mio. Euro negativ beeinflusst.

Ertragslage der freiwilligen Versicherung.

Aufwendungen und Erträge	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Erträge			
Beiträge	197,7	191,8	+3,1 %
Kapitalerträge	106,6	94,7	+12,6 %
	304,3	286,5	+6,2 %
Aufwendungen			
Leistungen	5,9	4,2	+40,5 %
Kapitalaufwendungen	1,6	0,4	+300,0 %
	7,5	4,6	+63,0 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-247,1	-243,2	+1,6 %
Jahresüberschuss	49,7	38,7	+28,4 %

Die laufende Durchschnittsverzinsung im Geschäftsjahr 2013 betrug hier 9,2 Prozent (Vorjahr: 9,0 Prozent).

Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

Die VBL verfügt über ein dezentrales Gesamtrisikomanagement, bestehend aus einem Risikofrüherkennungssystem, einem Risikocontrolling und einem internen Überwachungssystem, das alle Bereiche der VBL abdeckt. Die Risikomeldeverantwortlichen der jeweiligen Fachbereiche melden alle relevanten Risiken vierteljährlich an das Risikocontrolling. Das Risikocontrolling unterzieht die gemeldeten Risiken einer Plausibilitätsprüfung und erstellt einen Risikobericht für den Risikobeauftragten, den Präsidenten der VBL. Die Risikoüberwachung ist Aufgabe der Revision. Hier wird die Funktionsfähigkeit des Risikocontrollings, der Investitionstätigkeit und des Berichtswesens geprüft.

Risikomanagementsystem

Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2013 ergab, dass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen.

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

Die VBL wendet auf ihr gesamtes Vermögen die Anlagegrundsätze für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 Versicherungsaufsichtsgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – AnIV). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden.

Kapitalanlagerisiken

Für die Kapitalanlage besteht hauptsächlich das Risiko von Marktpreisänderungen. Das Marktpreisrisiko resultiert aus der Volatilität der Kapitalmärkte. Eine nachteilige Entwicklung von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern kann zu Verlusten führen. Das Marktpreisrisiko setzt sich zusammen aus dem Zinsänderungsrisiko, dem Währungsrisiko, dem Aktienkursrisiko, dem Immobilienrisiko und dem Wiederanlagerisiko.

Ein Mittel zur Überwachung der Marktpreisrisiken sind Stresstests, die von der VBL monatlich auf die Kapitalanlagen angewendet werden. Dabei überprüfen wir, ob die VBL trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage wäre, auch ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Bei den Stresstests greift die VBL auf die aktuell geltenden Stresstest-Szenarien der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zurück. Die Stresstests sind ein Indikator für die Risikoanalyse. Sie werden regelmäßig auch in ihrer Entwicklungshistorie ausgewertet und ergänzen die anderen Instrumente des Risikomanagements. Die im Jahr 2013 durchgeführten Stresstests wurden alle bestanden.

Zur Absicherung von Grundgeschäften wurden in den letzten Jahren Zinsswaps abgeschlossen. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler beziehungsweise fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen, wurden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 Handelsgesetzbuch gebildet.

Adressausfallrisiken werden für Engagements in den Master Fonds der VBL über die Marktpreise der Anleihen abgebildet. Diese spiegeln den aktuellen Kenntnisstand und die Einschätzung aller Marktteilnehmer wider. Darüber hinaus stehen in den Fonds Reserven für die möglichen Verschlechterungen zur Verfügung. Strikte Ratingvorgaben, Diversifikation und ein Schwerpunkt auf besicherte oder öffentlich garantierte Anleihen vermindern das Risiko weiter. Im Direktbestand haben wir vor allem in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen von deutschen Kreditinstituten investiert. Die Steuerung von Ausfallrisiken bei Derivate-Geschäften erfolgt über Kontrahentenlimite. Im Direktbestand wurden im Jahr 2013 keine Derivate-Geschäfte zu Absicherungszwecken abgeschlossen.

Zur dauerhaften Erfüllbarkeit der Verträge in der freiwilligen Versicherung überdecken unsere Eigenmittel in Höhe von 172.573.138 Euro (Vorjahr: 125.287.542) die Solvabilitätsspanne um 162,3 Prozent (Vorjahr: 127,9 Prozent).

Finanzierungsrisiken

In dem bei der VBL überwiegend praktizierten Umlageverfahren hängt der Finanzierungsbedarf stark von der Entwicklung des Versichertenbestands und des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab. Der im Bereich des öffentlichen Dienstes anhaltende Trend zu Personalabbau- und Ausgliederungsmaßnahmen kann somit Auswirkungen auf die Finanzierung bei der VBL haben.

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn durchgeführten Pflichtversicherungen beendet. Zum Ausgleich der während der Beteiligung entstandenen Anwartschaften und laufenden Renten der Pflichtversicherten hat der ausgeschiedene Arbeitgeber an die VBL einen so genannten Gegenwert zu leisten. Der Gegenwert ist der versicherungsmathematische Barwert der dem ausgeschiedenen Arbeitgeber zuzurechnenden Renten und Anwartschaften und wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch einen Sachverständigen errechnet. Als Alternative zur Zahlung des Gegenwerts als Einmalbetrag kann der Arbeitgeber das so genannte Erstattungsmodell wählen. Dann erstattet er der VBL über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren die anfallenden Rentenlasten und spart gleichzeitig Beiträge auf den nach Ende des Erstattungszeitraums zu leistenden Gegenwert an.

Für Ausgliederungen sieht die Satzung die Leistung eines anteiligen Gegenwerts vor. Diese Maßnahmen gelten jedoch nur für die Ausgliederung eines „wesentlichen Teils“ der Pflichtversicherten eines Beteiligten. Für Ausgliederungen unterhalb einer Wesentlichkeitsgrenze ist ein Ausgleich bisher nicht vorgesehen.

Zinsgarantierisiko

In der VBLklassik garantieren wir eine Leistung, die sich ergeben würde, wenn eine Gesamt-Beitragsleistung von vier Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt würde. Als Verzinsung werden dabei in der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und in der Rentenbezugsphase 5,25 Prozent unterstellt. Zusätzlich werden die Renten jährlich um 1 Prozent erhöht. Diese Rechnungsgrundlagen sind tarifvertraglich festgelegt (§ 8 Tarifvertrag Altersversorgung). Diese hohen garantierten Leistungen werden in den Abrechnungsverbänden West und Ost/Umlage im Umlageverfahren und in den Abrechnungsverbänden Ost/Beitrag und Gegenwerte im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. In der Kapitaldeckung werden daher Überschüsse vorrangig zur Stärkung der Deckungsrückstellung und zum Aufbau der Verlustrücklage verwendet, die der Fehlbetragsdeckung dient.

Die anhaltende Niedrigzinsphase stellt vor allem die kapitalgedeckten Abrechnungsverbände vor große Herausforderungen: Insbesondere im Abrechnungsverband Ost/Beitrag wird eine nachhaltig kapitalgedeckte Finanzierung immer schwieriger. Wir laufen Gefahr, ohne risikominimierende Maßnahmen erhebliche Verluste ausweisen zu müssen. Die Risiken sind in diesem Abrechnungsverband Ost/Beitrag besonders hoch, da die Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erst seit 2010 für alle Arbeitgeber auf vier Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte angehoben wurden und daher verhältnismäßig hohe jährliche Beitragszahlungen zur Finanzierung von Neuanwartschaften eingehen.

Vor dem Hintergrund der langanhaltenden Niedrigzinsphase haben wir in Abstimmung mit unserem Verantwortlichen Aktuar zum 31. Dezember 2013 eine erste Stärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Da die laufenden Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung bisher zu keiner Einigung geführt haben, mussten die VBL-Gremien risikominimierende Maßnahmen ergreifen, um die Finanzierung im Abrechnungsverband Ost/Beitrag zu sichern. Daher hat der Verwaltungsrat der VBL in seiner Sitzung vom 14. April 2014 die 19. Änderung der VBL-Satzung beschlossen. Danach wird die Tarifikalkulation für Neuanwartschaften, die im Abrechnungsverband Ost/Beitrag erworben werden, ab dem 1. Januar 2015 angepasst. Die neuen Altersfaktoren beruhen auf einem Rechnungszins von 1,75 Prozent und den modifizierten Sterbetafeln VBL 2010 P. Zudem sind die einprozentige Rentendynamisierung und die sozialen Komponenten in die Altersfaktoren inkalkuliert. Aus heutiger Sicht sind die Altersfaktoren geeignet, die dauernde Erfüllbarkeit der Versicherungsleistungen in einem kapitalgedeckten System zu gewährleisten.

Die arbeitsrechtlich auf der Grundlage des Tarifvertrags Altersversorgung – ATV – zugesagten Betriebsrentenleistungen werden an Rentnerinnen und Rentner aber in jedem Fall weitergezahlt. Die Differenz zwischen dieser arbeitsrechtlich zugesagten Leistung und der von der VBL garantierten, niedrigeren Leistung wird aus dem Abrechnungsverband Ost/Umlage finanziert.

Die versicherungstechnischen Erträge aus den ab dem 1. Januar 2015 entstehenden Anwartschaften und Ansprüchen werden vorrangig zur Stärkung der Deckungsrückstellung und zum Aufbau der Verlustrücklage im Abrechnungsverband Ost/Beitrag verwendet. Dadurch wird vermieden, dass im Abrechnungsverband Ost/Beitrag Verluste ausgewiesen werden müssen. Sollte sich erweisen, dass der Verlustausweis auf diesem Weg nicht abzuwenden ist, können die Betriebsrentenleistungen aus dem Abrechnungsverband Ost/Beitrag über einen Leistungsvorbehalt angepasst werden. Auch in diesem Fall wird die arbeitsrechtlich zugesagte Leistung weitergezahlt. Die Differenz zwischen der zugesagten Leistung und der auf Basis des Leistungsvorbehalts verminderten Rentenleistung wird ebenfalls aus dem Abrechnungsverband Ost/Umlage finanziert. Für Rentnerinnen und Rentner ergeben sich insoweit keine Nachteile.

Die 19. Satzungsänderung soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Sollte zuvor der 7. Änderungstarifvertrag zum ATV in Kraft treten, treten die Neuregelungen über die Tarifierfassung und den Leistungsvorbehalt nicht in Kraft. Dies setzt jedoch voraus, dass der 7. Änderungstarifvertrag die Finanzierung der Zusatzversorgung sichert und in der Satzung umgesetzt wird.

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde der anhaltenden Niedrigzinsphase ebenfalls Rechnung getragen. Mit der 18. Satzungsänderung vom 21. November 2012 wurden unter anderem für die Berechnung des Gegenwerts für Austritte seit dem 1. Januar 2013 die Rechnungsgrundlagen angepasst. Als Rechnungszins gilt jetzt der für garantierte Leistungen im Zeitpunkt des Ausscheidens aufsichtsrechtlich festgesetzte Höchstzinssatz zur Berechnung der Deckungsrückstellung. Das sind aktuell 1,75 Prozent. Außerdem wurde die Möglichkeit geschaffen, die Leistungen abzusenken. Die Möglichkeit besteht, wenn der Abrechnungsverband am Ende des Geschäftsjahres einen Verlust ausweist, der weder durch die Verlustrücklage noch durch die Rückstellung für Überschussverteilung ausgeglichen werden kann.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung beträgt der Rechnungszins für Verträge ab 2012 1,75 Prozent. Für die ab 2004 geschlossenen Verträge beträgt er noch 2,75 Prozent. Dem Tarif VBLdynamik 01 liegt ein Rechnungszins von 3,25 Prozent zugrunde (Mindestverzinsung des Sparanteils). Das Zinsgarantierisiko für die Tarife VBLextra 02 und 03 sowie für alle Tarife der VBLdynamik kann als gering bewertet werden. Dem Zinsgarantierisiko begegnet die VBL mit dem Aufbau der Verlustrücklage. Sie wurde über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus aufgestockt.

Im Tarif VBLextra 01 besteht dagegen ein hohes Risiko, dass die erforderliche durchschnittliche Verzinsung am Kapitalmarkt nicht erwirtschaftet werden kann. Wie in der VBLklassik ist der Tarif VBLextra 01 mit einem Rechnungszins von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase kalkuliert worden. Hinzu kommt noch die Rentendynamisierung von 1 Prozent jährlich. Um dem Zinsrisiko entgegenzuwirken, nehmen wir seit einigen Jahren zusätzlich eine pauschale Stärkung der Deckungsrückstellung vor. Der bestehende Risikopuffer zur Absicherung des Zinsrisikos ist aber nach wie vor noch sehr gering. Daher wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde ein neuer Stufenplan entwickelt, der bis zum Jahr 2022 eine weitere Stärkung der Deckungsrückstellung vorsieht. Der Stufenplan wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Die Anwendung dieser Richttafeln ist tarifvertraglich festgelegt (Anlage 4 zum Tarifvertrag Altersversorgung).

Biometrische Risiken

Die VBL gibt in regelmäßigen Abständen Untersuchungen über die biometrischen Risikoverhältnisse in Auftrag. Eine im Jahr 2009 durchgeführte Risikountersuchung, die auf den Daten aus den Geschäftsjahren 2006 bis 2008 basiert, ergab, dass die Risikoverhältnisse durch die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck nicht mehr ausreichend sicher abgebildet werden. Ein versicherungsmathematischer Sachverständiger hat zwischenzeitlich eine VBL-spezifische Periodentafel VBL 2010 P sowie eine VBL-spezifische Generationentafel VBL 2010 G entwickelt. Im Unterschied zu Periodentafeln wird bei Generationentafeln neben Alter und Geschlecht auch das Geburtsjahr berücksichtigt. Ob bei der Tarifkalkulation der VBLklassik zukünftig eine VBL-spezifische Richttafel zur Anwendung kommen wird, obliegt der Entscheidung der Tarifvertragsparteien.

Wegen der biometrischen Risiken haben wir auf der Grundlage der Periodentafel VBL 2010 P seit 2010 begonnen, in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden der VBLklassik die Deckungsrückstellung in drei Stufen zu stärken. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde im Abrechnungsverband Ost/Beitrag die letzte Stufe zur Stärkung der Deckungsrückstellung berücksichtigt. Die Höhe der Deckungsrückstellung entspricht nun dem Wert, der bei Anwendung der VBL-spezifischen Sterbetafeln VBL 2010 P maßgebend wäre.

Die höheren Ausgaben aufgrund des zu erwartenden längeren Rentenbezugs müssen auch bei Gegenwertberechnungen für ausgeschiedene Arbeitgeber berücksichtigt werden. Aus diesem Grund werden seit dem 1. Januar 2011 die Gegenwerte auf Basis der Richttafeln VBL 2010 G berechnet, es sei denn, die Beteiligung endete aufgrund einer fristlosen Kündigung, die bis zum 25. Mai 2011 bei der VBL einging oder von der VBL erklärt wurde. Für die Gegenwertberechnung wurde der Generationentafel der Vorzug gegeben, da

auf den Gegenwert zur Ausfinanzierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche keine Nachschusspflicht besteht. Für Gegenwerte, die noch auf der Grundlage der alten Richttafeln 1998 von Heubeck berechnet worden sind, wurde ebenfalls die letzte Stufe der Stärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Deckungsrückstellung entspricht insoweit nun dem Wert, der bei Anwendung der VBL-spezifischen Sterbetafeln VBL 2010 P maßgebend wäre.

Für den Abrechnungsverband Ost/Beitrag werden bei der Beitragskalkulation nach wie vor die Richttafeln Heubeck 1998 verwendet. Für jeden neuen Beitrag und jede neu entstehende Anwartschaft entsteht daher ein Aufstockungsbedarf, um die Deckungsrückstellung zu erreichen, die bei Anwendung der Sterbetafeln VBL 2010 P notwendig wäre. Der jeweilige Aufstockungsbedarf wird in vollem Umfang zu Lasten der Jahresergebnisse gehen.

Für die freiwillige Versicherung bestand in den Tarifen VBLextra 01 und 02 wegen der biometrischen Risiken, die mit der Verwendung der Richttafeln Heubeck 1998 verbunden sind, ebenfalls der Bedarf, die Deckungsrückstellung entsprechend zu stärken. Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Tarife VBLextra 01 und VBLextra 02 wurde zum 31. Dezember 2013 auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen – jeweils modifizierte VBL 2010 P – umgestellt. Für neu eingehende Beiträge der Tarife VBLextra 01 und 02 werden in den Folgejahren weitere Eintrittsverluste entstehen. Insofern wird auch zukünftig in beiden Tarifen eine entsprechende Aufstockung erforderlich sein, um den biometrischen Risiken angemessen zu begegnen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die überwiegende Zahl der bei der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der überwiegend umlagefinanzierten VBLklassik relativ gering. Bei der VBL sind rund 5.400 Arbeitgeber beteiligt. Derzeit liegen 34 Insolvenzfälle vor, in denen wir noch Forderungen geltend machen. Auf den Abrechnungsverband West entfallen 30, auf den Abrechnungsverband Ost/Umlage vier Insolvenzfälle. Im Geschäftsjahr 2013 sind nur im Abrechnungsverband West vier neue Insolvenzfälle hinzugekommen.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Forderungsausfalls sehr gering. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin beziehungsweise der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

Unter dem Begriff operationelles Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- oder systembedingten Vorfällen. Ebenfalls zu den operationellen Risiken zählen Risiken aus externen Vorfällen und Rechtsrisiken.

Operationelle Risiken

Kernprozesse sind abhängig von einer sicheren und zuverlässigen IT. Die VBL verfügt deshalb über ein IT-Sicherheitskonzept im Sinne eines Notfallkonzeptes, das sich nach dem BSI-Standard (IT-Grundschutz) richtet und laufend angepasst wird. Für den Ausfall des Rechenzentrums sind entsprechende Vorsorgen getroffen. Die Voraussetzungen für das Back-up (Rechenzentrum, Hardware, Datensicherung) liegen vor. Funktionstrennungen und Vier-Augen-Prinzipien helfen in den wesentlichen Geschäftsprozessen dabei, das Eintreten von Risiken zu vermeiden.

Rechtliche Risiken.

Rechtliche Risiken ergaben sich im letzten Jahr vor allem aus den Klageverfahren zur Gegenwertforderung der VBL. Verlässt ein Arbeitgeber das solidarisch ausgestaltete Finanzierungssystem, behalten seine Beschäftigten die bis zu seinem Ausscheiden erworbenen Anwartschaften und Ansprüche. Die VBL bleibt gegenüber diesen Versicherten nach Maßgabe der VBL-Satzung weiterhin zur Leistung verpflichtet. Die Gegenwerte sind daher zur Ausfinanzierung der in der Umlagefinanzierung hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche ausgeschiedener Arbeitgeber erforderlich. Aufgrund der Verfahren zu den Gegenwerten vor dem Bundesgerichtshof bestand somit das Risiko einer Unterdeckung im Abrechnungsverband Gegenwerte. Die Gegenwertregelung in § 23 Abs. 2 der VBL-Satzung in der Fassung bis zur 18. Satzungsänderung ist nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs vom 12. Oktober 2012 zwar unwirksam. Der Bundesgerichtshof stellte jedoch ausdrücklich klar, dass ein Ausscheiden aus der Beteiligung bei der VBL nicht auf Kosten der Solidargemeinschaft möglich ist. Arbeitgeber müssen nach ihrem Ausscheiden einen Gegenwert an die VBL zahlen. Mit unserer Neuregelung zum Gegenwert mit der 18. Satzungsänderung, die auch für bereits ausgeschiedene Arbeitgeber gilt, haben wir die Vorgaben des Bundesgerichtshofs in allen Punkten umgesetzt. Zurzeit sind noch 39 gerichtliche Verfahren zum Gegenwert anhängig.

Klageverfahren zur Gegenwertforderung

Klageverfahren zu den Startgutschriften nach dem Vergleichsmodell

Momentan sind mehrere Verfahren vor den ordentlichen Gerichten anhängig, die die Überprüfung der Startgutschrift nach dem Vergleichsmodell zum Gegenstand haben. Entscheidungen in der Sache sind bislang in erster Instanz von einigen Landgerichten ergangen. Die Landgerichte vertreten unterschiedliche Rechtsauffassungen zu der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach dem 5. Änderungstarifvertrag zum ATV. Das Landgericht Karlsruhe hat in rund 70 Verfahren entschieden, dass die Tarifvertragsparteien die Vorgaben des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2007 korrekt umgesetzt haben (vgl. u.a. Urteil vom 28. Februar 2014 – AZ: 6 O 145/13). Es kam zu dem Ergebnis, dass der vom Bundesgerichtshof festgestellte Verstoß gegen Art. 3 GG durch die Neuregelung zum Vergleichsmodell beseitigt ist. Demgegenüber hält das Landgericht Berlin auch die Neuregelung für unwirksam und die Startgutschriften weiterhin für unverbindlich. Eine höchstrichterliche Entscheidung zur Neuberechnung der Startgutschriften nach dem Vergleichsmodell bleibt abzuwarten. Vor diesem Hintergrund lässt sich derzeit nicht einschätzen, wie hoch das Risiko ist, dass nochmals eine Neuregelung für die rund 1,7 Millionen betroffenen rentenfernen und beitragsfrei Versicherten geschaffen werden muss.

Chancen.

Geplante Änderung der Zuteilung von Bewertungsreserven

Vor dem Hintergrund der aktuellen Niedrigzinsphase plant die Bundesregierung ein Reformpaket für Lebensversicherungen, das im Jahr 2014 vorgelegt werden soll. Ziel des Reformpakets ist es, die Lebensversicherungen umfassend und langfristig zu stabilisieren. Im Rahmen des Reformpakets ist zum einen die Absenkung des Garantiezinses von 1,75 Prozent auf 1,25 Prozent für Lebensversicherungsverträge geplant. Dies entspricht auch den Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung. Sie schlug vor, den Höchstrechnungszinssatz wegen der anhaltend niedrigen Zinsen für Lebensversicherungsverträge ab dem Jahr 2015 auf 1,25 Prozent zu senken.

Außerdem soll die Beteiligung der Versicherten an Bewertungsreserven auf Staatsanleihen und andere festverzinsliche Wertpapiere reformiert werden. Bei der VBL erfolgt die Zuteilung der Bewertungsreserven in der freiwilligen Versicherung nach den für die Lebensversicherungen geltenden Vorschriften. Seit dem Jahr 2008 sieht das Gesetz eine Zuteilung der Hälfte der ermittelten Bewertungsreserven an die Versicherten und Rentner bei Beendigung der Ansparphase vor (§ 153 VVG). Dies soll nun geändert werden. Bewertungsreserven entstehen, wenn Buchwert und Marktwert der Kapitalanlagen voneinander abweichen und der Marktwert über dem Buchwert liegt. Die Bewertung wird jährlich vorgenommen. Eine Realisierung der stillen Reserven erfolgt jedoch erst bei Fälligkeit oder Abgang der entsprechenden Kapitalanlage. Zu diesem Zeitpunkt können die stillen Reserven sich ganz anders entwickelt haben als zum Zeitpunkt der Beteiligung an Bewertungsreserven. Für die Beteiligung an Bewertungsreserven wird also eine Stichtagsbetrachtung zugrunde gelegt, obwohl im späteren Zeitpunkt der Realisation mitunter geringere Erträge erzielt werden. Zu diesem Zeitpunkt sind die Mittel aber bereits

an Versicherte und Rentner bei Beendigung der Ansparphase ausgekehrt. Die zu viel ausgezahlten Mittel stehen der Versichertengemeinschaft nicht mehr zur Verfügung. Daher sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf. Momentan steht jedoch noch nicht fest, wie die Änderungen genau aussehen sollen. Der geplante Gesetzesentwurf ist noch in Vorbereitung.

Für die freiwillige Versicherung könnte sich eine Reform der Bewertungsreserven positiv auswirken. Eine Verminderung der Zuteilung der Bewertungsreserven an Versicherte und Rentner stärkt die Sicherheitsinteressen der Versichertengemeinschaft, die an der Erhaltung der Bewertungsreserven interessiert ist. Die derzeitige Regelung zu den Bewertungsreserven bevorzugt vor allem Versicherte, deren Vertrag jetzt endet. „Die Bewertungsreserven gehören der Gesamtheit der Versicherungsnehmer“, sagt BaFin-Chefin Elke König in einem Interview. Wenn man die rein auf dem Papier vorhandenen Reserven an ausscheidende Kunden ausschüttet, schwächt man die Mittel der Versichertengemeinschaft. Eine Neuregelung zu den Bewertungsreserven könnte somit allen Versicherten der freiwilligen Versicherung zugutekommen.

Für das Reformpaket ist zudem mehr Transparenz in Bezug auf die Kosten der Lebensversicherungen vorgesehen. Es ist eine Obergrenze für Provisionen im Gespräch, und Versicherungsmakler sollen künftig ihre Provisionen detailliert ausweisen. Dies stellt für uns eine große Chance dar, denn unsere Kunden profitieren seit jeher von den geringen Verwaltungskosten der VBL. Die Kosten einer freiwilligen Versicherung der VBL sind im Vergleich zu anderen Anbietern der betrieblichen, aber vor allem der privaten Altersvorsorge deutlich niedriger: Bei der VBL fallen keine Abschlusskosten und keine Vertreterprovisionen an. Durch unsere Rechtsform als Anstalt des öffentlichen Rechts ist unseren Kunden zudem garantiert, dass die erwirtschafteten Überschüsse ohne Gewinnabschöpfung der Versichertengemeinschaft zufließen. Die freiwillige Versicherung bei der VBL bietet somit eine optimale Chance, die Rentenlücke im Alter zu schließen.

Im Jahr 2013 haben sich die Tarifvertragsparteien für den Bereich der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder bereits auf eine Lohnerhöhung verständigt. Die Einigung mit einer Laufzeit von zwei Jahren sieht für die Landesbeschäftigten unter anderem eine Gehaltserhöhung von 2,65 Prozent ab Januar 2013 sowie eine weitere Steigerung ab Januar 2014 um 2,95 Prozent vor.

Anfang des Jahres 2014 wurde nun über die Entgelte der rund 2,1 Millionen Beschäftigten des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber verhandelt. Am 1. April 2014 haben sich in Potsdam Arbeitgeber und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf eine Lohnerhöhung geeinigt. Rückwirkend zum 1. März 2014 steigen die Monatsgehälter um drei Prozent, mindestens aber um 90 Euro. Im folgenden Jahr kommen nochmals 2,4 Prozent mehr Gehalt hinzu.

Lohnerhöhungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst verbessern nicht nur das Einkommen der Beschäftigten, sondern auch die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung bei der VBL. Die Anzahl der Versorgungspunkte, die ein Pflichtversicherter in der VBLklassik erhält, hängt wesentlich von der Höhe des jährlichen Bruttoeinkommens ab. Mit den Entgelten erhöhen sich auch die Umlageeinnahmen der VBL.

Zukunft E-Government

Unter der Rubrik Einblicke und im Lagebericht berichteten wir über die Weiterentwicklung unseres E-Government über unser Kundenportal „Meine VBL“. Der weitere konsequente Ausbau unserer E-Government-Angebote eröffnet aus unserer Sicht große Chancen, unsere Interaktion mit den Kunden stark zu verbessern. Dies führt neben höherer Kundenzufriedenheit auch zu einer Verbesserung unserer Kostenstruktur.

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Ausblick.

Im Januar 2014 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) vorgelegt. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass besonders langjährig Versicherte bereits ab Vollendung des 63. Lebensjahres eine abschlagsfreie Altersrente beziehen können. Voraussetzung hierfür ist, dass sie 45 Jahre mit Beschäftigungszeiten, Kindererziehung oder Pflege nachweisen können. Ab dem Geburtsjahrgang 1953 wird das Eintrittsalter stufenweise in Zweimonatsschritten auf 65 Jahre angehoben. Die Regelung soll schon zum 1. Juli 2014 in Kraft treten.

Die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 wird sich nach der derzeitigen Rechtslage auch auf die VBL auswirken. Beim Eintritt des Versicherungsfalles und dem Rentenbeginn knüpft die Pflichtversicherung VBLklassik an die gesetzliche Rentenversicherung an. Bei unveränderter Rechtslage hätte dies zur Folge, dass zum gleichen Zeitpunkt auch die VBL-Rente ohne Abschläge wegen vorzeitiger Inanspruchnahme bezogen werden könnte. Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden, werden zusätzliche finanzielle Belastungen auf die VBL zukommen. Vor allem ist zu erwarten, dass wir durch die Neuregelung ab dem 1. Juli 2014 einen erhöhten Rentenanzug erhalten werden. Eine fundierte Aussage über die finanziellen Auswirkungen ist allerdings nur schwer möglich, da wir nicht abschätzen können, wie viele VBL-Versicherte die gesetzlichen Voraussetzungen für diese Rente erfüllen und die Rente dann auch tatsächlich in Anspruch nehmen.

Die Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung) regelt die Anlage des gebundenen Vermögens, das den größten Teil des Vermögens von Versicherungsunternehmen ausmacht. Die Anlageverordnung konkretisiert die gesetzlichen Vorgaben des § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und legt qualitative und quantitative Beschränkungen für einzelne Anlagearten fest. Die derzeit gültige Fassung der Anlageverordnung aus dem Jahr 2011 bezieht sich noch auf das Investmentgesetz (InvG), welches bereits zum 22. Juli 2013 durch das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) ersetzt wurde. Das InvG gilt nur für Bestandsfonds im Rahmen von Übergangsvorschriften bis zum 21. Juli 2014 fort. Die notwendige Anpassung der Anlageverordnung an die geänderte Rechtslage steht noch immer aus. Da die Anlageverordnung die Fondstypen des KAGB nicht kennt, stehen sie für Versicherungsunternehmen nicht als Neuanlagen des gebundenen Vermögens zur Verfügung. Von dieser Problematik ist auch die VBL betroffen, weil sie auf ihr Vermögen die Anlagegrundsätze des § 54 VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung anwendet.

Anpassung der Anlageverordnung

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Die Finanztransaktionssteuer soll auf den Kauf und Verkauf diverser Finanzprodukte erhoben werden, insbesondere auf Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen und Derivatekontrakte. Durch die Steuer soll der Finanzsektor an der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beteiligt werden. Bereits im Februar 2013 hatte die Europäische Kommission einen Entwurf einer „Richtlinie über die Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer“ vorgelegt. Darin regelt die Kommission die Zusammenarbeit von elf Ländern, die zukünftig eine Finanztransaktionssteuer erheben wollen, darunter auch Deutschland. Die Verhandlungen zu dem Richtlinienvorschlag sind noch nicht abgeschlossen.

Finanztransaktionssteuer

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde auch Auswirkungen auf die VBL haben. Die VBL und die Investmentvermögen, an denen sie Anteile hält, tätigen Geschäfte, die bei Einführung einer Finanztransaktionssteuer steuerpflichtig wären. Die VBL wäre somit direkt und indirekt durch Mehrbelastungen betroffen. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass es bei der geplanten Finanztransaktionssteuer Ausnahmeregelungen für die betriebliche Altersversorgung geben wird. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung vermieden werden sollen.

Geschäftsentwicklung

Die im vergangenen Jahr getroffene Prognose zur Steigerung des Umlageaufkommens und zur Entwicklung der Rentenleistungen im Jahr 2013 hat sich bestätigt. Damit ist die Geschäftsentwicklung der VBL im Jahr 2013 als günstig zu beurteilen.

Im Zeitraum zwischen dem Ende des Geschäftsjahres 2013 und dem Aufstellungsstichtag des Geschäftsberichtes wurde die 19. Satzungsänderung beschlossen. Hierüber haben wir unter dem Zinsgarantierisiko bereits berichtet. Darüber hinaus gab es keine Entwicklungen mit besonderer Bedeutung, die einen Einfluss auf die Ausführungen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der VBL hätten.

Bis 2015 gehen wir mit Blick auf die Tarifeinigung über die Gehälter im öffentlichen Dienst vom 1. April 2014 für den Bereich des Bundes und der Kommunen weiterhin von einer Steigerung des Umlageaufkommens aus. Zugleich ist weiterhin von einem kontinuierlichen Anstieg der Rentenleistungen auszugehen. Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Ost/Beitrag und in der freiwilligen Versicherung erwarten wir ein steigendes Anlagevolumen. Insgesamt gehen wir für die kommenden beiden Geschäftsjahre von einem positiven Geschäftsergebnis für die VBL aus.

Anlage zum Lagebericht.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen).

Freiwillige Versicherung	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jah- resrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl		€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer
					€				€	€	€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	146.585	127.627	3.693	4.300	3.771.133	243	116	125	74.134	30.755	6.773
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	13.458	10.095	1.331	1.276	1.971.911	94	53	102	17.644	17.495	6.327
2. Sonstiger Zugang	95	128	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Zugang gesamt	13.553	10.223	1.331	1.276	1.971.911	94	53	102	17.644	17.495	6.327
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	87	61	61	49	28.684	-	1	1	678	23	-
2. Beginn der Altersrente	1.262	1.152	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	74	124	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wie- derheirat, Ablauf	-	-	-	-	-	4	2	32	285	402	1.436
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rück- kaufswerten, Rück- gewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	21	14	219.169	-	-	2	1.457	812	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rück- kaufswerten, Rück- gewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	67	72	8	17	9.892	-	1	3	-	25	36
8. Abgang gesamt	1.490	1.409	90	80	257.745	4	4	38	2.420	1.262	1.472
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	158.648	136.441	4.934	5.496	5.485.299	333	165	189	89.359	46.986	11.628
Davon:											
1. Beitragsfreie Anwartschaften	40.536	29.320	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2. In Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

VBL-Geschäftsbericht 2013.

Jahresabschluss.

Bilanz zum 31. Dezember 2013.

Aktiva	31.12.2013		31.12.2012	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.426.268,00		1.287.166,50
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	511.564.535,88		518.065.915,03	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00		68.750,00	
2. Beteiligungen	65.813.748,12		65.813.748,12	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	16.004.502.735,06		13.579.908.949,25	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190.935.469,00		208.526.606,89	
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	18.572.479,31		28.128.829,92	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	928.186.268,23		1.385.718.854,70	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.118.186.136,04		1.651.753.927,51	
	2.046.372.404,27	18.837.830.121,64	3.037.472.782,21	17.437.985.581,42
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern		33.554.436,71		25.669.488,30
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	942.886.738,86		906.785.576,01	
II. Sonstige Forderungen	34.467.396,64	977.354.135,50	17.981.250,60	924.766.826,61
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	6.220.798,15		4.299.031,54	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	1.197.258.812,54	1.203.479.610,69	808.818.810,83	813.117.842,37
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	46.429.575,24		161.093.770,28	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2.985.698,15	49.415.273,39	2.543.064,15	163.636.834,43
Summe der Aktiva		21.103.059.845,93		19.366.463.739,63

Passiva	31.12.2013		31.12.2012	
	€	€	€	€
A. Rücklagen, Bilanzgewinn/Bilanzverlust				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	298.873.892,00		359.315.837,00	
2. Freiwillige Versicherung	139.060.327,81		100.312.588,30	
	437.934.219,81		459.628.425,30	
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust				
1. Pflichtversicherung	0,00		-82.075.101,00	
2. Freiwillige Versicherung	26.665.118,99		21.543.380,65	
	26.665.118,99	464.599.338,80	-60.531.720,35	399.096.704,95
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
1. Abrechnungsverband West	9.327.364.306,67		8.552.377.508,45	
2. Abrechnungsverband Ost/Umlage	2.311.494.037,79		2.264.598.098,47	
	11.638.858.344,46		10.816.975.606,92	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	6.052.967.549,00		5.416.709.120,00	
b) Freiwillige Versicherung	1.482.773.117,49		1.237.045.451,18	
	7.535.740.666,49		6.653.754.571,18	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.117.070.055,62		1.030.099.477,04	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	12.233.554,00		12.487.500,00	
IV. Rückstellung für Beiträgerstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	146.536.487,95		167.830.237,59	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	53.275.930,00		53.386.227,00	
2. Freiwillige Versicherung	10.466.530,93		9.302.983,92	
	63.742.460,93		62.689.210,92	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		20.514.181.569,45		18.743.836.603,65
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern		33.554.436,71		25.669.488,30
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.842.577,00		6.467.322,00	
II. Sonstige Rückstellungen	20.098.519,00	26.941.096,00	20.848.831,00	27.316.153,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	9.278.352,98		4.730.057,03	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-		109.887.767,62	
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 450.085,96 € (Vorjahr: 441.251,27 €)	30.102.467,67	39.380.820,65	31.406.010,23	146.023.834,88
F. Rechnungsabgrenzungsposten		24.402.584,32		24.520.954,85
Summe der Passiva		21.103.059.845,93		19.366.463.739,63

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position Passiva B. II. Ziffer 1 und Passiva C. ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den jeweils zuletzt genehmigten Geschäftsplänen beziehungsweise entsprechend der geschäftsplanmäßigen Erklärung berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (B. II. 1. a):
München, 14.04.2014
Der Verantwortliche Aktuar Dr. Thurnes

Freiwillige Versicherung (B. II. 1. b + C.):
Köln, 28.03.2014
Der Verantwortliche Aktuar Dr. Lucius

(Konsolidiert)	2013		2012	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	5.732.638.397,84		5.664.061.011,05	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	25.843.765,54		12.746.953,17	
c) Erträge aus Überleitungen	371.651,48	5.758.853.814,86	396.156,09	5.677.204.120,31
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung		4.719.672,41		2.605.606,03
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 700.000,00 € (Vorjahr: 600.000,00 €)	700.000,00		600.000,00	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	121.509.024,85		122.495.723,19	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	725.494.550,43		735.025.958,11	
	847.003.575,28		857.521.681,30	
c) Erträge aus Zuschreibungen	8.543.524,88		53.658.611,96	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	73.448.915,55	929.696.015,71	62.958.750,53	974.739.043,79
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		4.870.481,81		2.544.465,86
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		103.696.117,64		18.460.033,44
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.709.733.520,26		4.646.238.820,65	
bb) Verwaltungsaufwendungen	44.881.875,61		47.257.166,51	
	4.754.615.395,87		4.693.495.987,16	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-348.946,00		-17.086.700,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	292.235,53		238.493,77	
		4.754.558.685,40		4.676.647.780,93
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	859.856.576,72		845.369.267,74	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-9.400.000,00	850.456.576,72	94.301.237,59	939.670.505,33
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		44.881.875,61		47.257.166,53
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	61.306.378,39		68.042.985,73	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	56.605.783,37		147.541.050,57	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	43.000.395,62	160.912.557,38	74.841.217,05	290.425.253,35
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		-		-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		12.601.891,64		73.350.326,02
12. Versicherungstechnisches Ergebnis		978.424.515,68		648.202.237,27

(Konsolidiert)	2013		2012	
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	4.457.130,06		9.168.753,68	
2. Sonstige Aufwendungen	92.328.100,14	-87.870.970,08	22.526.940,00	-13.358.186,32
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		890.553.545,60		634.844.050,95
4. Außerordentliche Aufwendungen		-		-
5. Außerordentliches Ergebnis		-		-
6. Jahresüberschuss		890.553.545,60		634.844.050,95
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-822.185.227,33		-675.935.286,62
8. Veränderung der Verlustrücklage		-41.703.199,28		-19.440.484,68
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		26.665.118,99		-60.531.720,35

VBL-Geschäftsbericht 2013.

Anhang.

Angaben zur Rechnungslegung.	84
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.	86
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).	90
Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß §§ 54 bis 56 RechVersV.	92
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).	102
Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.	112
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.	114
Segmentberichte.	121
Segmentberichte.	122
Zuständigkeiten innerhalb des hauptamtlichen Vorstandes.	132
Verwaltungsrat.	133
Vorstand.	134
Bestätigungsvermerk.	136

Alle Versicherungsbereiche der VBL werden in einer konsolidierten Bilanz erfasst. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt. Die VBL arbeitet dabei unter Anwendung stetiger Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Aufgrund der laut Satzung geforderten Trennung der Bereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung werden Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung dieser beiden Bereiche in der Berichterstattung getrennt ausgewiesen.

Angaben zur Rechnungslegung.

Satzungsvorschriften

Nach § 71 der Satzung erstellt die VBL jährlich einen Geschäftsbericht einschließlich eines vollständigen Jahresabschlusses und eines Lageberichts.

Jahresabschluss und Lagebericht werden entsprechend den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL.

Innerhalb des Anstaltsvermögens ist für die Aufgabenbereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung jeweils ein gesonderter Abrechnungsverband mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen zu führen (§ 59 VBLS).

Der Bereich Pflichtversicherung ist in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I – § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II – § 59) zu unterteilen.

Nach § 59 VBLS sind im Versorgungskonto I die Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter in die Abrechnungsverbände West und Ost/Umlage zu unterteilen.

Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) beziehungsweise Gegenwerten (§ 23 a Abs. 5 VBLS, § 23 b Abs. 3 VBLS und § 84 Abs. 4 Satz 1 VBLS i.V.m. § 23 Abs. 2

und 5 nach Nr. 2 des satzungsergänzenden Beschlusses) beruhen, welche aufgrund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet werden. Hierfür sind der Abrechnungsverband Ost/Beitrag und der Abrechnungsverband Gegenwerte eingerichtet.

Auf die freiwillige Versicherung finden seit dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Die Erläuterungen des Anhangs beziehen sich grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt.

Berichterstattung

Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung geltenden Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) in die vorstehend genannten Bereiche untergliedert.

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

Verwaltungskosten

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Seit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 wird das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften angewandt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zugrunde gelegt.

Grundstücke und Gebäude werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten – vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen – angesetzt. Die Abschreibungen werden bei Mietwohnobjekten linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-)gewerblich genutzten Anwesen über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren und bei Garagen über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gemäß § 341 b HGB wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten, bewertet. Zum 31.12.2013 waren keine Investmentanteile dem Anlagevermögen zugeordnet.

Namensschuldverschreibungen werden nach § 341 c HGB zu Nennwerten angesetzt. Agien beziehungsweise Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Bei Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt die Bewertung gemäß § 341 c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten. Etwaige Disagio- und Agiobeträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert.

Zero-Schuldscheinforderungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Abweichend zu den hier beschriebenen Bewertungsmethoden erfolgt bei Wertpapiertauschgeschäften die Bewertung zum Buchwert des hingegenen Finanztitels.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit ihren Zeitwerten bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, zweifelhafte Forderungen angemessen wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Als Nutzungsdauer werden fünf Jahre zugrunde gelegt. Geringwertige Wirtschaftsgüter (GwG) mit einem Anschaffungswert bis 150,00 Euro werden im Jahr des Zugangs sofort voll abgeschrieben. Für GwG mit einem Anschaffungswert von über 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro wird ein entsprechender Sammelposten gebildet. Die Abschreibung erfolgt jeweils zu einem Fünftel im Anschaffungsjahr und in den darauffolgenden vier Wirtschaftsjahren.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit ihren Nennwerten ausgewiesen.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsforderungen aus Inhaberwertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Zinsswapgeschäften ausgewiesen. Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden in Abhängigkeit der jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt. Des Weiteren werden im Voraus gezahlte Verwaltungskosten abgegrenzt, soweit sie Aufwand für die Folgejahre darstellen.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der Technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarie entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten Technischen Geschäftsplänen.

Aus den von den Aktuarie für die kapitalgedeckten Bereiche ermittelten Rohüberschüssen werden zunächst entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten die Verlustrücklagen dotiert. Verbleibende Jahresüberschüsse werden in den Bilanzgewinn eingestellt und entsprechend den durch die Gremien im Folgejahr getroffenen Beschlüssen verwendet.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in den Abrechnungsverbänden West und Ost/Umlage zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung beziehungsweise Entnahme der Jahresergebnisse im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Der Wert dieser Rückstellungen darf die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.

Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte Versorgungskonto II der Pflichtversicherung sowie für die freiwillige Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuarien zu den Stichtagen erstellten versicherungsmathematischen Gutachten.

Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen nach § 23 a VBLS, § 23 b Abs. 1 bis 3 VBLS und § 84 Abs. 4 Satz 1 VBLS i.V.m. § 23 Abs. 2 und 5 nach Nr. 2 des satzungsergänzenden Beschlusses aus beendeten Beteiligungen (Gegenwerte und anteilige Gegenwerte) werden anhand versicherungsmathematischer Gutachten gebildet.

Rückstellungen für Leistungen aus übergeleiteten Versicherungen werden gemäß § 2 b des Überleitungsabkommens gebildet. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Rentenrestlaufzeit von 15 Jahren beziehungsweise nach versicherungsmathematischen Vorgaben fortgeschrieben.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert.

Für zurückzuzahlende Guthaben aus der jährlichen Umlagenabrechnung wird eine Rückstellung in Höhe von 50 Prozent des ermittelten Guthabenbetrages bilanziert.

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung wird jährlich, gemäß Beschluss des Verwaltungsrats, aus dem Bilanzgewinn dotiert und steht für Leistungserhöhungen zur Verfügung.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Januar 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 4,88 Prozent. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,8 Prozent und Rentensteigerungen von jährlich 2,8 Prozent zugrunde gelegt.

Für die Verpflichtung, Pensionären in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen Beihilfen zu gewähren, wurde eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte als prozentualer Aufschlag auf die zurückgestellten Pensionsverpflichtungen.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 3,43 Prozent p.a. und auf der Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für zum Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der VBL.

Sonstige Rückstellungen für Prozesskosten, rückständigen Urlaub, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsverbindlichkeiten, Disaglobeträge aus Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus erhaltene Mietzahlungen abgegrenzt, soweit sie Ertrag für die Folgejahre darstellen.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagegitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2013	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.288	681	–	4	–	538	1.427
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	518.066	6.749	–	1.480	–	11.770	511.565
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	–	–	–	–	–	69
2. Beteiligungen	65.814	–	–	–	–	–	65.814
Summe B. II.	65.883	–	–	–	–	–	65.883
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	13.579.908	7.032.127	–	4.566.729	3.343	44.147	16.004.502
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	208.526	–	–	22.791	5.200	–	190.935
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	28.129	–	–	9.556	–	–	18.573
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	1.385.719	92.432	–	549.965	–	–	928.186
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.651.754	90.060	–	623.628	–	–	1.118.186
Summe B. III.	16.854.036	7.214.619	–	5.772.670	8.543	44.147	18.260.382
Insgesamt	17.439.273	7.222.050	–	5.774.154	8.543	56.455	18.839.256

Davon freiwillige Versicherung.

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2013	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-	-	-	-	-
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	-	-	-	-	-	-	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	890.613	888.633	-	751.990	-	142	1.027.114
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.557	-	-	4.088	15	-	2.484
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	-	-	-	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	147.891	5.030	-	13.566	-	-	139.355
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	34.288	1.775	-	12.287	-	-	23.776
Summe B. III.	1.079.348	895.438	-	781.931	15	142	1.192.728
Insgesamt	1.079.348	895.438	-	781.931	15	142	1.192.728

Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß §§ 54 bis 56 RechVersV.

Die Zeitwerte von Grundstücken sowie grundstücksgleichen Rechten und Bauten entsprechen den Marktwerten zum Zeitpunkt der Bewertung. Die jüngste Bewertung erfolgte per 31. Dezember 2013 nach einem pauschalisierten Verfahren auf Grundlage der Immobilien-Wertermittlungsverordnung (ImmoWertV) im Wesentlichen nach dem Ertragswertverfahren. Für im Bau befindliche Gebäude werden keine Marktwerte bestimmt, sondern die Anschaffungs- und Herstellungskosten berücksichtigt.

Die Zeitwerte von Anteilen an verbundenen Unternehmen entsprechen den Anschaffungskosten. Die Zeitwerte der Beteiligungen werden zum Bilanzstichtag auf Basis des Net-Asset-Value-Verfahrens ermittelt. Die Zeitwertermittlung für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgt anhand des Börsenwertes zum Bilanzstichtag. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sind mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Strukturierte Zinsprodukte sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden nach anerkannten Bewertungsmodellen wie Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White bewertet.

Zeitwerte (Aktiva B. I., II., III.)	Zeitwerte 31.12.2013	Bilanzwerte 31.12.2013	Saldo 31.12.2013	Zeitwerte 31.12.2012	Bilanzwerte 31.12.2012	Saldo 31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.486.247	511.565	974.682	1.369.745	518.066	851.679
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	69	–	69	69	–
2. Beteiligungen	65.814	65.814	–	65.814	65.814	–
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	24.320.249	16.004.503	8.315.746	19.905.584	13.579.909	6.325.675
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	206.959	190.935	16.024	233.770	208.527	25.243
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	18.572	18.572	–	28.129	28.129	–
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	1.118.177	928.186	189.991	1.743.326	1.385.719	357.607
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.280.751	1.118.186	162.565	1.866.003	1.651.754	214.249
Insgesamt	28.496.838	18.837.830	9.659.008	25.212.440	17.437.987	7.774.453

Davon freiwillige Versicherung	Zeitwerte 31.12.2013	Bilanzwerte 31.12.2013	Saldo 31.12.2013	Zeitwerte 31.12.2012	Bilanzwerte 31.12.2012	Saldo 31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	1.462.422	1.027.114	435.308	1.243.060	890.613	352.447
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.825	2.484	341	7.517	6.557	960
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	151.557	139.355	12.202	163.043	147.891	15.151
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	24.669	23.776	893	35.398	34.287	1.111
Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen	1.641.473	1.192.729	448.744	1.449.018	1.079.348	369.670

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 1.154.157 Tsd. € (Vorjahr: 1.039.604 Tsd. €).

Bewertungsreserven der zum Anschaffungswert beziehungsweise zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen:

Sonstige Ausleihungen	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	205.083	377.797	15.092	20.190	+189.991	+357.607
Schuldscheinforderungen und Darlehen	172.576	259.861	10.011	45.612	+162.565	+214.249

Davon freiwillige Versicherung	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	12.371	16.835	169	1.684	+12.202	+15.151
Schuldscheinforderungen und Darlehen	893	1.111	-	-	+893	+1.111

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten C. zum 31. Dezember 2013	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	nicht realisierte Gewinne	nicht realisierte Verluste	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern							
1. Aktienfonds	18.562	2.184	–	1.217	4.835	–	24.364
2. Rentenfonds	7.107	2.101	–	54	36	–	9.190
Insgesamt	25.669	4.285	–	1.271	4.871	–	33.554

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie. Im Berichtsjahr wurden Programmergänzungen und zusätzliche Lizenzen im Rahmen der informationstechnischen Neuausrichtung beschafft.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Von dem Zugang in Höhe von 6.749 Tsd. Euro entfallen 406 Tsd. Euro auf Wohn- und andere Bauten und 6.103 Tsd. Euro auf unfertige Bauten; 240 Tsd. Euro entfallen auf die Verwaltungsgebäude. Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um eigengenutzte Verwaltungsgebäude der VBL. Die Fertigstellung unfertiger Bauten führte zu einer Umbuchung von 20.076 Tsd. Euro und erhöhte somit den Bestand an Wohn- und anderer Bauten. Abgänge bei Wohn- und anderen Bauten gab es in Höhe von 1.481 Tsd. Euro.

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Geschäftsbauten	12.864	13.242
Wohn- und andere Bauten	490.556	482.707
Unfertige Bauten	8.145	22.117
	511.565	518.066

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen umfassen Beteiligungen an den Servicegesellschaften KaServ GmbH, ppp4its GmbH sowie IT-Additional-Services GmbH. Der Ansatz erfolgte jeweils mit den Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts wurde nach § 290 HGB i.V. m. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Anteilsverzeichnis	Anteil	Eigenkapital 31.12.2013	Jahresergebnis 2013
Firma	%	Tsd. €	Tsd. €
KaServ GmbH, Karlsruhe	100	1.831	1.133
IT-Additional-Services GmbH, Karlsruhe	100	707	411
ppp4its GmbH, Karlsruhe	75	216	163

Beteiligungen

Die Beteiligungen umfassen eine Beteiligung an der DEPFA-Beteiligungs-Holding II GmbH sowie einer Beteiligung an der DEPFA-Beteiligungs-Holding III GmbH. Über beide Beteiligungen ist die VBL über weitere Holding-Gesellschaften mittelbar an der Aareal-Bank AG beteiligt. Die Bewertung zum 31.12.2013 erfolgte zu Anschaffungskosten und führte zu keiner Wertveränderung im Vergleich zum Vorjahr.

Angaben gemäß § 285 Nr. 11	Sitz	Anteil	Eigenkapital 31.12.2013	Jahresergebnis 2013
Firma		%	Tsd. €	Tsd. €
DEPFA-Beteiligungs-Holding II GmbH	Düsseldorf	50	105.642	-16

Aktien befanden sich zum Bilanzstichtag nicht im Direktbestand. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Publikums- sowie Spezialfonds in Form von Immobilienfonds (Grundstücksfonds) und Wertpapierfonds. Der Buchwert der Investmentanteile beläuft sich auf 16.004,5 Mio. Euro. Die gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften vorzunehmende Bewertung der Investmentanteile mit dem niedrigeren Marktwert am Stichtag führte zu Abschreibungen von 44,1 Mio. Euro und Zuschreibungen in Höhe von 3,3 Mio. Euro.

Aktien, Investmentanteile

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert	Marktwert	Differenz	Ausschüttungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Grundstücksfonds				
Immobilienfonds Das Investment besteht im Wesentlichen aus Grundstücken und Gebäuden.	1.148	1.179	+31	5
B Wertpapierfonds				
Aktienfonds Das Anlageuniversum der Aktienfondsanlagen orientiert sich an den etablierten Aktienmärkten. Die Fonds profitieren damit von internationalen Renditechancen, mindern jedoch gleichzeitig das Anlagerisiko durch eine breite internationale Streuung.	783	876	+93	-
Rentenfonds Im Rahmen der Rentenfondsanlagen investieren die Fondsmanager in Anlehnung an international ausgerichtete Rentenindizes. Die Anlage erfolgt somit vorzugsweise in festverzinsliche Zinsträger guter bis sehr guter Bonität.	393	410	+17	-
Mischfonds Die Mischfondsanlagen der VBL dienen, ausgehend vom Rentenbestand in der Direktanlage, der Diversifikation in andere Asset-Klassen. Diese sind als Absolute-Return-Produkte ausgestaltet und haben für den Manager das Ziel, eine vereinbarte Benchmark unter Einhaltung von Risikogaben zu übertreffen.	13.541	21.715	+8.174	595
Hedgefonds Die als diversifizierte Dach-Hedgefonds ausgestalteten Hedgefonds-Investitionen der VBL dienen vorrangig dem Zugang zu zukünftigen Investmentopportunitäten.	140	140	-	-

Bei den Immobilienfonds unterliegen sechs Investments mit einem Marktwert von 490,5 Mio. Euro einer Rückzahlungsbeschränkung von 6 Monaten (davon freiwillige Versicherung: 57,3 Mio. Euro). Ein weiteres Investment mit einem Marktwert von 57,1 Mio. Euro unterliegt einer Rückgabefrist von 12 Monaten (davon freiwillige Versicherung: 11,9 Mio. Euro).

Bei den übrigen Investmentanteilen besteht die Möglichkeit einer täglichen Rückgabe.

Der Buchwert der Investmentanteile in der freiwilligen Versicherung beträgt 67,3 Mio. Euro.

Untergliederung nach Anlagezielen – freiwillige Versicherung:

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert	Marktwert	Differenz	Ausschüttungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Immobilienfonds	67	69	+2	2
Aktienfonds	65	75	+10	–
Rentenfonds	32	34	+2	–
Mischfonds	862	1.284	+422	95

Die Anlageschwerpunkte in der freiwilligen Versicherung entsprechen den Beschreibungen zum Gesamtbestand der Investmentanteile.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften vorzunehmende Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere mit dem niedrigeren Marktwert am Stichtag ergab einen Buchwert von 190,9 Mio. Euro. Die Bewertung führte zu Zuschreibungen in Höhe von 5,2 Mio. Euro. Der Nominalwert der Wertpapiere lautet auf 198.409 Tsd. Euro.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Zur Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen wurden an Beteiligte der VBL sowie an Versicherte erstrangige, durch Grundpfandrechte abgesicherte Darlehen vergeben. Die Darlehen an Versicherte werden treuhänderisch von der Postbank AG verwaltet. Die Buchwerte entsprechen den fortgeschriebenen Restforderungen.

Namensschuldverschreibungen wurden zu Nennwerten bilanziert. Bei Wertpapiertauschgeschäften erfolgt die Bewertung des Buchwertes des abgegebenen Finanztitels. Agien beziehungsweise Disagien werden in Höhe von 1,3 Tsd. Euro beziehungsweise 1.831,0 Tsd. Euro unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Sonstige Ausleihungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	928.186	1.385.719
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.118.186	1.651.754
	2.046.372	3.037.473

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	139.355	147.891
Schuldscheinforderungen und Darlehen	23.776	34.287
	163.131	182.178

Der Ausweis umfasst Kapitalanlagen der Versicherten der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung. Im Bestand befinden sich 126.926,920 Anteile an Aktienfonds in Höhe von 24.363,6 Tsd. Euro und 60.842,145 Anteile an Rentenfonds in Höhe von 9.190,8 Tsd. Euro. Die Bewertung erfolgte jeweils zum Zeitwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	57.080	71.312
Forderungen aufgrund von Überleitungen	66	62
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	532.940	504.047
Forderungen nach § 2 b des Überleitungsabkommens	–	421
Rentenzahlungsvorschüsse	347.986	327.011
Sonstige Forderungen	4.815	3.933
	942.887	906.786

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Sonstige Forderungen	–	7
	–	7

Wegen Insolvenz wurden uneinbringliche Forderungen aus Gegenwerten in Höhe von 91,1 Mio. Euro wertberichtigt, gleichzeitig wurden Wertberichtigungen aus Vorjahren in Höhe von 9,8 Mio. Euro ausgebucht.

Eine pauschale Wertberichtigung derjenigen Forderungen aus Gegenwerten, die auf verfallbare Anwartschaften entfallen, bestand in Höhe von 12,2 Mio. Euro.

Die Forderungen aus Rentenvorschüssen betreffen die für den Monat Januar 2014 gezahlten Leistungen.

Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft liegen durchweg unter einem Jahr.

Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	24.154	2.006
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	3.683	9.380
Fällige Mietforderungen	2.856	2.989
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	19	21
Personalvorschüsse	127	145
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	729	533
Verschiedenes	2.899	2.907
	34.467	17.981

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	–	2.000
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	4	–
	4	2.000

Bei Ausschüttungsforderungen handelt es sich um Forderungen aus Investmentfonds in Höhe von 24,1 Mio. Euro. Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken resultieren aus endfälligen Darlehensforderungen sowie aus Zinsforderungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Rückständige Mietforderungen in Höhe von 3.849,2 Tsd. Euro wurden um 993,0 Tsd. Euro pauschal wertberichtigt.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschuldforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent; die vereinbarten Laufzeiten betragen durchschnittlich 25 Jahre.

Die Personalvorschüsse enthalten vorfinanzierte Job-Tickets, die im Folgejahr rätierlich einbehalten werden, sowie im Voraus bezahlte Bezüge.

Die Erstattungsansprüche aus Versicherungen beinhalten Forderungen noch nicht abgerechneter Gebäudeschäden an vermieteten Immobilien.

Die Position Verschiedenes enthält im Wesentlichen Forderungen noch nicht ausgekehrter Tilgungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Der Ausweis umfasst die beweglichen Vermögens- und Einrichtungsgegenstände des Verwaltungsbetriebs und der Mietimmobilien. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Ein weiterer Bestandteil ist eine Anzahlung auf Sachanlagen. Außerdem enthält die Position den in den vermieteten Objekten vorhandenen Bestand an Heizöl. Die Bewertung erfolgt zum Niederstwertprinzip.

Sachanlagen und Vorräte

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	232.941	275.687
Geldmarktkonten	964.318	533.132
	1.197.259	808.819

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	258	7.980
Geldmarktkonten	470.477	281.644
	470.735	289.624

Die Position enthält kurzfristige Gelder in Höhe von 964,3 Tsd. Euro, die auf höherverzinslichen Geldmarktkonten mit täglicher Fälligkeit angelegt wurden.

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	45.626	160.116
Noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	804	978
	46.430	161.094

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	277	433
	277	433

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, Zinsswaps, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden anteilig abgegrenzt.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungen für laufende Projekte, die Aufwand im neuen Jahr darstellen.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

Rücklagen – Verlustrücklage

In den kapitalgedeckten Bereichen des Versorgungskontos II und der freiwilligen Versicherung sind gemäß VBL-Satzung zur Deckung von Fehlbeträgen Verlustrücklagen in Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Rücklagen werden durch Beschluss der Vertretungsorgane auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuarie aus den jährlichen Überschüssen dotiert.

Entwicklung der Verlustrücklage	VBL_{extra}	VBL_{dynamik}	Freiwillige Versicherung	Abrechnungsverband Gegenwerte	Abrechnungsverband Beitrag	Versorgungskonto II	VBL
			Gesamt			Summe	Gesamt
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Stand 31.12.2012	95.338	4.974	100.312	249.988	109.328	359.316	459.628
Entnahmen 2013	–	–	–	83.797	–	83.797	83.797
Zuführungen 2013	37.935	813	38.748	2.907	20.448	23.355	62.103
Stand 31.12.2013	133.273	5.787	139.060	169.098	129.776	298.874	437.934

Das Bilanzergebnis des Jahres 2012 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurde gemäß Verwaltungsratsbeschluss vom 14. November 2013 wie folgt verwendet:

Rücklagen – Bilanzgewinn/
Bilanzverlust

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde der Bilanzverlust in Höhe von 83.953,5 Tsd. Euro vollständig durch eine Entnahme aus der Verlustrücklage in derselben Höhe ausgeglichen.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbandes Ost/Beitrag wurde in Höhe von 1.878,4 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbandes VBLextra der freiwilligen Versicherung wurde in Höhe von 15.770,5 Tsd. Euro in die Verlustrücklage eingestellt. Zudem wurden 3.650,9 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt.

Im Abrechnungsverband VBLdynamik der freiwilligen Versicherung wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 2.122,0 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt.

Aus den Jahresergebnissen 2013 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurden im Abrechnungsverband Ost/Beitrag zusätzlich 18.569,7 Tsd. Euro, im Abrechnungsverband Gegenwerte 15,1 Tsd. Euro und in der freiwilligen Versicherung VBLextra 22.164,3 Tsd. Euro beziehungsweise VBLdynamik 812,9 in die Verlustrücklage eingestellt.

Dem Bilanzgewinn wurden in der freiwilligen Versicherung im Tarif VBLextra 24.512,6 Tsd. Euro beziehungsweise im Tarif VBLdynamik 2.152,6 Tsd. Euro zugeführt.

Die Rückstellung im umlagefinanzierten Bereich der Pflichtversicherung (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen tatsächlich vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Rentenleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Die Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Rückstellungen für
Pflichtleistungen des
Versorgungskontos I

Die Jahresergebnisse der Abrechnungsverbände West und Ost/Umlage wurden der Rückstellung für Pflichtleistungen zugeführt. Sie erhöhte sich im Abrechnungsverband West um 775,3 Mio. Euro und im Abrechnungsverband Ost/Umlage um 46,9 Mio. Euro auf 9.327,4 Mio. Euro beziehungsweise 2.311,5 Mio. Euro.

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	10.816.976	10.142.432
Rückführung aus/ Übertrag auf Versorgungskonto II	-303	-1.391
Zuweisung aus dem Überschuss	822.185	675.935
Stand am Ende des Geschäftsjahres	11.638.858	10.816.976

Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr war die Deckungsrückstellung im Versorgungskonto II Abrechnungsverband Gegenwerte unter Berücksichtigung von unterjährig in Rechnung gestellten Gegenwertforderungen gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31. Dezember 2013 um 28,4 Mio. Euro auf 2.608,8 Mio. Euro zu erhöhen. Im Abrechnungsverband Ost/Beitrag erfolgte gemäß versicherungstechnischer Bilanz eine Erhöhung um 607,9 Tsd. Euro auf 3.444,2 Mio. Euro.

Im Versicherungsbereich VBLextra erhöhte sich die Deckungsrückstellung um 237,6 Mio. Euro auf 1.424,6 Mio. Euro und im Bereich VBLdynamik um 8,2 Mio. Euro auf 58,2 Mio. Euro.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwerte und Ost/Beitrag der Pflichtversicherung sowie für die Versicherungsbereiche der fondsgebundenen Rentenversicherung VBLdynamik und des Punktemodells VBLextra der freiwilligen Versicherung werden auf der Grundlage der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Technischen Geschäftspläne beziehungsweise der geschäftsplanmäßigen Erklärung getrennt und für alle Versicherten und Rentner einzelvertraglich berechnet. Innerhalb jedes Versicherungsbereiches der freiwilligen Versicherung wird wiederum für den Tarif AVB01, für den ab 1. Januar 2004 eingeführten Tarif AVB02 und für den ab 1. Januar 2012 eingeführten Tarif AVB03 getrennt gerechnet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden bei den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwerte und Ost/Beitrag sowie bei allen Tarifen der freiwilligen Versicherung die VBL-spezifischen Rechnungsgrundlagen VBL2010 P verwendet.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte des Versorgungskontos II wird bei der Berechnung der Netto-Deckungsrückstellung als Rechnungszins zur Ermittlung der Renten- und Anwartschaftsbarwerte während der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und während des Rentenbezuges 5,25 Prozent zugrunde gelegt, sofern der Stichtag für den Gegenwert vor dem 1. Januar 2013 lag. Die Deckungsrückstellung für Gegenwerte mit Stichtag ab dem 1. Januar 2013 wird mit einem Rechnungszins von 1,75 Prozent berechnet. Als künftige jährliche Erhöhung der Betriebsrenten wird der Anpassungssatz nach § 39 VBLS berücksichtigt.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Ost/Beitrag wird der Rechnungszins bei der Ermittlung der Netto-Deckungsrückstellung in Höhe von 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles angesetzt. Die in § 39 VBLS vorgesehene jährliche Anpassung der laufenden Renten ist implizit bei der Festsetzung des Rechnungszinses für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles bereits berücksichtigt worden. Demzufolge ergibt sich ab Eintritt des Versorgungsfalles eine erforderliche Verzinsung von rund 6,3 Prozent jährlich. Zur Stärkung hinsichtlich der Rechnungsgrundlage Zins wurde die Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband Ost/Beitrag im Geschäftsjahr 2013 um 18,6 Mio. Euro erhöht.

Die Deckungsrückstellung für die Altersvorsorgezulagen im Abrechnungsverband Ost/Beitrag wird zu den Bedingungen des Tarifs AVB02 der VBLextra berechnet.

Im Versicherungsbereich VBLextra der freiwilligen Versicherung wird die Berechnung der Deckungsrückstellung für alle Versicherten und für alle Rentner einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungskosten durchgeführt. Als Netto-Deckungsrückstellung wird im Tarif AVB01 der jeweils größere einzelvertraglich berechnete Wert nach zwei möglichen Methoden angesetzt. Betrachtet wird dabei die Berechnung mit Rechnungszins 3,25 Prozent für die gesamte Dauer der Versicherung, Dynamisierung der laufenden Renten ab Rentenbeginn um 1 Prozent pro Jahr und unter Einbeziehung der garantierten Leistungen von 75 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen. Dieser Ansatz wird verglichen mit einer Berechnung mit Rechnungszins 3,25 Prozent vor beziehungsweise 5,25 Prozent nach Eintritt des Versorgungsfalles, unter Berücksichtigung von 100 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen jedoch ohne künftige Erhöhungen der laufenden Renten.

Im Tarif AVB02 beträgt der Rechnungszins für die gesamte Vertragslaufzeit 2,75 Prozent, im Tarif AVB03 beträgt er 1,75 Prozent. Im Versicherungsbereich der fondsgebundenen Rentenversicherung VBLdynamik erfolgt die Ermittlung der Garantie-Deckungsrückstellung einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus den eingezahlten Beiträgen. Für den Tarif AVB01 wird die Berechnung der Garantie-Deckungsrückstellung mit einem Rechnungszins von 3,25 Prozent durchgeführt, für den Tarif AVB02 wird mit einem Rechnungszins von 2,75 Prozent und für den Tarif AVB03 mit einem Rechnungszins von 1,75 Prozent gerechnet.

Im Abrechnungsverband VBLextra AVB01 wurde die Deckungsrückstellung zur Stärkung der Rechnungsgrundlage Zins im Geschäftsjahr 2013 um 17,9 Mio. Euro erhöht (kumuliert 37,6 Mio. Euro). Zudem beinhaltet die Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband VBLextra AVB01 und AVB02 eine Rückstellung für zukünftige Eintrittsverluste in Höhe von 3,9 Mio. Euro. Diese Rückstellung wird gebildet, um der biometrischen Entwicklung Rechnung zu tragen, die bei nach Rechnungsgrundlagen der Tarifikalkulation eingehenden Beiträgen (Heubeck 1998) zu Verlusten führen könnte.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet jeweils die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten und beitragsfreie Versicherungen. Die Verwaltungskosten für beitragspflichtige Zeiten werden implizit berücksichtigt.

Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge

Für Gegenwerte von bis zum 31. Dezember 2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt wurden, waren im Versorgungskonto I Rückstellungen zu bilden und fortzuschreiben.

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des § 2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbliebenen Rentenlasten zu entrichten. Diese Ausgleichsbeträge wurden im Versorgungskonto I als Rückstellung eingestellt und werden dort jährlich ergebniswirksam aufgelöst.

Nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS in der bis 9. Oktober 2012 geltenden Fassung zu berechnende anteilige Gegenwerte sowie nicht vollständig einbringliche Gegenwerte sind im Versorgungskonto I in eine Rückstellung einzustellen und jährlich nach versicherungsmathematischer Fortschreibung aufzulösen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für am Bilanzstichtag unerledigte Leistungsanträge ist eine Rückstellung von durchschnittlich 4 Monatsrenten in Höhe von 12,2 Mio. Euro zu bilden. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 113 Tsd. Euro.

Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Für eventuell zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge ist eine Rückstellung in Höhe von 96,5 Mio. Euro zu bilden. Bemessungsgrundlage bildet der aufgrund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Rückzahlungsbetrag der letzten fünf Jahre; die Rückstellung wurde mit 50 Prozent dieses Wertes angesetzt.

Für Beitragserstattungen ist eine weitere Rückstellung in Höhe von 1,8 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Anfang 2014 für das Vorjahr gezahlten Aufwendungen zu bilden.

Zudem besteht eine Rückstellung für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen aus verfallbaren Anwartschaften in Höhe von 48,2 Mio. Euro.

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung dient der Verbesserung oder Erhöhung von Leistungen. Sie wird auf Vorschlag der Aktuare aus dem Bilanzgewinn dotiert. Über ihre Verwendung entscheiden Vorstand und Verwaltungsrat auf weiteren Vorschlag der Aktuare.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

Entwicklung der Rückstellung der Überschussbeteiligung	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versicherung Gesamt	Abrechnungs- verband Gegenwerte	Abrechnungs- verband Ost/Beitrag	Versorgungs- konto II Summe	VBL Gesamt
	€	€	€	€	€	€	€
Bilanzwerte 31.12.2012	7.957.835	1.345.149	9.302.984	45.654.275	7.731.952	53.386.227	62.689.211
Entnahmen 2013							
Erhöhung Deckungsrückstellung durch Bonuspunkte	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen für Gewinnzuschläge	190.478	-	190.478	-	110.297	110.297	300.775
Gutgeschriebene Überschussanteile	-	571.414	571.414	-	-	-	571.414
Beteiligung Bewertungsreserven	3.791.619	55.864	3.847.483	-	-	-	3.847.483
Summe Entnahmen 2013	3.982.097	627.278	4.609.375	-	110.297	110.297	4.719.672
Zuführungen 2013							
Aus Überschuss des Geschäftsjahres	-	-	-	-	-	-	-
Aus Bilanzgewinn Vorjahre	3.650.941	2.121.981	5.772.922	-	-	-	5.772.922
Summe Zuführungen 2013	3.650.941	2.121.981	5.772.922	-	-	-	5.772.922
Bilanzwerte 31.12. 2013	7.626.679	2.839.852	10.466.531	45.654.275	7.621.655	53.275.930	63.742.461
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für Gewinnzuschläge bis zum 31.12.2014 gebunden	1.426.552	-	1.426.552	-	250.000	250.000	1.676.522
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für noch nicht zugeteilte gutgeschriebene Überschussanteile beziehungsweise Bonuspunkte gebunden	-	610.894	610.894	-	-	-	610.894
§ 28 (8)2.d RechversV für bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven gebunden	1.387.692	193.732	1.581.424	-	-	-	1.581.424
§ 28 VIII 2. h) RechVersV ungebundener Teil RfB	4.812.465	2.035.226	6.847.692	45.654.275	7.371.655	53.025.930	59.873.621

Versicherungstechnische Rückstellungen, soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung in der freiwilligen Versicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden zum Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellung wird gebildet für Pensionsanwartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die Bewertung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Als Einkommens- und Rententrend wurden 2,80 Prozent zugrunde gelegt. Die Abzinsung wurde mit dem von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz (4,88 Prozent) bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren vorgenommen. Die Bewertung zum 31. Dezember 2013 führte zu einer Erhöhung der Rückstellung um 227,4 Tsd. Euro.

Die Rückstellung für die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an (zukünftige) Pensionäre belief sich im Berichtsjahr auf 706,8 Tsd. Euro. Die Berechnung wurde aus den an Versorgungsempfänger gezahlten Beihilfen im Verhältnis zu den Versorgungsbezügen abgeleitet.

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Prozesskosten sowie für Jubiläumszuwendungen und noch nicht verteilte Leistungszusagen waren im Berichtsjahr zu erhöhen, während die Rückstellungen für rückständige Urlaubsverpflichtungen, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen jeweils zu niedrigeren Ansätzen führten oder auf Vorjahresniveau lagen. In den sonstigen Rückstellungen ist in Höhe von 144.270 Euro auch eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten enthalten.

Verbindlichkeiten aus dem
Versicherungsgeschäft

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	4.170	481
Im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	73	76
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Versicherungsfällen ¹	5.035	4.173
	9.278	4.730

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	199	297
	199	297

¹ Einschließlich 2.554 Tsd. Euro gegenüber Krankenkassen

Umlagen- und Sanierungsgeldguthaben aus der Jahresrechnung 2012 sind auf Anforderung der beteiligten Arbeitgeber in Höhe von 3,9 Mio. Euro zurückzuzahlen. Im Bereich der freiwilligen Versicherung bestehen Verbindlichkeiten aus überzahlten Beiträgen in Höhe von 199,3 Tsd. Euro.

Für das Abrechnungsjahr 2013 im Voraus erhaltene Umlagezahlungen waren mit 73,1 Tsd. Euro abzugrenzen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Langfristige Baudarlehen	30	33
Aufwendungsdarlehen	282	487
Mieterkautionen und -darlehen	13	14
Bebauung von Grundstücken	148	106
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	4.487	4.876
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.151	1.436
Sicherheiten für Gewährleistungen	126	94
Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung	5.184	3.067
Verschiedenes	18.681	21.293
	30.102	31.406

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2013	31.12.2012
	Tsd. €	Tsd. €
Verbindlichkeiten für nicht zuordenbare Beitrags- und Zulagezahlungen	5.184	3.066
	5.184	3.066

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden.

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms wurde der VBL außerdem ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von ursprünglich 2.935 Tsd. Euro gewährt; der derzeitige Stand der Verbindlichkeit beträgt 282,0 Tsd. Euro.

Die Position Verschiedenes enthält Verbindlichkeiten aus der erhaltenen Anzahlung eines Immobilienverkaufs in Höhe von 4.000,0 Tsd. Euro. Des Weiteren bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.432,4 Tsd. Euro aus im Voraus bezahlten Ausgleichsbeträgen und Teil-Gegenwerten.

Steuern in Höhe von 450,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 441,3 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 6.522,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 6.820,6 Tsd. Euro) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die grundpfandrechtlich abgesicherten Verbindlichkeiten belaufen sich insgesamt auf 311,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 520,4 Tsd. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.431,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 182,6 Tsd. Euro); sie werden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die in der freiwilligen Versicherung ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten betragen 5.184,4 Tsd. Euro. Es handelt sich im Wesentlichen um Beitragszahlungen, die wegen fehlender oder unvollständiger Vertragsangaben am Bilanzstichtag keinem Vertrag zuzuordnen waren. In der Pflichtversicherung bestehen mit ähnlicher Ursache sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 3.247,5 Tsd. Euro.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeitspiegel 2013	Gesamtbetrag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
E.I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	9.278.352,98	9.278.352,98	-	-
E.II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-
E.III. Sonstige Verbindlichkeiten				
- langfristige Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen	311.677,42	221.129,14	77.786,89	12.761,39
- Übrige sonstige Verbindlichkeiten	29.790.790,25	29.790.790,25	-	-
Summe E.III.	30.102.467,67	30.011.919,39	77.786,89	12.761,39
Insgesamt	39.380.820,65	39.290.272,37	77.786,89	12.761,39

Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps wurden in Höhe von 16.984,7 Tsd. Euro abgegrenzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagien aus Namensschuldverschreibungen betragen zum Bilanzstichtag 1.830,9 Tsd. Euro. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beläuft sich auf 254,9 Tsd. Euro.

Die im Voraus erhaltenen Mieten betragen 955,8 Tsd. Euro.

Sonstige Angaben

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt.

Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

Derivative Finanzinstrumente in Tsd. Euro.

VBL Gesamt	Anzahl		Nominalwert		Buchwert				Marktwert				Bilanzposition	
	2013	2012	2013	2012	Aktiva		Passiva		positiv		negativ			
					2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012		
Zinsbezogene Geschäfte														Aktiva: F. I.
Receiver- und Payer-Swaps	53	61	2.144.300	2.354.300	20.463	28.063	17.046	21.274	94.998	176.534	-62.701	-132.295		Passiva: F.

Davon freiwillige Versicherung	Anzahl		Nominalwert		Buchwert				Marktwert				Bilanzposition	
	2013	2012	2013	2012	Aktiva		Passiva		positiv		negativ			
					2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012		
Zinsbezogene Geschäfte														Aktiva: F. I.
Receiver- und Payer-Swaps	4	5	8.000	10.000	175	258	61	81	339	687	-	-196		Passiva: F.

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White) zugrunde. Nennenswerte Einflussgrößen der Bewertungsmodelle sind unter anderem Zinssätze, Swap-Rates, Swaptions, implizite Volatilitäten, Wechselkurse, Rohstoffpreise (Quelle: Bloomberg).

Bewertungseinheiten

Die VBL ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Zinsrisiken ausgesetzt. Deren Absicherung erfolgt durch den Einsatz von OTC-Zinsswaps. Ihr Einsatz erfolgt nach einheitlichen Richtlinien, unterliegt strengen internen Kontrollen und bleibt mit wertmäßig geringen Ausnahmen auf die Absicherung des operativen Geschäfts der VBL sowie der damit verbundenen Geldanlagen und Finanzierungsvorgänge beschränkt.

Zur Absicherung von Grundgeschäften werden Zinsswaps auf Mikro- und Macro-Hedge-Basis eingesetzt. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler beziehungsweise fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die so genannte Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet. Die in die Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte weisen hochgradig homogene Risiken auf. Entsprechend ist zu erwarten, dass sich die gegenläufigen Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte in der Zukunft für das jeweils gesicherte Risiko nahezu vollständig ausgleichen und die Sicherungsbeziehungen hoch effektiv sind (Critical-Term-Match-Methode).

Es wurden Bewertungseinheiten in folgenden Größenordnungen gebildet:

Nominal		Marktwert Sicherungsgeschäft		Marktwert Grundgeschäfte		Marktwert Sicherungsgeschäft und Grundgeschäfte		Zu bildende Drohverluste ohne Bewertungseinheiten (Swaps mit negativen Bewertungseinheiten)	
2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1.014,30	1.153,30	88,93	86,54	42,82	154,24	131,75	240,78	-	-132,29

Aufgrund einer Gebietsreform wurde der bei der VBL beteiligte Landkreis Hannover zum 1. November 2001 aufgelöst. Die dort bisher pflichtversicherten Arbeitnehmer sind auf die bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) beteiligte „Region Hannover“ übergegangen. Außerdem sind in diesem Zusammenhang weitere bisher bei der VBL beteiligte Arbeitgeber zum 1. Januar 2003 auf bei der ZVK beteiligte Einrichtungen übergegangen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Anstelle einer Verpflichtung nach § 2b des bis 31. Dezember 2001 geltenden Überleitungsabkommens zur Erstattung eines Barwertes für künftige Renten in Höhe von rund 118 Mio. Euro wurde mit der ZVK für diese Fälle eine jährliche Erstattung der von der VBL verauslagten Rentenleistungen vereinbart. Die sich hieraus ergebende Restverpflichtung beträgt rund 6,2 Mio. Euro.

Zur Sicherung von Verbindlichkeiten einer Kapitalanlagegesellschaft wurden Schuldscheinforderungen in Höhe von 116,0 Mio. Euro (Vorjahr: 126,0 Mio. Euro) verpfändet beziehungsweise abgetreten.

Haftungsverhältnisse

Aus heutiger Sicht wird mit einer Inanspruchnahme aufgrund der Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten nicht gerechnet.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.**Übersicht über die Positionen der versicherungstechnischen Rechnung.**

Umlagen und Beiträge

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Pflichtversicherung		
Umlagen Abrechnungsverband West (einschließlich Sanierungsgeld)	4.817.506	4.748.929
Umlagen Abrechnungsverband Ost	185.541	181.917
Beiträge Abrechnungsverband Ost	531.886	541.404
Pflichtversicherung gesamt	5.534.933	5.472.250
Freiwillige Versicherung		
Beiträge aus VBLextra	188.574	182.788
Beiträge aus VBLdynamik	9.131	9.023
Freiwillige Versicherung gesamt	197.705	191.811
Insgesamt	5.732.638	5.664.061

Bei den dargestellten Beiträgen handelt es sich um laufende Beiträge. Einmalbeiträge liegen nicht vor.

Der im umlagefinanzierten Abrechnungsverband West erhobene Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,0 Prozent der jährlich um 1 Prozent dynamisierten zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten des Jahres 2001. Im Abrechnungsverband Ost/Umlage betrug der Umlagesatz 1 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben der Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Der Beitragssatz beträgt seit dem Jahr 2010 4,0 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Die Fortschreibung zurückgestellter Gegenwerte und Ausgleichsbeträge führte zu einer Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 25,8 Mio. Euro.

Erträge aus Beteiligungen

Im Berichtsjahr wurden Ausschüttungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von brutto 700,0 Tsd. Euro vereinnahmt. Anzurechnende Kapitalertragsteuern und Solidaritätsbeiträge werden in Höhe von 110,8 Tsd. Euro bei den Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen.

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
Fremdverwaltete Objekte	106.213	106.678
Eigenverwaltete Objekte	13.053	13.649
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.243	2.169
	121.509	122.496

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Ausgewiesen werden die Brutto-Mieterträge aus vermieteten Immobilienobjekten. Die Mieten für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude werden aus dem Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	602.140	487.746
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.464	7.094
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.216	1.939
Namensschuldverschreibungen	43.962	57.533
Schuldscheinforderungen und Darlehen	71.713	180.714
	725.495	735.026

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	96.849	75.504
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	63	204
Namensschuldverschreibungen	5.647	6.763
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.775	1.744
	104.334	84.215

Gewinne aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	33.918	28.515
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	18.289	34.444
Namenschuldverschreibungen	17.315	–
Inhaberschuldverschreibungen	3.180	–
Übrige	747	–
	73.449	62.959

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	1.781	6.270
Inhaberschuldverschreibungen	436	–
	2.217	6.270

Nicht realisierte Gewinne
aus Kapitalanlagen

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen ergeben sich aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern.

Sonstige versicherungs-
technische Erträge

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	1.583	875
Zinsen für nachentrichtete und zu spät gezahlte Umlage	4.895	4.307
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	369	222
Übrige Erträge	96.849	13.056
	103.696	18.460

Bei den übrigen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um im Geschäftsjahr erhobene Gegenwertforderungen in Höhe von 96.849 Tsd. Euro, die wegen Insolvenz in vollem Umfang wertberichtigt wurden.

Zahlungen für
Versicherungsfälle

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	4.117.413	4.066.277
An Hinterbliebene	578.775	566.263
	4.696.188	4.632.540
Abfindungen	7.167	7.660
Beitrags- und Umlageerstattungen	6.848	6.287
	4.710.203	4.646.487
Abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen (§ 50 VBLS)	471	248
	4.709.734	4.646.239

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	5.720	4.074
An Hinterbliebene	150	122
	5.870	4.196
Abfindungen	23	37
	5.893	4.233

Aufgrund gestiegener Anzahl der Leistungsbezieher und jährlicher Rentenanpassung von 1 Prozent erhöhten sich die Rentenleistungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,4 Prozent.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden waren unter Einbeziehung zusätzlicher Stärkungen hinsichtlich Zinsrisiken laut versicherungsmathematischer Gutachten um insgesamt 859.856,6 Tsd. Euro zu erhöhen. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 253.612,6 Tsd. Euro.

Die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen resultiert aus der Verminderung der Rückstellung für zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge in Höhe von 9,4 Mio. Euro.

Veränderung der übrigen
versicherungstechnischen
Rückstellungen

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Verwaltung von Versicherungsfällen, Versicherungsverträgen und Kapitalanlagen zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Versicherungsfälle beziehungsweise Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für Immobilien		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	34.390	37.062
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	4.005	4.171
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	18.387	21.853
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	155	170
	56.937	63.256
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	135	386
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	214	503
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Investmentteilen und Beteiligungen	305	102
	654	988
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	3.715	3.796
	61.306	68.043

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Investmentteilen und Beteiligungen	42	–
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	138	102
	180	102

Abschreibungen
auf Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Grundstücke	11.770	11.666
Finanzanlagen	44.147	135.312
Niederschlagungen beziehungsweise Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	689	563
	56.606	147.541

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Finanzanlagen	142	3
	142	3

Die linearen Abschreibungen auf Gebäude betragen 11,8 Mio. Euro.

Investmentanteile wurden mit 44,1 Mio. Euro auf den niedrigeren Zeitwert am Bilanzstichtag abgeschrieben bei gleichzeitiger Zuschreibung von 3,3 Mio. Euro.

Aus dem Verkauf von Fondsanteilen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen waren im Berichtsjahr Verluste in Höhe von 43,0 Mio. Euro zu verzeichnen; der Anteil in der freiwilligen Versicherung beträgt 1,2 Mio. Euro.

Verluste aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	4.878	13.401
Von der VBL geleistete Beträge gemäß § 2b des Überleitungsabkommens	118	–
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	145	146
Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	7.461	59.803
	12.602	73.350

Sonstige versicherungs-
technische Aufwendungen

Von den sonstigen Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich entfallen 4,9 Mio. Euro auf Aufwendungen im Zusammenhang mit Versorgungsausgleichsfällen. Wertstellungszinsen aus der Rückerstattung vorläufig gezahlter Abschlagszahlungen sind in Höhe von 4,2 Mio. Euro enthalten.

Sonstige Erträge

Positionen der nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	1.241	2.992
Erträge aus der Verminderung der Urlaubsrückstellung	7	–
Erträge aus der Verminderung der Pensionsrückstellung	59	217
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Altersteilzeit	2.592	1.356
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Jubiläumswendung	–	2
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Überstunden	69	30
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Beihilfe	–	58
Erträge aus der Verminderung sonstiger Rückstellungen	–	24
Erträge aus der Verminderung der Prozesskostenrückstellung	–	1.549
Erträge aus der Verminderung der Forderungen aus der Grundstücks- und Vermögensverwaltung	–	225
Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	272	732
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	137	163
Übrige Erträge	80	1.821
	4.457	9.169

Davon freiwillige Versicherung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	72	152
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	99	91
	171	243

Die Position Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung enthält Zinserträge aus Geldmarktkonten in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Die Verminderung von nichtversicherungstechnischen Rückstellungen wirkt sich mit 2,7 Mio. Euro aus.

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	91.620	21.681
Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	161	225
Übrige Aufwendungen	547	621
	92.328	22.527

Sonstige Aufwendungen

Die Position Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich beinhaltet wertberichtigte Gegenwertforderungen infolge Insolvenz in Höhe von 91,1 Mio. Euro (Vorjahr: 16,3 Mio. Euro).

Zinsanteile aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen und der Altersteilzeitrückstellungen sind mit 286,1 Tsd. Euro beziehungsweise 206,3 Tsd. Euro in den übrigen Aufwendungen enthalten.

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Jahresüberschuss

Die versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Rechnung führte im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 822.185,2 Tsd. Euro. Der Überschuss wurde den Rückstellungen für Pflichtleistungen zugeführt. Auf den Abrechnungsverband West entfallen dabei 775.289,3 Tsd. Euro und auf den Abrechnungsverband Ost/Umlage 46.895,9 Tsd. Euro (siehe Segmentberichterstattung).

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Segmentberichte.

Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche Pflichtversicherung beziehungsweise freiwillige Versicherung auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I beziehungsweise II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost/Umlage beziehungsweise Gegenwerte und Ost/Beitrag differenziert.

Segmentberichte.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung					
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Ost/Beitrag	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
€	€	€	€	€	€	
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.426.268,00	1.287.166,50	–	–	–	–
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	511.564.535,88	518.065.915,03	–	–	–	–
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00	68.750,00	–	–	–	–
2. Beteiligungen	65.813.748,12	65.813.748,12	–	–	–	–
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	10.318.235.816,65	8.586.225.782,21	1.606.406.210,12	1.567.266.947,27	3.052.746.575,78	2.535.803.285,53
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90.000.000,00	101.517.388,04	95.467.420,00	92.280.796,00	2.984.490,00	8.171.818,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	18.572.479,31	28.128.829,92	–	–	–	–
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	260.043.772,88	678.730.348,08	277.737.633,53	232.269.650,18	251.049.862,88	326.827.619,09
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	710.582.159,67	1.163.344.497,37	263.828.068,43	334.122.011,48	120.000.000,00	120.000.000,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	–	–	–	–	–	–
D. Forderungen						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	414.332.869,35	403.645.772,29	527.529.280,16	502.094.762,92	1.024.569,35	1.038.040,32
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	9.656.502,73	12.137.323,17	19.806.221,51	3.843.714,38	5.000.048,45	30,53
2. Interne Verrechnungen Forderungen innerhalb der Abrechnungsverbände	100,00	491.819,03	8.674.350,65	176.027,21	2.101.738,20	–
E. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte	6.220.798,15	4.299.031,54	–	–	–	–
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	516.301.122,94	389.662.112,25	57.423.941,73	72.224.580,69	152.798.907,83	57.308.179,41
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	34.094.216,19	105.218.118,16	9.766.866,89	34.983.835,91	2.291.461,31	20.459.312,40
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2.984.668,79	2.540.864,34	1.029,36	2.199,81	–	–
Summe der Aktiva	12.959.897.808,66	12.061.177.466,05	2.866.641.022,38	2.839.264.525,85	3.589.997.653,80	3.069.608.285,28

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
€	€	€	€	€	€	€	€
-	-	1.426.268,00	1.287.166,50	-	-	1.426.268,00	1.287.166,50
-	-	511.564.535,88	518.065.915,03	-	-	511.564.535,88	518.065.915,03
-	-	68.750,00	68.750,00	-	-	68.750,00	68.750,00
-	-	65.813.748,12	65.813.748,12	-	-	65.813.748,12	65.813.748,12
1.027.114.132,51	890.612.934,24	16.004.502.735,06	13.579.908.949,25	-	-	16.004.502.735,06	13.579.908.949,25
2.483.559,00	6.556.604,85	190.935.469,00	208.526.606,89	-	-	190.935.469,00	208.526.606,89
-	-	18.572.479,31	28.128.829,92	-	-	18.572.479,31	28.128.829,92
139.354.998,94	147.891.237,35	928.186.268,23	1.385.718.854,70	-	-	928.186.268,23	1.385.718.854,70
23.775.907,94	34.287.418,66	1.118.186.136,04	1.651.753.927,51	-	-	1.118.186.136,04	1.651.753.927,51
33.554.436,71	25.669.488,30	33.554.436,71	25.669.488,30	-	-	33.554.436,71	25.669.488,30
20,00	7.000,48	942.886.738,86	906.785.576,01	-	-	942.886.738,86	906.785.576,01
4.623,95	2.000.182,52	34.467.396,64	17.981.250,60	-	-	34.467.396,64	17.981.250,60
1.034.592,51	638.806,73	11.810.781,36	1.306.652,97	11.810.781,36	1.306.652,97	-	-
-	-	6.220.798,15	4.299.031,54	-	-	6.220.798,15	4.299.031,54
470.734.840,04	289.623.938,48	1.197.258.812,54	808.818.810,83	-	-	1.197.258.812,54	808.818.810,83
277.030,85	432.503,81	46.429.575,24	161.093.770,28	-	-	46.429.575,24	161.093.770,28
-	-	2.985.698,15	2.543.064,15	-	-	2.985.698,15	2.543.064,15
1.698.334.142,45	1.397.720.115,42	21.114.870.627,29	19.367.770.392,60	11.810.781,36	1.306.652,97	21.103.059.845,93	19.366.463.739,63

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung					
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Ost/Beitrag	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
I. Verlustrücklage	-	-	169.097.701,00	249.987.783,00	129.776.191,00	109.328.054,00
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-	-	-	-83.953.538,00	-	1.878.437,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	9.327.364.306,67	8.552.377.508,45	-	-	-	-
2. Abrechnungsverband Ost	2.311.494.037,79	2.264.598.098,47	-	-	-	-
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	-	-	2.608.786.039,00	2.580.428.085,00	3.444.181.510,00	2.836.281.035,00
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.117.070.055,62	1.030.099.477,04	-	-	-	-
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	11.738.996,00	12.065.490,00	237.232,00	214.055,00	144.326,00	120.455,00
IV. Rückstellung für Beitragsersatzungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	99.636.836,15	119.902.371,49	39.199.651,80	45.327.866,10	7.700.000,00	2.600.000,00
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-	45.654.275,00	45.654.275,00	7.621.655,00	7.731.952,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern	-	-	-	-	-	-
D. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.842.577,00	6.467.322,00	-	-	-	-
II. Sonstige Rückstellungen	20.098.519,00	20.848.831,00	-	-	-	-
E. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	9.050.336,54	4.407.758,16	1.919,26	-	24.956,34	24.307,56
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	40,00	-	-	-	109.887.727,62
III. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	22.620.755,59	27.914.856,61	2.295.653,58	51.398,50	1.620,49	373.306,46
2. Interne Verrechnungen Verbindlichkeiten innerhalb der Abrechnungsverbände	11.807.332,34	638.806,73	3.449,02	-	-	667.846,24
F. Rechnungsabgrenzungsposten	22.174.055,96	21.856.906,10	1.365.101,72	1.554.601,25	547.394,97	715.164,40
Summe der Passiva	12.959.897.808,66	12.061.177.466,05	2.866.641.022,38	2.839.264.525,85	3.589.997.653,80	3.069.608.285,28

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
€	€	€	€	€	€	€	€
139.060.327,81	100.312.588,30	437.934.219,81	459.628.425,30	-	-	437.934.219,81	459.628.425,30
26.665.118,99	21.543.380,65	26.665.118,99	-60.531.720,35	-	-	26.665.118,99	-60.531.720,35
-	-	9.327.364.306,67	8.552.377.508,45	-	-	9.327.364.306,67	8.552.377.508,45
-	-	2.311.494.037,79	2.264.598.098,47	-	-	2.311.494.037,79	2.264.598.098,47
1.482.773.117,49	1.237.045.451,18	7.535.740.666,49	6.653.754.571,18	-	-	7.535.740.666,49	6.653.754.571,18
-	-	1.117.070.055,62	1.030.099.477,04	-	-	1.117.070.055,62	1.030.099.477,04
113.000,00	87.500,00	12.233.554,00	12.487.500,00	-	-	12.233.554,00	12.487.500,00
-	-	146.536.487,95	167.830.237,59	-	-	146.536.487,95	167.830.237,59
10.466.530,93	9.302.983,92	63.742.460,93	62.689.210,92	-	-	63.742.460,93	62.689.210,92
-	-	-	-	-	-	-	-
33.554.436,71	25.669.488,30	33.554.436,71	25.669.488,30	-	-	33.554.436,71	25.669.488,30
-	-	6.842.577,00	6.467.322,00	-	-	6.842.577,00	6.467.322,00
-	-	20.098.519,00	20.848.831,00	-	-	20.098.519,00	20.848.831,00
201.140,84	297.991,31	9.278.352,98	4.730.057,03	-	-	9.278.352,98	4.730.057,03
-	-	-	109.887.767,62	-	-	-	109.887.767,62
5.184.438,01	3.066.448,66	30.102.467,67	31.406.010,23	-	-	30.102.467,67	31.406.010,23
-	-	11.810.781,36	1.306.652,97	11.810.781,36	1.306.652,97	-	-
316.031,67	394.283,10	24.402.584,32	24.520.954,85	-	-	24.402.584,32	24.520.954,85
1.698.334.142,45	1.397.720.115,42	21.114.870.627,29	19.367.770.392,60	11.810.781,36	1.306.652,97	21.103.059.845,93	19.366.463.739,63

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Pflichtversicherung			
	Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	2013	2012	2013	2012
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	5.003.047.621,49	4.930.845.676,28	4.817.506.155,64	4.748.929.030,48
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	25.843.765,54	12.746.953,17	26.426.432,80	13.679.835,45
c) Erträge aus Überleitungen	371.651,48	396.156,09	371.651,48	396.156,09
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	–	–
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	700.000,00	600.000,00	700.000,00	600.000,00
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	121.509.024,85	122.495.723,19	121.509.024,85	122.495.723,19
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	393.079.603,91	446.697.577,56	393.079.603,91	446.697.577,56
c) Erträge aus Zuschreibungen	2.764.380,05	49.184.573,56	2.764.380,05	49.184.573,56
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	58.202.443,52	42.415.028,32	58.202.443,52	42.415.028,32
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–	-85.324.583,50	-105.906.408,02
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	–	–	–	–
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	97.330.819,24	13.579.187,39	97.328.107,86	13.565.255,21
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Leistungen	4.581.761.279,99	4.538.202.458,28	4.370.576.988,11	4.361.080.591,65
bb) Verwaltungsaufwendungen	40.465.443,12	43.642.150,32	35.308.109,48	38.916.981,98
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-438.494,00	-16.469.237,00	-491.109,00	-14.012.698,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	216.934,70	187.500,39	216.934,70	187.500,39
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	–	–	–	–
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-14.500.000,00	47.681.371,49	-16.300.000,00	46.881.371,49
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	36.803.703,11	39.637.236,35	31.774.237,61	34.031.311,04
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	60.610.076,40	67.243.147,11	60.189.537,43	66.828.208,77
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	53.673.277,89	146.355.826,00	53.673.277,89	146.355.826,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	27.764.354,23	46.333.938,05	27.764.354,23	46.333.938,05
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	–	–	–	–
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	5.669.664,69	15.932.677,32	5.623.219,32	15.624.933,88
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+910.823.069,95	+690.213.807,25	+864.227.666,84	+589.828.806,59
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	3.654.430,07	8.096.095,79	3.329.421,86	7.724.549,02
2. Sonstige Aufwendungen	92.292.272,69	22.374.616,42	92.267.800,69	22.197.326,59
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+822.185.227,33	+675.935.286,62	+775.289.288,01	+575.356.029,02
4. Außerordentliche Aufwendungen	–	–	–	–
5. Außerordentliches Ergebnis	–	–	–	–
6. Jahresüberschuss	+822.185.227,33	+675.935.286,62	+775.289.288,01	+575.356.029,02
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-822.185.227,33	-675.935.286,62	-775.289.288,01	-575.356.029,02
8. Veränderung der Verlustrücklage	–	–	–	–
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	–	–	–	–

Pflichtversicherung								
Versorgungskonto I – Ost/Umlage		Versorgungskonto II – gesamt		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Ost/Beitrag		
2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	
€	€	€	€	€	€	€	€	€
185.541.465,85	181.916.645,80	531.885.634,64	541.403.960,83	-	-	531.885.634,64	541.403.960,83	
-582.667,26	-932.882,28	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	110.297,00	78.584,67	-	-	110.297,00	78.584,67	
-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	228.080.539,63	204.113.116,04	94.883.163,96	119.844.912,65	133.197.375,67	84.268.203,39	
-	-	5.764.315,68	240.136,75	5.645.278,12	119.747,01	119.037,56	120.389,74	
-	-	13.029.778,73	14.274.047,80	921.864,08	4.184.903,48	12.107.914,65	10.089.144,32	
85.324.583,50	105.906.408,02	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	
2.711,38	13.932,18	6.365.298,40	4.880.846,05	6.361.569,01	4.868.387,70	3.729,39	12.458,35	
211.184.291,88	177.121.866,63	122.078.282,34	103.802.906,55	99.199.636,21	87.131.557,59	22.878.646,13	16.671.348,96	
5.157.333,64	4.725.168,34	4.033.583,14	3.334.895,14	843.248,63	824.548,05	3.190.334,51	2.510.347,09	
52.615,00	-2.456.539,00	64.048,00	-521.763,00	40.177,00	-382.302,00	23.871,00	-139.461,00	
-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	606.243.962,00	599.295.299,00	-1.656.513,00	-4.059.799,00	607.900.475,00	603.355.098,00	
1.800.000,00	800.000,00	5.100.000,00	46.619.866,10	-	45.319.866,10	5.100.000,00	1.300.000,00	
5.029.465,50	5.605.925,31	5.345.582,46	5.373.372,67	1.194.873,18	1.130.447,23	4.150.709,28	4.242.925,44	
420.538,97	414.938,34	516.912,29	694.993,59	165.625,20	146.106,12	351.287,09	548.887,47	
-	-	2.790.656,88	1.182.195,14	902.815,94	1.063.157,58	1.887.840,94	119.037,56	
-	-	14.001.895,51	28.213.617,29	287.934,03	24.422.084,30	13.713.961,48	3.791.532,99	
-	-	-	-	-	-	-	-	
46.445,37	307.743,44	6.932.226,95	57.417.648,70	6.927.387,13	57.364.538,16	4.839,82	53.110,54	
+46.595.403,11	+100.385.000,66	+18.128.714,51	-80.422.339,04	-93.309,15	-83.942.253,29	18.222.023,66	+3.519.914,25	
325.008,21	371.546,77	631.389,22	829.435,08	274.492,11	179.040,44	356.897,11	650.394,64	
24.472,00	177.289,83	34.185,73	135.347,04	24.964,96	115.012,15	9.220,77	20.334,89	
+46.895.939,32	+100.579.257,60	+18.725.918,00	-79.728.251,00	+156.218,00	-83.878.225,00	+18.569.700,00	+4.149.974,00	
-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	
+46.895.939,32	+100.579.257,60	+18.725.918,00	-79.728.251,00	+156.218,00	-83.878.225,00	+18.569.700,00	+4.149.974,00	
-46.895.939,32	-100.579.257,60	-	-	-	-	-	-	
-46.895.939,32	-	-	-2.346.850,00	-156.218,00	-75.313,00	-18.569.700,00	2.271.537,00	
-	-	-	-82.075.101,00	-	-83.953.538,00	-	+1.878.437,00	

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Freiwillige Versicherung	
	2013	2012
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	197.705.141,71	191.811.373,94
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	-	-
c) Erträge aus Überleitungen	-	-
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	4.609.375,41	2.527.021,36
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	-	-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	-	-
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	104.334.406,89	84.215.264,51
c) Erträge aus Zuschreibungen	14.829,15	4.233.901,65
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.216.693,30	6.269.674,41
e) Verrechnungskonto West – Ost	-	-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	4.870.481,81	2.544.465,86
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	-	-
6. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	5.893.957,93	4.233.455,82
bb) Verwaltungsaufwendungen	382.849,35	280.121,05
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	25.500,00	-95.700,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	75.300,83	50.993,38
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	253.612.614,72	246.073.968,74
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-	-
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	2.732.590,04	2.246.557,51
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	179.389,70	104.845,03
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	141.848,60	3.029,43
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.234.145,88	293.661,71
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	-	-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-	-
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+49.472.731,22	+38.410.769,06
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	171.310,77	243.222,81
2. Sonstige Aufwendungen	1.641,72	16.976,54
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+49.642.400,27	+38.637.015,33
4. Außerordentliche Aufwendungen	-	-
5. Außerordentliches Ergebnis	-	-
6. Jahresüberschuss	+49.642.400,27	+38.637.015,33
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-	-
8. Veränderung der Verlustrücklage	-22.977.281,28	-17.093.634,68
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	+26.665.118,99	+21.543.380,65

Summen Segmentberichte		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
2013	2012	2013	2012	2013	2012
€	€	€	€	€	€
5.732.638.397,84	5.664.061.011,05	-	-	5.732.638.397,84	5.664.061.011,05
25.843.765,54	12.746.953,17	-	-	25.843.765,54	12.746.953,17
371.651,48	396.156,09	-	-	371.651,48	396.156,09
4.719.672,41	2.605.606,03	-	-	4.719.672,41	2.605.606,03
700.000,00	600.000,00	-	-	700.000,00	600.000,00
121.509.024,85	122.495.723,19	-	-	121.509.024,85	122.495.723,19
725.494.550,43	735.025.958,11	-	-	725.494.550,43	735.025.958,11
8.543.524,88	53.658.611,96	-	-	8.543.524,88	53.658.611,96
73.448.915,55	62.958.750,53	-	-	73.448.915,55	62.958.750,53
-	-	-	-	-	-
4.870.481,81	2.544.465,86	-	-	4.870.481,81	2.544.465,86
103.696.117,64	18.460.033,44	-	-	103.696.117,64	18.460.033,44
4.709.733.520,26	4.646.238.820,65	-	-	4.709.733.520,26	4.646.238.820,65
44.881.875,61	47.257.166,51	-	-	44.881.875,61	47.257.166,51
-348.946,00	17.086.700,00	-	-	-348.946,00	17.086.700,00
292.235,53	238.493,77	-	-	292.235,53	238.493,77
859.856.576,72	845.369.267,74	-	-	859.856.576,72	845.369.267,74
-9.400.000,00	94.301.237,59	-	-	-9.400.000,00	94.301.237,59
44.881.875,61	47.257.166,53	-	-	44.881.875,61	47.257.166,53
61.306.378,39	68.042.985,73	-	-	61.306.378,39	68.042.985,73
56.605.783,37	147.541.050,57	-	-	56.605.783,37	147.541.050,57
43.000.395,62	74.841.217,05	-	-	43.000.395,62	74.841.217,05
-	-	-	-	-	-
12.601.891,64	73.350.326,02	-	-	12.601.891,64	73.350.326,02
+978.424.515,68	+648.202.237,27	-	-	+978.424.515,68	+648.202.237,27
4.457.130,06	9.168.753,68	-	-	4.457.130,06	9.168.753,68
92.328.100,14	22.526.940,00	-	-	92.328.100,14	22.526.940,00
+890.553.545,60	+634.844.050,95	-	-	+890.553.545,60	+634.844.050,95
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
+890.553.545,60	+634.844.050,95	-	-	+890.553.545,60	+634.844.050,95
-822.185.227,33	-675.935.286,62	-	-	-822.185.227,33	-675.935.286,62
-41.703.199,28	-19.440.484,68	-	-	-41.703.199,28	-19.440.484,68
-26.665.118,99	-60.531.720,35	-	-	+26.665.118,99	-60.531.720,35

Zusammen- setzung der Zahlungen für Leistungen	Pflichtversicherung										Freiwillige Versicherung	
	Konsolidiert		Versorgungskonto I				Versorgungskonto II					
			Konsolidiert		Abrechnungs- verband West		Abrechnungsver- band Ost/Umlage		Konsolidiert			
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Leistungen aus der Versicherung												
Betriebsrenten												
An Versicherte	4.111.693	4.062.202	3.999.227	3.964.902	3.795.746	3.791.909	203.481	172.993	112.466	97.300	5.720	4.074
An Hinterbliebene	578.625	566.140	569.381	559.821	561.677	555.756	7.704	4.065	9.244	6.319	150	122
	4.690.318	4.628.342	4.568.608	4.524.723	4.357.423	4.347.665	211.185	177.058	121.710	103.619	5.870	4.196
Sonstige Leistungen												
Sterbegelder	-	1	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-
Abfindungen	7.144	7.623	6.829	7.463	6.767	7.403	62	60	315	160	23	38
Beitrags- und Umlage- erstattungen	6.849	6.288	6.770	6.221	6.763	6.212	7	9	79	67	-	-
Rückerstattung des Deckungs- kapitals	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Brutto- Leistungen	4.704.311	4.642.254	4.582.207	4.538.408	4.370.953	4.361.281	211.254	177.127	122.104	103.846	5.893	4.234
Abzüglich Erträge aus Schadenser- satzansprüchen ¹	471	248	445	205	376	200	69	5	26	43	-	-
Abzüglich Entnahme RiÜ für Gewinnzuschlag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Netto-Leistungen	4.703.840	4.642.006	4.581.762	4.538.203	4.370.577	4.361.081	211.185	177.122	122.078	103.803	5.893	4.234

¹ § 50 VBLS beziehungsweise § 18 AVBextra

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zusammensetzung	2013	2012
	Anzahl	Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	3	3
Beschäftigte	971	959
	974	962

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Zusammensetzung		Stand	Stand
		31.12.2013	31.12.2012
Personalbestand	Anzahl	987	985
Davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	192	176
Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	58	80
Darunter: Auszubildende	Anzahl	14	25
Durchschnittsalter	Jahre	45,9	45,7
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	56,79	56,95
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	8,3	7,61

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Löhne und Gehälter	37.154	36.069
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	7.290	7.135
Aufwendungen für Altersversorgung	3.497	3.257

Personalaufwendungen

Zusammensetzung	2013	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	130	130
Sonstige Leistungen	65	167
	195	297

Honorare für Abschlussprüfer

Organe

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und die nebenamtlichen Mitglieder des Vorstandes erhalten lediglich Ersatz ihrer Aufwendungen. Die hauptamtlichen Mitglieder des Vorstandes werden nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vergütet.

Die nach § 285 Nr. 9a HGB anzugebenden Gesamtbezüge im Jahr 2013 betragen 327,5 Tsd. Euro für den Vorstand und 4,4 Tsd. Euro für den Verwaltungsrat. Die nach § 285 Nr. 9b HGB anzugebenden Rückstellungsbeträge belaufen sich zum 31. Dezember 2013 auf 4.619 Tsd. Euro. Die Bezüge nach § 285 Nr. 9b HGB belaufen sich in 2013 auf 372 Tsd. Euro.

Zuständigkeiten innerhalb des hauptamtlichen Vorstandes.

Die Verteilung der Zuständigkeiten zum 31. Dezember 2013 stellt sich wie folgt dar:

Richard Peters, Präsident

Personalmanagement, Risikocontrolling, Revision und Kassenaufsicht, Rechnungswesen, Vorstandsstab, Kommunikations- und Informationsmanagement

Thomas Kersting, Vorstand A

Interner Service, Kundenmanagement, Rechtsprozesse, Vertrags- und Leistungsmanagement, Beteiligungsmanagement

Georg Geenen, Vorstand B

Kapitalanlagemanagement, Immobilienmanagement, Informationstechnologie

Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Bundesministerium des Innern, Berlin, Vorsitzende
- Dr. Günter Bochmann, Senatsrat, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin
- Ernst Bürger, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Tanja Eichner, Ministerialrätin, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Wiesbaden
- Norbert Eisenmann, Ministerialdirigent, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
- Dr. Wolf Heinrichs, Stadtrat der Stadt Münster a. D., Münster
- Michael Holst, Ministerialrat, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Katrin Kammann, Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
- Corinna Kuhny, Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
- Hartmut Matiaske, Geschäftsführer, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Frankfurt am Main
- Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin, Kommunaler Arbeitgeberverband Berlin, Berlin
- Bernd Pieper, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Peter Rötzer, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
- Peter Rupprecht, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Mainz
- Karin Sachse, Ministerialrätin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt
- Annette Salomon-Hengst, Referatsleiterin, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
- Petra Schrewe, Ministerialrätin, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Wolfgang Söller, Senatsrat, Die Senatorin für Finanzen, Bremen
- Antje Wedepohl, Ministerialrätin, Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Frankfurt am Main – bis 16. Oktober 2013
- Susanne Oetzmann, Leitende Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover – bis 15. Mai 2013
- Volker Oye, Leitender Ministerialrat a. D. – bis 4. Juli 2013

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Erhard Ott (ver.di), Mitglied Bundesvorstand ver.di, Berlin, Vorsitzender
- Matthias Berends (dbb beamtenbund und tarifunion), dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin
- Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach
- Siegfried Damm (dbb beamtenbund und tarifunion), VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Köln
- Siglinde Hasse (dbb beamtenbund und tarifunion), dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin
- Andreas Hemsing (dbb beamtenbund und tarifunion), Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen
- Hans-Jürgen Immerthal (ver.di), Jade Hochschule, Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, Wilhelmshaven
- Ulrich Jorascik (ver.di), Stadt Celle Feuerwehr, Celle
- Ralf Kiefer (ver.di), Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg
- Thomas Krause (ver.di), Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Potsdam
- Gisela Kullack (ver.di), Berlin
- Kristina Prast (ver.di), Universitätsklinik Jena, Jena
- Detlef Raabe (ver.di), ver.di Bundesverwaltung, Berlin
- Jens Reichel (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Chemnitz
- Peter Rügner (ver.di), Zentrum für Psychiatrie Weinsberg -ZfP Weinsberg-, Weinsberg
- Cornelia Schweter (ver.di), Stadt Bochum, Bochum
- Bernd Wolf (ver.di), Straßenbauamt Nordthüringen, Leinefelde-Worbis
- Dagmar Zeppa (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- Ilona Ziesche-Grosse (ver.di), Bundesanstalt für Immobilienaufgaben -Hauptstelle Rostock-, Pinneberg

Vorstand.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Präsident Richard Peters, Vorsitzender
- Georg Geenen, hauptamtliches Vorstandsmitglied
- Knut Bredendiek, Geschäftsführer, Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Berlin
- Dr. Bernhard Langenbrinck, Hauptgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal

- Dr. Gert Leis, Ministerialdirigent, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Veit Mössler, Ministerialrat, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
- Kerstin Rudolph, Ministerialrätin, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
- Dr. Franz-Eugen Volz, Ministerialrat, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Ralf Barthel (ver.di), Hessische Bezügestelle, Kassel
- Peter Bepperling (ver.di), Wehrtechnische Dienststelle für Kraftfahrzeuge und Panzer, Trier-Grüneberg
- Karl-Heinz Leverkus (dbb beamtenbund und tarifunion), Hauptpersonalrat Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Petra Stech (ver.di), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Berlin
- Rüdiger Steinig (ver.di), Stadtwerke Kiel AG, Kiel
- Hildegard Thor (ver.di), Bezirksregierung Arnberg, Arnberg
- Michael Wiese (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ulrich Wolters (ver.di), Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg, Cottbus

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Thomas Kersting, hauptamtliches Vorstandsmitglied – bis 31. März 2014

Karlsruhe, 23. April 2014

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Peters

Geenen

Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 16. Mai 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des hauptamtlichen Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des hauptamtlichen Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 16. Mai 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dieter Wißfeld ppa. Beate Heubrock
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

VBL-Geschäftsbericht 2013.

Beschlüsse.



Beschluss des Vorstands.	140
Beschluss des Verwaltungsrats.	141

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 der VBL wurde hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis geprüft. Die Organe der VBL billigen den vorgelegten Bericht.



Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2013.

Berlin, 5. November 2014

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Richard Peters

Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2013.

Berlin, 6. November 2014

Die Vorsitzende des Verwaltungsrats

Cornelia Rogall-Grothe



VBL-Geschäftsbericht 2013.

Schiedsgerichtsbarkeit.



Schiedsgericht.	144
Oberschiedsgericht.	145

Schiedsgericht.

Erste Kammer.

- Klaus Fiebig, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Isabella Schayan, Richterin am Landgericht, München, Beisitzerin
- Herbert Zue (ver.di), Wasserwirtschaftsamt Deggendorf Servicestelle Pfarrkirchen, Pfarrkirchen, Beisitzer
- Dr. Michael Brokamp, Richter am Oberlandesgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Stephan Necknig, Staatsanwaltschaft München, München, stellvertretender Beisitzer
- Claudia Rahn (dbb beamtenbund und tarifunion), dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin, stellvertretende Beisitzerin

Zweite Kammer.

- Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht a. D., Mering, Vorsitzender
- Dr. Harald Hesral, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Beisitzer
- Reinhard Henning (ver.di), Hammelburg, Beisitzer
- Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Dr. Hans-Peter Adolf, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, stellvertretender Beisitzer
- Marion Bayer-Horn (ver.di), Stadt Herne, Herne, stellvertretende Beisitzerin

Oberschiedsgericht.

- Hans-Joachim Dose, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vorsitzender
- Dr. Andreas Holzwarth, Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, Stuttgart, Beisitzer
- Dr. Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe a. D., Plankstadt, Beisitzer
- Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht Frankfurt, Frankfurt am Main, Beisitzer
- Gesa Bruno-Latocha (ver.di), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand, Frankfurt am Main, Beisitzerin
- Bettina Gammel-Hartmann (ver.di), Amtsgericht München, München, Beisitzerin
- N. N.
- Anette Schmidt, Präsidentin des Sozialgerichts Speyer, Speyer, stellvertretende Vorsitzende
- N. N.
- Dr. Rainer Ziegler, Direktor des Amtsgerichts Tübingen, Tübingen, stellvertretender Beisitzer
- N. N.
- Michael Frey (ver.di), Kiel, stellvertretender Beisitzer
- N. N.
- N. N.

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Klaus Hilpert (ver.di), Würzburg, Beisitzer – bis 27. August 2013



VBL. Versorgungsanstalt des Bundes
und der Länder

Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe
Telefon 0721 155-0, Telefax 0721 155-666
E-Mail info@vbl.de, www.vbl.de

